4,00 €
Oktober

10|21

Josef Schuster erhält Deutschen Kulturpolitikpreis

Politik & Kultur

Zeitung des Deutschen Kulturrates

www.politikundkultur.net

In dieser Ausgabe:
Christine Berg
Annekatrin Klepsch
Roman Luckscheiter
Uwe Schneidewind
Harald Welzer
und viele andere

Bundestagswahl
Nach der Wahl: Was bedeuten die Wahlergebnisse für die Kultur? Was wird sich jetzt in der Kulturpolitik ändern?
Seiten 1 und 3

Corona versus Kultur
Anderthalb Jahre in der Coronakrise: Wo stehen wir heute? – Einschätzungen und Berichte aus den Kulturinstitutionen
Seiten 4 und 5

Hassrede
Vom Falschzitat über Beleidigungen zu Drohungen: Digitale Gewalt hat viele Gesichter. Was tun gegen Hass im Netz?
Seite 8

Medien
Nicht auf den ganz großen Wurf warten: Eine europäische Kommunikationsplattform ist gegenwärtig unrealistisch
Seite 12

Nagelprobe

Die Bundestagswahl ist gelaufen. Wie zu erwarten, haben wir keine klaren Mehrheitsverhältnisse. Die schon am Wahlabend durch die Blume angekündigten Gespräche zwischen Bündnis 90/Die Grünen und der FDP werden darüber entscheiden, ob die SPD oder die Union den Kanzler stellen wird.

Erst die nächsten Wochen werden zeigen, welche Auswirkungen das Bundestagswahlergebnis auf den Kulturbereich hat. Aber man muss kein Prophet sein, um zu befürchten, dass kulturpolitische Fragen die Diskussion um die Regierungsbildung nicht im Kern beschäftigen werden.

Trotzdem kann unsere Forderung nach einer deutlichen Stärkung der Bundeskulturpolitik in der neuen Bundesregierung Wirklichkeit werden. Nicht nur weil SPD und Bündnis 90/Die Grünen sie versprochen haben und mindestens eine dieser beiden Parteien der nächsten Bundesregierung angehören wird, sondern weil die nächste Bundesregierung sehr wahrscheinlich aus drei Parteien bestehen wird und deshalb der altbekannte Regierungszuschnitt obsolet ist.

Die Einrichtung eines eigenständigen Bundeskulturministeriums ist in einer Dreierkoalition viel wahrscheinlicher, als sie in einer Zweierkoalition war.

Richtig ist, diese Bundestagswahl macht die Regierungsbildung schwer, aber auch interessant. Natürlich muss in den kommenden Jahren die Klimapolitik ein Schwerpunkt der neuen Regierung sein. Aber genauso gewiss ist, dass die neue Regierung ihre Klimaziele nur erreichen kann, wenn sie es schafft, einen kulturellen Wandel in der Bevölkerung zu befördern. Erfolgreiche Umweltpolitik, davon bin ich fest überzeugt, funktioniert nur in der Kombination mit erfolgreicher Kulturpolitik.

Wir müssen uns dafür einsetzen, dass die neue Regierung eine umfassende Kulturpolitik betreibt. Der Blick muss über das klassische Spielfeld der Bundeskultur hinaus geweitet werden.

Aber es geht auch weiterhin um die Setzung der Rahmenbedingungen für Kunst und Kultur. Die ungelöste soziale Frage im Kulturbereich ist durch die Pandemie schmerzhaft sichtbar geworden. Über Kunst und Kultur schöne Reden zu halten, ist einfach, für die Künstlerinnen und Künstler, die Kultureinrichtungen und die Kulturwirtschaft etwas Nachhaltiges auf den Weg zu bringen, ist viel schwerer. Aber daran muss sich die Kulturpolitik in der nächsten Bundesregierung messen lassen.

Die Verhandlungen über den zukünftigen Koalitionsvertrag werden die Nagelprobe für den Kulturbereich sein. Hoffen wir, dass die Koalitionäre die Bedeutung der Kultur erkennen.

Olaf Zimmermann ist Herausgeber von Politik & Kultur

FOTO: PICTURE ALLIANCE / NHPA/AVALON | PAULO DE OLIVEIRA

Abenteuer des Geistes

Was macht uns zufrieden?

MOJIB LATIF

Wir müssen verstehen, dass das Schicksal unserer Erde auf dem Spiel steht und wir müssen versuchen, das Wohl unserer Erde mit den Entwicklungen in Einklang zu bringen, die mit der Modernisierung einhergehen.« Diese Worte stammen vom Industriellen Aurelio Peccei, der 1968 zusammen mit Alexander King von der OECD den Club of Rome gegründet hat. Die Mitglieder des Clubs treten für eine nachhaltige Entwicklung der Menschheit ein. Ihnen gemeinsam war und ist die Sorge um den Planeten.

Der eklatante Mangel an Nachhaltigkeit, der sich bis heute fortsetzt, hat mehrere Gründe. Er ist auch ein Kommunikationsproblem. Deswegen geht die Deutsche Gesellschaft Club of Rome (DGCOR) neue Wege, um Wissen zu vermitteln und Bewusstsein zu schaffen. So waren wir Teil des bisher aufwändigsten Experiments des Deutschen Schauspielhaus Hamburg, dem »Hamburger Menetekel – ein futurologischer Kongress«. Inspiriert von der biblischen Geschichte um den babylonischen Regenten Belsazar, dem eine geheimnisvoll erscheinende Schrift an der Wand, das Menetekel, den Untergang seines Reichs prophezeit: »Mene mene tekel u-parsin«, fragten sich Hamburger Schülerinnen und Schüler: »Was, wenn Graffiti die Menetekel von heute sind?« In Vorbereitung des futurologischen Kongresses deuteten sie mehrere Monate lang Graffiti als verschlüsselte Botschaften. Die dadurch aufgeworfenen Zukunftsfragen wurden im Rahmen der Aufführung im Schauspielhaus gemeinsam mit Künstlern und Wissenschaftlern präsentiert, und das Publikum in eine Welt großer und drängender Fragen geführt – zwischen Spiel und Wirklichkeit. Eine Botschaft der Jugendlichen, die in großen Lettern über der Bühne prangte: »We're fucked«. Die Frage, die sie ins Publikum brüllten: »Warum seht ihr die Zeichen der Zeit nicht? Warum handelt ihr nicht?«.

Tatsächlich sind die Zeichen der Zeit weder verschlüsselt noch erscheinen sie geheimnisvoll; das Artensterben, die Erwärmung des Klimas, der Verlust fruchtbaren Bodens oder die Übernutzung der Erde sind offensichtlich, wissenschaftlich belegt und, vor allem, erwartbar gewesen. Vor nunmehr fast einem halben Jahrhundert, 1972, veröffentlichte der Club of Rome »Die Grenzen des Wachstums«. Die klare Botschaft: Auf einem begrenzten Planeten kann es kein unbegrenztes materielles Wachstum geben.

Das Anliegen des Club of Rome damals war es, die Menschheit wachzurütteln; einen Denkprozess anzustoßen zu der Frage, warum die Menschheit eine Entwicklung einschlagen konnte, die die eigenen Lebensgrundlagen zerstört? Für Peccei lag die Antwort auf der Hand: »Der moderne (Anm. d. Verf. technologische mächtige) Mensch kann alles verändern, doch darüber vergisst er, sich selbst zu entwickeln«. In »Die Grenzen des Wachstums« liest man auf der letzten Seite: »Der Mensch muss sich selbst, seine Werte und Ziele ebenso erforschen, wie die Welt, die er zu verändern versucht«. Aurelio Peccei nannte die hierfür notwendige Entwicklung das »Abenteuer des Geistes«.

Seit der Gründung des Club of Rome wurden die Menschen technologisch noch mächtiger. Weltweit wurde sehr viel Wissen über die nahenden Herausforderungen aufgebaut. Man entwickelte auch Lösungen, ein wirklicher Wandel wurde jedoch nicht eingeleitet – die Idee des »Abenteuer des Geistes« geriet in Vergessenheit. Sollten wir jetzt nicht auch die Offenheit haben, uns nicht nur darauf zu konzentrieren, was wir wissen, sondern zu fragen, was wir nicht wissen? Was haben wir zur Herbeiführung des Wandels übersehen? Jahrzehntelang glaubten wir, dass Wissen zum Handeln führen würde. Dürfen wir das in der heutigen Zeit weiter annehmen? Glauben wir, dass Wissen gepaart mit öffentlicher Aufmerksamkeit ausreichen, um die notwendige Transformation herbeizuführen? Oder besteht sogar die Gefahr, dass der Diskurs über das Thema Nachhaltigkeit zur Bildung eines Gegenpols beiträgt, der die Spaltung von Gesellschaften befördert und populistische Kräfte stärkt?

Die DGCOR will sich mehr ins Unbekannte wagen und neue Wege gehen. Es gilt, weit über die kognitive Ebene hinauszugehen, Menschen zu berühren, Resonanz zu erzeugen und die Sehnsucht nach einer positiven – einer lebensfördernden – Zukunft zu wecken. Keine Verzichtsdebatten zu führen, sondern erfahrbar zu machen, was wir gewinnen werden. Nicht so viel über technologische Lösungen und Regularien zu diskutieren, sondern Werte und Haltungen in den Vordergrund der Debatte zu stellen. Wer wollen wir als Mensch sein? Wird unsere heutige Gesellschaft auch in hundert Jahren noch als zivilisiert betrachtet werden oder als die Pharaonen oder Marie-Antoinettes des 21. Jahrhunderts? Werden sich die Menschen fragen, wie wir so lange an unseren ausbeuterischen und zerstörerischen Narrativen, allen voran dem des unendlichen Wachstums, festhalten konnten?

Das »Hamburger Menetekel« war ein Schritt in die Richtung einer Rekultivierung des »Abenteuer des Geistes«. Mit dem Planetarium Hamburg arbeiten wir daran, eine lebensfördernde Zukunft nicht nur theoretisch zu beschreiben, sondern – dank der 360-Grad-Kuppel – erfahrbar zu machen, indem man in diese wunderbare Welt förmlich eintauchen kann. All dies sind kleine Schritte in der Hoffnung, mehr Menschen und Organisationen zu inspirieren, sich dem zuzuwenden, was wir bisher als Menschheit sträflich vernachlässigt haben, nämlich Mensch zu sein.

»Es geht um nicht weniger als eine menschliche, eine kulturelle, Revolution«, sagte Peccei einmal. Jetzt ist es an der Zeit, jahrzehntelange Verhaltensweisen und Narrative zu hinterfragen. Das tut aktuell paradoxerweise die junge Generation – unsere Kinder. Sie sind es, die nicht an unsere gelebten Glaubenssätze anknüpfen wollen.

Nach jahrzehntelangem Raubbau an der Natur, der Zerstörung unserer Lebensgrundlagen sowie der Geringschätzung menschlicher Arbeitskraft und Kreativität ist es an der Zeit innezuhalten. Wir sollten uns – gemeinsam mit unseren Kindern – fragen: »Was macht uns wirklich zufrieden und erzeugt Lebendigkeit im besten Sinne – in uns selbst, in unseren Städten, in der Natur und letztlich auf dem Planeten?«

Mojib Latif ist Präsident der Deutschen Gesellschaft Club of Rome

Nr. 10/2021
ISSN 1619-4217
B 58 662

EDITORIAL

Nagelprobe
Olaf Zimmermann 01

LEITARTIKEL

Klimakrise: Abenteuer des Geistes
Mojib Latif 01

SEITE 2

Kulturmensch Josef Schuster 02

Auf in die Kulturplatte
Der Deutsche Kulturrat zieht um 02

AKTUELLES

Kulturbereich nach der Bundestagswahl: Sehr, sehr viel zu tun
Olaf Zimmermann und Gabriele Schulz 03

INLAND

Dresden: Aus der Gegenwart in die Zukunft
Annekatrin Klepsch 04

Nach der Coronakrise: Die Kraft des Kinos
Christine Berg 05

ver.di-Umfrage: Fakten als Basis politischen Handelns
Anja Bossen und Lisa Basten 05

Stimme aus dem Parlament: Industriekultur, kulturpolitische Bilanz und mehr
Katrin Budde 06

Claussens Kulturkanzel: Kulturort Friedhof
Johann Hinrich Claussen 06

Digitalisierung: Der blinde Fleck der digitalen Kulturpolitik
Nina George 07

HateAid: Soforthilfe bei digitaler Gewalt
Anna-Lena von Hodenberg im Gespräch 08

Möller meint: Abschied von unserer Leiterinnerung
Johann Michael Möller 09

INTERNATIONALES

Burkina Faso: IT-Hochtechnologie zwischen Feldern und Feuchtsavanne
Philipp Meuser und Jennifer Tobolla 10

MEDIEN

Revolutionär und Produzent im Vergleich: Rezo Dutschke
Hans Jessen 11

Europäische Kommunikationsplattform: Nicht auf den ganz großen Wurf warten
Helmut Hartung 12

KULTURELLES LEBEN

Stephan Erfurt im Porträt: Als Grenze nur der eigene Kopf
Andreas Kolb 13

Keuchels Kontexte: Polarisierung
Susanne Keuchel 13

Personen & Rezensionen 14

NACHHALTIGKEIT & KULTUR

Kultureller Wandel und Nachhaltigkeit: Kultur für gutes Klima
Olaf ZImmermann 15

Krisen mitdenken
Markus Hilgert 16

UNESCO: Erbe und Nachhaltigkeit
Roman Luckscheiter 17

Bundeskulturpolitik: Klimaneutralität in der Kultur noch vor 2045 anstreben
Günter Winands 18

Deutsche Bundesstiftung Umwelt: Die vierte Säule der Nachhaltigkeit
Alexander Bonde und Constanze Fuhrmann 19

Kulturstiftung des Bundes: Warum einen CO2-Rechner zu nutzen eine kulturelle Tat ist
Hortensia Völckers 19

Klimaschutz in den Städten: »Wohnen muss teurer werden«
Uwe Schneidewind im Gespräch 20

Städtebau: Wie wollen wir zusammenleben?
Alissa Diesch 21

The New Institute: Neue Ideen braucht das Land
Wilhelm Krull 22

Musikwirtschaft: Musik für's Klima
Jörg Heidemann 23

Klimaallianz Deutschland: Eine klimaneutrale Zukunft
Drei Fragen an Christiane Averbeck 23

»Der Klimawandel ist ein Test für den Kulturbetrieb«
Harald Welzer im Gespräch 24

Kulturelle Bildung: Kulturelle Nachhaltigkeit
Leopold Klepacki 25

Deutscher Naturschutzring: Mehr als nur Industriepolitik
Drei Fragen an Kai Niebert 25

OST-WEST-PERSPEKTIVEN

Tanz in der DDR: »Heute tanzen alle jungen Leute …«
Patrick Primavesi 26

DOKUMENTATION

Stellungnahme des Deutschen Kulturrates 27

DAS LETZTE

Kurz-Schluss, News aus der P&K-Prawda
Theo Geißler 28

Karikatur 28

Impressum 28

DER AUSBLICK 11|21

Die nächste Politik & Kultur erscheint am 1. November 2021.
Im Fokus steht das Thema »100 Jahre Radio«.

Kulturmensch Josef Schuster

Das außerordentliche kulturelle wie kultur- und bildungspolitische Engagement und die stete Dialogbereitschaft mit anderen gesellschaftlichen Gruppen zeichnen die Präsidentschaft von Josef Schuster im Zentralrat der Juden in Deutschland aus. Daher ist er nicht nur unser Kulturmensch der Oktober-Ausgabe von Politik & Kultur, sondern auch Preisträger des Kulturpolitikpreises, den der Deutsche Kulturrat in diesem Jahr erstmals vergibt.

Seit vielen Jahren ist Josef Schuster für den Zentralrat der Juden in Deutschland aktiv. 1999 trat er in das Präsidium ein, von 2010 bis 2014 war er Vizepräsident des Zentralrates. Am 30. November 2014 wurde Josef Schuster zum Präsidenten gewählt. Damit leitet er die wichtigsten Gremien des Zentralrates der Juden und vertritt die Organisation bei Gesprächen mit der Politik, den Medien und anderen Verbänden sowie mit Religionsgemeinschaften. Am 25. November 2018 wurde Josef Schuster erneut für vier Jahre gewählt. Zugleich ist Schuster Vizepräsident des World Jewish Congress und des European Jewish Congress. Seit 2020 ist er außerdem Mitglied im Deutschen Ethikrat mit den Schwerpunkten Medizinethik und ethische Fragen aus jüdischer Perspektive.

Am 20. März 1954 wurde Schuster in Haifa in Israel geboren, 1956 kehrten seine Eltern mit ihm in die väterliche Heimat Unterfranken zurück. Josef Schuster studierte Medizin in Würzburg und ließ sich dort 1988 als Internist mit einer eigenen Praxis nieder, die er bis 2020 führte.

Auch in seiner Heimatstadt Würzburg engagiert sich Josef Schuster seit vielen Jahren für die jüdische Gemeinschaft. Seit 1998 ist er Vorsitzender der Israelitischen Kultusgemeinde Würzburg und Unterfranken. Ein Amt, welches bereits sein Vater David Schuster von 1958 bis 1996 ausgeübt hatte. Seit 2002 steht er als Präsident dem Landesverband der Israelitischen Kultusgemeinden in Bayern vor.

In diesem Jahr wird insbesondere durch das Festjahr »1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland« ein deutlicher Akzent auf die Vielfältigkeit des gegenwärtigen jüdischen Lebens in Deutschland gesetzt. Beim digitalen Festakt zur Eröffnung des Festjahres im Februar betonte Schuster in seinem Grußwort, wie wichtig es ist, Vorurteilen mit Wissen über das Judentum und Aufklärung über Antisemitismus entgegenzutreten: »Allein anhand lokaler Zeugnisse gibt es überall in Deutschland die Möglichkeit, sich über die deutsch-jüdische Geschichte zu informieren. Wir müssen jedoch leider feststellen, dass das Wissen in der Bevölkerung über die jüdische Vergangenheit und Gegenwart sehr gering ist. Mangelndes Wissen über eine bestimmte Gruppe von Menschen, vor allem über eine Minderheit, führt jedoch fast immer zu Vorurteilen. Dieses Phänomen mit all seinen schrecklichen Folgen zieht sich wie ein roter Faden durch die deutsch-jüdische Geschichte. Auch heute noch gilt: Selbst wer persönlich noch nie einen Juden getroffen hat, wer sich für das Judentum eigentlich gar nicht interessiert, kennt antisemitische Vorurteile. Sie werden von Generation zu Generation weitergegeben – und sie halten sich umso besser, je weniger man über Juden weiß. Dagegen müssen wir angehen. Und zwar vor allem in den Schulen. Im Unterricht muss nicht nur mehr Wissen über das Judentum vermittelt werden, sondern auch verstärkt über Antisemitismus aufgeklärt werden. Wenn quer durch die Gesellschaft gezeigt wird, wie vielfältig jüdisches Leben ist, wenn Juden nicht länger als fremd empfunden werden, dann können wir erreichen, dass manches Vorurteil über Juden endlich ein für alle Mal verschwindet.«

Der Deutsche Kulturrat würdigt am 30. September Josef Schuster mit dem Deutschen Kulturpolitikpreis. Die Verleihung findet im Wilhelm-von-Humboldt-Saal der Staatsbibliothek zu Berlin statt. Nach der Begrüßung durch den Generaldirektor der Staatsbibliothek zu Berlin, Achim Bonte, und die Präsidentin des Deutschen Kulturrates, Susanne Keuchel, hält die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsministerin Monika Grütters, die Laudatio.

Zuvor vergab der Deutsche Kulturrat jedes Jahr den Kulturgroschen für besondere kulturpolitische Verdienste. Seit 1992 wurde der Preis für kulturpolitische Lebensleistungen bzw. für eine Leistung langfristiger kulturpolitischer Tragweite vergeben. Den ersten Kulturgroschen erhielt Ministerialdirigent Sieghardt von Köckritz für seine Arbeit als langjähriger Leiter der Kulturabteilung des Bundesministeriums des Innern. Zuletzt erhielt Gerhart R. Baum, Bundesinnenminister a. D., den Kulturgroschen im Jahr 2019 für sein herausragendes kulturpolitisches Engagement.

Mehr dazu:
Alle Preisträgerinnen und Preisträger des Kulturgroschen, den der Deutsche Kulturrat von 1992 bis 2019 jährlich für besondere kulturpolitische Verdienste vergeben hat, sowie alle Laudatorinnen und Laudatoren finden Sie hier: kulturrat.de/veranstaltungen/kulturpolitikpreis

FOTO: ZENTRALRAT DER JUDEN

Auf in die Kulturplatte

Deutscher Kulturrat zieht in kreativen Hotspot

Der Deutsche Kulturrat ist gemeinsam mit befreundeten Verbänden, wie dem BBK, der Deutschen Jazzunion, der IGBK, dem Deutschen Designtag, dem Berufsverband der Deutschen Kommunikationsdesigner, der Initiative Urheberrecht, dem Bundesverband Regie, dem Verband Deutscher Drehbuchautoren, ProQuote Film und der AG Dokumentarfilm in die sogenannte Kulturplatte, einem der kreativen Hotspots von Berlin, umgezogen. Nicht hübsch aber .... Hier schlagen wir ab sofort unsere Arbeitszelte auf!

Unsere neue Adresse lautet:
Deutscher Kulturrat e.V.
Markgrafendamm 24, Haus 16
10245 Berlin

Sehr, sehr viel zu tun

Der Kulturbereich braucht schnell eine funktionierende Regierung

OLAF ZIMMERMANN UND GABRIELE SCHULZ

Nein, die Bewältigung der Coronapandemie war nicht alles, was in der auslaufenden Wahlperiode auf der Bundesebene in der Kulturpolitik für das Inland geschehen ist. Kulturstaatsministerin Monika Grütters, aber auch die Abgeordneten des Deutschen Bundestages können auf eine ereignis- und arbeitsreiche 19. Wahlperiode zurückblicken. Auf einige ausgewählte Themen soll im Folgenden eingegangen werden.

Erinnern wir uns zurück: Im September 2017 wurde der 19. Deutsche Bundestag gewählt. Im März 2018 schlossen CDU, CSU und SPD ihre Koalitionsvereinbarung. Vorherige Bemühungen von CDU, CSU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen, eine sogenannte Jamaika-Koalition zu bilden, scheiterten an der FDP. Der Satz des FDP-Vorsitzenden Christian Lindner – »Es ist besser, nicht zu regieren, als falsch zu regieren.« – blieb an ihm hängen und wird sicherlich bei den anstehenden Koalitionsverhandlungen für die neue Regierung eine Rolle spielen.

Was hatte sich die Bundesregierung kulturpolitisch vorgenommen: Die Zusammenarbeit von Bund und Ländern sollte verbessert werden, hierfür sollten die regelmäßigen Spitzengespräche der Kulturstaatsministerin mit den Kulturministerinnen und Kulturministern der Länder, ab 2019 den Vertreterinnen und Vertretern der Kulturministerkonferenz sowie den Vertretern der kommunalen Spitzenverbände dienen.

Die soziale und wirtschaftliche Lage der Künstlerinnen und Künstler sollte erneut in den Blick genommen und hierzu ein Bericht vorgestellt werden. Mit der Erstellung dieses Berichts wurde der Deutsche Kulturrat beauftragt, der ihn mit der Studie »Frauen und Männer im Kulturmarkt« (abzurufen unter bit.ly/3zPffks) im Sommer 2020 vorlegte. Dieser Bericht kam genau zum richtigen Zeitpunkt, hatte die Coronapandemie doch anschaulich gemacht, wie prekär die Lage vieler Soloselbständiger im Kulturbereich ist und wie sehr sie auf jeden einzelnen Auftrag angewiesen sind. Die Daten der genannten Studie belegten einmal mehr, dass diese prekäre Situation schon lange besteht. Die Coronapandemie hat vielen zuvor vom Deutschen Kulturrat und anderen Verbänden erhobenen Forderungen nach besserer sozialer Absicherung deutliche Schubkraft verliehen.

Dazu gehört, dass die öffentliche Hand mit der angemessenen Vergütung von Soloselbständigen aus dem Kulturbereich mit gutem Beispiel vorangehen muss. Es gilt, dass Modelle entwickelt werden, wie Selbständige besser in die Arbeitslosenversicherung einbezogen werden können bzw. wie die Arbeitslosenversicherung weiterentwickelt werden kann, damit sie für Selbständige passfähiger wird.

Wieder einmal hatte diese Bundesregierung sich vorgenommen, Selbständige in die gesetzliche Rentenversicherung einzubeziehen, und wieder einmal wurde nichts daraus. Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (2009-2013), Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (2013-2017) und Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (2018-2021) sind mit diesem Großvorhaben gescheitert. Auf den letzten Metern der vergangenen Wahlperiode wurde, wie von uns gefordert, für Versicherte der Künstlersozialkasse eine Verbesserung erreicht, wenn sie neben der selbständigen künstlerischen Tätigkeit auch eine nichtkünstlerische Tätigkeit ausüben. Bis zum Jahr 2020 war es so, dass, wenn mit der nichtkünstlerischen Tätigkeit 5.400 Euro im Jahr verdient wurden, der Kranken- und Pflegeversicherungsschutz über die Künstlersozialversicherung erlosch, auch wenn das Einkommen aus künstlerischer Tätigkeit höher als das aus nichtkünstlerischer Tätigkeit war. Befristet auf das Jahr 2021, können nun bis 1.300 Euro im Monat aus nicht-künstlerischer selbständiger Tätigkeit verdient werden, ohne den Kranken- und Pflegeversicherungsschutz zu verlieren. Die nächste Bundesregierung steht vor der Aufgabe, hier eine dauerhafte Lösung zu etablieren.

Ein Dauerthema in der 19. Wahlperiode war die Reform des Urheberrechts. Zunächst auf der europäischen Ebene, wo 2019 mit der Verabschiedung der EU-Urheberrechtsrichtlinie die Weichen gestellt wurden. Dann stand die Umsetzung auf der nationalen Ebene an. Es galt, ein großes Gesetzesvorhaben ins Werk zu setzen, mit dem auf die Veränderungen in der Kunstproduktion, aber vor allem der Verbreitung und Nutzung von Kunst und Kultur reagiert wurde. Die Federführung lag beim Bundesjustizministerium, das sich in der Zivilgesellschaft unter anderem dadurch Freunde machte, dass vorzugsweise während der Sommerferien und mit kurzen Fristen zu den Vorhaben Stellung genommen werden konnte. In der 20. Wahlperiode steht zwar keine »Großreform« an, das Thema wird aber nicht an Relevanz verlieren.

Eine große Reform, geradezu einen Umbruch, wollte der Wissenschaftsrat der Stiftung Preußischer Kulturbesitz verordnen. Er evaluierte im Auftrag der Kulturstaatsministerin die Stiftung, die in den letzten Jahrzehnten gewachsen, mit neuen Aufgaben betraut, aber nicht grundlegend neu strukturiert worden war. Für Aufsehen sorgten die Vorschläge nach der Herauslösung der Staatlichen Museen zu Berlin aus der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, auch war die Beteiligung der Länder infrage gestellt worden. Der Deutsche Kulturrat hat sich zur Reform deutlich positioniert: bit.ly/3ugdJGx. Nach dem Paukenschlag wurde in der Stiftung eine Reformkommission unter Beteiligung von vier Ländern – Berlin, Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt – eingesetzt. Der Stiftungsverbund bleibt bestehen, strukturelle Änderungen sollen aber für mehr Verantwortung der einzelnen Einheiten sorgen.

Der Umgang mit Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten schlug im Zusammenhang mit der nahenden Eröffnung des Humboldt Forums ab 2019 große Wellen. Klar ist, es ist ein Thema, das nicht allein den Bund betrifft. Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten befindet sich in vielen Museen der Länder, sicherlich auch in einigen Stadtmuseen und kirchlichen Einrichtungen. Der Deutsche Museumsbund hat mit seinem internen Diskussionsprozess, aus dem drei Leitfäden zum Umgang mit diesem Sammlungsgut entstanden sind, Maßstäbe für den innerverbandlichen Diskurs zu einem komplexen Thema gesetzt. Das Thema wird weiter virulent bleiben, zumal es sehr schön vor Augen führt, wie eng Kulturpolitik im In- und im Ausland verbunden ist. Der Deutsche Kulturrat hat dem Thema ein ganzes Buch gewidmet: bit.ly/3CSLxwN.

Und dann Corona: Seit März 2020 das Dauerthema in der Kulturpolitik. Es ging um Förderprogramme, um die Sicherung der kulturellen Infrastruktur, um Wirtschaftsförderung, um Öffnungsstrategien, um das Infektionsschutzgesetz und die Einreiseverordnung und vieles andere mehr. Mitunter konnte man den Eindruck gewinnen, dass die Kulturpolitik nur noch aus Coronapolitik bestand. Trotz manchen Fehlschlags und Unzulänglichkeiten, im Großen und Ganzen ist der Kulturbereich in Deutschland im Vergleich zu Nachbarländern verhältnismäßig gut durch die Krise gekommen. In den »Corona-Chroniken« des Deutschen Kulturrates erhält man auf knapp 500 Seiten einen ausführlichen Überblick: bit.ly/3ueaW0y.

Doch viele wichtige Aufgaben wurden in der letzten Legislaturperiode noch nicht erledigt, sie stehen deshalb in den nächsten Jahren an. Auf einige sozialpolitische Aspekte wurde bereits eingegangen. Das große Thema wird die Sicherung der Kulturfinanzierung nach der Pandemie sein, und zwar auf allen Ebenen: Kommunen, Länder und Bund.

Was plant nun wer, wenn eine Regierungsbildung ansteht? Der Deutsche Kulturrat hat die im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien nach ihren Vorhaben für die neue Wahlperiode gefragt. In der letzten Ausgabe von Politik & Kultur wurden die Ergebnisse vorgestellt. In der Wochenzeitung »Die Zeit« haben im letzten Monat exponierte Vertreterinnen und Vertreter der SPD, der CDU und von Bündnis 90/Die Grünen ihre kulturpolitischen Vorhaben skizziert. Den ersten Aufschlag haben Kanzlerkandidat Olaf Scholz und der Hamburger Kultursenator Carsten Brosda gemacht. Den größten Teil ihres Beitrags widmen sie der Frage, welchen Beitrag der Kulturbereich für die Gesellschaft im Sinne einer »great debate«, eines grundsätzlichen und tiefgreifenden Gespräches, leisten kann. Sie führen aus, dass die »intellektuelle und kreative Kraft der Kunst an den politischen Prozess« herangetragen werden soll, um »den Schulterschluss zwischen Politik und Kultur, zwischen Macht und Geist« im Wissen um die unterschiedlichen Rollen voranzubringen. Künstlerinnen und Künstlern wird ein kulturelles Bündnis angeboten. Hierfür soll direkt nach der Wahl ein bundesweites Kulturplenum zwischen Politik, Kunst und Zivilgesellschaft organisiert werden. Als konkrete Vorhaben werden weiter skizziert, dass Kommunen und Ländern geholfen werden soll, ihrer kulturpolitischen Verantwortung gerecht zu werden und dass es kein »neuerliches Kompetenzgerangel mit Ländern und Kommunen« geben soll.

Kulturstaatsministerin Monika Grütters und der im Zukunftsteam von Armin Laschet für Kreativwirtschaft zuständige Joe Chialo haben auf Scholz und Brosda geantwortet. Sie schlagen einen neuen Gesellschaftsvertrag für Kultur vor. Hierin soll die Freiheit der Kultur, der Wert der Kultur für das Gemeinwesen und die Wertschätzung für Kreative ausgedrückt werden. Die Art der Zusammenarbeit mit den Verbänden und Organisationen aus dem Kulturbereich, wie sie sehr erfolgreich im Rahmen von Neustart Kultur erfolgt, soll dabei als Vorbild dienen. Es wird unterstrichen, dass die Verbände nah dran an den Bedürfnissen der verschiedenen Kultursparten sind. Es soll das Staatsziel Kultur im Grundgesetz verankert werden, die Verbesserung der sozialen Sicherung soll auf die Tagesordnung, die rechtlichen Rahmenbedingungen für Kulturunternehmen sollen überprüft werden, die Digitalisierung und Nachhaltigkeit im Kulturbereich gefördert werden.

Auf die Autorenteams Scholz/Brosda und Grütters/Chialo haben Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth und der kulturpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen Erhard Grundl geantwortet. Sie gehen mit der Kulturpolitik der Großen Koalition ins Gericht und konstatieren, dass strukturelle Probleme unbearbeitet blieben. Als Gegenmodell wird von Roth und Grundl entworfen, dass gendergerechte Mindesthonorare und eine Quote für Geschlechtergerechtigkeit auf allen Entscheidungsebenen staatlicher Kultureinrichtungen eingeführt werden sollen und dass gesellschaftliche Veränderungen stärker reflektiert und die Kultureinrichtungen sich vermehrt den Gruppen, die bislang noch nicht zum Publikum zählen, öffnen müssen. Ferner sehen sie die Aufgabe des Bundes, Kommunen und Länder stärker bei der Kulturförderung zu unterstützen. Die Kulturförderung soll strukturell erneuert und das Zuwendungsrecht reformiert werden. Nach Auffassung von Roth und Grundl muss mehr in die internationale und europäische Vernetzung investiert und den Einschränkungen von Meinungs- und Kunstfreiheit im Ausland energischer entgegengetreten werden. Darüber hinaus sehen sie z. B. die Rolle der Kulturpolitik als Möglichmacherin, die sich in die »Klima-, Umwelt-, Wirtschafts-, Städtebau-, Außen- und vor allem Sozialpolitik« einbringt und eine verlässliche Partnerin der Künstlerinnen und Künstler und der Kultureinrichtungen ist.

Zum Redaktionsschluss dieses Beitrags am Abend des Wahlsonntags ist noch alles offen. Weder kann abgesehen werden, wie eine künftige Koalition aussehen wird, noch ist bekannt, wer künftig die Verantwortung für die Kulturpolitik auf der Bundesebene tragen wird. Wir hoffen sehr, dass die Koalitionsverhandlungen nicht wie nach der letzten Bundestagswahl Monate dauern, denn viele Aufgaben müssen angepackt werden. Wir haben keine Zeit zu warten, der Kulturbereich braucht schnell eine funktionierende Regierung.

Olaf Zimmermann ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates. Gabriele Schulz ist Stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates

Aus der Gegenwart in die Zukunft

Wie ist es um die Kulturstadt Dresden nach Corona bestellt?

ANNEKATRIN KLEPSCH

Die sächsische Landeshauptstadt Dresden ist dank eines vielfältigen kulturellen Erbes mit Blick auf die kulturelle Infrastruktur sehr gut aufgestellt. Neben den kulturellen Leuchttürmen in der Trägerschaft des Landes Sachsen – den Staatlichen Kunstsammlungen, der Sächsischen Staatsoper und den drei Hochschulen für Kunst, Musik und Tanz – ist die Stadt Dresden selbst Rechtsträgerin namhafter großer Kulturinstitutionen wie der Dresdner Philharmonie, der Staatsoperette, des tjg.theater junge generation, der Musikfestspiele, des Kreuzchors sowie der Museen der Stadt Dresden und des Verkehrsmuseums und fördert eine lebendige Freie Szene an Vereinen und Initiativen. Die Coronapandemie und das damit verbundene mehrfache monatelange Veranstaltungsverbot haben – wie wohl in allen Städten – Auswirkungen auf den Kulturbereich in mehrfacher Hinsicht gehabt.

Neben der existenziellen Frage des wirtschaftlichen Überlebens, die sich vorrangig für die Freie Szene und die private Veranstaltungswirtschaft stellte, folgte aus dem zeitweiligen Herunterfahren des öffentlichen Lebens und der versuchten Verlagerung kultureller Angebote in den digitalen Raum eine andere Form der künstlerischen Reflexion und Selbstbefragung. Die fiskalische Bedrohung und finanzielle Notlagen konnten durch konsequentes Sparen, Kurzarbeitergeld und Überbrückungshilfen von Land und Bund wohl weitestgehend überwunden werden. Die kritische Betrachtung der diversen Programme soll an dieser Stelle jedoch keine Rolle spielen.

Entscheidend wird in den nächsten Monaten sein, dass das Publikum zurückkehrt und die vorhandenen Platzkapazitäten ausgeschöpft werden können. Neben der physischen existenziellen Bedrohung wurde jedoch die Kunst als Tätigkeit, das Selbstverständnis künstlerischen Schaffens auf psychischer Ebene auf eine harte Probe gestellt, weil die direkte Begegnung mit dem Publikum und die Interaktion im analogen Raum für unbestimmte Zeit unterbrochen war. Gleichwohl hat diese schwierige existenzielle Situation im ideellen Sinn auch Kreativität freigesetzt, sowohl hinsichtlich des Entwickelns Corona-konformer Formate für Künstlerinnen und Künstler sowie Publikum als auch methodischer und kommunikativer Ansätze in Bezug auf die Ansprache eines Publikums. Die bereits vor Corona begonnenen Bemühungen in Fragen des »Audience Developement« und der kulturellen Teilhabe, der Nachhaltigkeit, der Diversität und der Internationalisierung wurden durch die besondere Situation noch verstärkt und beschleunigt. Die in den vergangenen Monaten geführten Diskussionen in den einzelnen Häusern, die Erfahrungen mit digital vorbereiteten und durchgeführten Projekten und Veranstaltungen, die Beschäftigung mit der Frage der eigenen gesellschaftlichen Relevanz als Kulturinstitution und mit dem eigenen Publikum bzw. dessen Abwesenheit sind Elemente, die in die Zukunft reichen und von denen die kulturelle Infrastruktur der Stadt Dresden nicht zuletzt langfristig profitiert. Zahlreiche Projekte beschäftigten sich intensiv mit der Stadt und ihren Bewohnerinnen und Bewohnern und entwickelten neue Angebote einer breiten kulturellen Teilhabe.

Auch Fragen der Kommunikation, Kooperation und Mitarbeiterführung wurden im Zuge der Erfahrungen des Lockdowns neu justiert. Die digitale Kommunikation per Videokonferenz mit Mitarbeitenden, mit Kooperationspartnern und mit dem Publikum als sozial akzeptierte und selbstverständliche kulturelle Praxis ist eine Erfahrung der letzten Monate, welche die künstlerische Programmierung der Häuser und die Kommunikationsstrukturen innen wie nach außen wohl dauerhaft verändern wird. Für einen Teil der Beschäftigten in den Kulturinstitutionen und Teile des Publikums findet damit nicht zuletzt eine kulturelle und soziale Transformation statt, die jedoch letztendlich dem veränderten Kommunikationsverhalten jüngerer Generationen der Digital Natives gerecht wird.

Angesichts der umfangreichen finanziellen Hilfen von Bund und Ländern wird seitens der Kulturakteure und der Kulturpolitik seit Monaten durchaus sorgenvoll in die Zukunft geblickt. Dass die Milliarden Euro an Krediten, die für die aufgelegten Rettungspakete und Überbrückungshilfen aufgenommen wurden, zurückgezahlt werden müssen, ist im Bewusstsein.

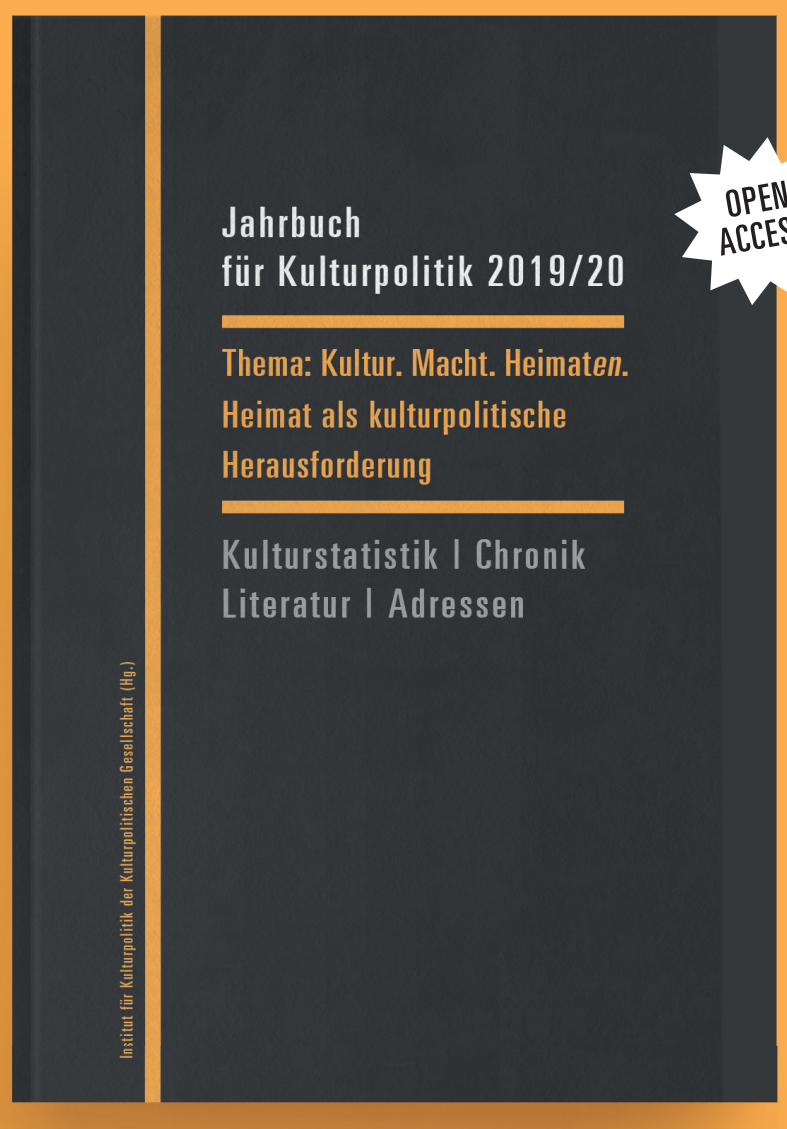
In der Stadt Dresden wurde bereits im April 2020 während des ersten Lockdowns eine Haushaltssperre für alle städtischen Ämter und Einrichtungen angeordnet, die für den Rest des Jahres alle nicht zuvor vertraglich gebundenen Ausgaben auf den Prüfstand gestellt hat. Parallel fanden die Verhandlungen für den Doppelhaushalt 2021/22 der Landeshauptstadt Dresden statt, zunächst verwaltungsintern und in der zweiten Jahreshälfte in den Gremien des Stadtrates. Mit einer zentralen Budgetvorgabe des Finanzbereiches mussten alle Geschäftsbereiche ihre Haushalte mit einem Minus von 12 Prozent planen, was sich aufgrund der durch zentral bewirtschaftete Personalkosten und feste Ausgaben wie Miete und Betriebskosten zugespitzt in den Sachkostenetats der städtischen Kultureinrichtungen mit bis zu minus 50 Prozent abbildete.

Der Kulturbereich war hier von Beginn an in der Defensive, und es musste verwaltungsintern sowie gegenüber dem Stadtrat als Haushaltssouverän die Beweislastumkehr des begründeten Bedarfs einer kontinuierlichen Sachkostenausstattung geleistet werden. Dieser Haushaltsdialog war erfreulicherweise nicht erfolglos, sodass die Kürzung für die städtischen Einrichtungen zum Teil gänzlich aufgehoben, wie im Fall der Bibliotheken, Musikfestspiele, und Musikschulen, oder zumindest abgeflacht wurde. Weitere große städtische Einrichtungen im Bereich Bühne und Orchester mussten jedoch ihre Planungen an ein verringertes Sachkostenbudget anpassen, was stellenweise durch den »Produktionsstau« an Neuinszenierungen möglich ist. Zugleich belasten jedoch die Kosten für die regelmäßige Testung aller Ensemblemitglieder vor Proben und Aufführungen die Haushalte der Kulturinstitutionen.

Hinsichtlich der Förderung der freien Träger im Bereich Stadtteilkultur und kulturelle Bildung sowie künstlerischer Projekte in allen Genres hat der Dresdner Stadtrat mit dem Beschluss des Haushaltes den Entwurf der Verwaltung korrigiert und das Budget der Kommunalen Kulturförderung auf das Niveau von 2020 zurückgeführt. Ein wichtiges Signal der Kommunalpolitik an die Kulturträger und Kunstszene und schließlich existenznotwendig, um auch durch die Corona-Folgejahre 2021 und 2022 zu kommen. Für die zukünftigen Haushaltsverhandlungen der Folgejahre wird es notwendig sein, aus der Kulturverwaltung heraus erneut in Richtung der Haushalts- und Finanzpolitik deutlich zu machen, dass kulturelle Infrastruktur Verlässlichkeit und eine auskömmliche Finanzierung benötigt.

Mit Blick auf die Bundestagswahlen 2021 und eine nächste Bundesregierung wurde im Sommer wie in einem Brennglas aufgezeigt, wo die Herausforderungen für die Bundesrepublik Deutschland und damit auch für öffentlich finanzierte Kultureinrichtungen in den nächsten Jahren liegen. Angesichts der gesellschaftlichen Verwerfungen erhalten Kulturorte eine neue Relevanz für notwendige intellektuelle Reflexion und gesellschaftliche Debatten. Im Interesse des Klimaschutzes muss es gelingen, auch die Produktion und Rezeption von Kunst und Kultur unter Aspekten von Nachhaltigkeit zu stellen und geeignete Strategien für die Verringerung des Verbrauchs materieller Ressourcen zu implementieren. Mit dem Beitritt zum Aktionsnetzwerk Nachhaltigkeit und Projekt »Culture for Future« des Amtes für Kultur und Denkmalschutz zur Entwicklung individueller Nachhaltigkeitsstrategien für fünf große Kulturinstitutionen geht die Landeshauptstadt Dresden wesentliche Schritte aus der Gegenwart in die Zukunft.

Annekatrin Klepsch ist Bürgermeisterin für Kultur und Tourismus in Dresden



OPEN ACCESS

Norbert Sievers, Ulrike Blumenreich,
Sabine Dengel, Christine Wingert (Hg.)

Jahrbuch für Kulturpolitik 2019/20
Thema: Kultur. Macht. Heimaten.
Heimat als kulturpolitische Herausforderung

Oktober 2020, 512 Seiten, Hardcover,
30,00 €, ISBN 978-3-8376-4491-3,
Open Access

»Heimat« ist ein ebenso schillernder wie problematischer Begriff, wenn er als politische Kategorie benutzt wird. Gegenwärtig in aller Munde, steht er in der Gefahr, als politischer Kampfbegriff missbraucht zu werden. Kann es in dieser Situation gelingen, ihn in einem aufgeklärten Sinne kulturpolitisch produktiv zu machen? Ist eine kulturelle Heimatpolitik möglich? Das Jahrbuch für Kulturpolitik 2019/20 versammelt Beiträge des 10. Kulturpolitischen Bundeskongresses 2019 »Kultur.Macht.Heimaten«. Die über 50 Expert*innen aus dem In- und Ausland, darunter namhafte Kulturpolitiker*innen und Kulturwissenschaftler*innen sowie zahlreiche Praktiker*innen aus Heimatvereinen, Kultureinrichtungen und Kulturprojekten, diskutieren die Risiken und Potenziale einer Kultur- als Heimatpolitik.

www.transcript-verlag.de/978-3-8376-4491-3

[transcript] INDEPENDENT ACADEMIC PUBLISHING

www.transcript-verlag.de

Die Kraft des Kinos

Wieder geöffnet: Wie ist es aktuell um die Lichtspielhäuser bestellt?

CHRISTINE BERG

Schauen wir auf die letzten anderthalb Jahre zurück, fährt einem immer wieder der Schrecken in die Glieder. Nicht nur die finanzielle Notlage wiegt schwer, sondern auch die emotionale Last war kaum zu ertragen. Wie sagte ein Kinobetreiber: »Selbst im Zweiten Weltkrieg waren wir in der Not für die Menschen da, bei uns konnten sie der Realität entfliehen«, diesmal nicht. Corona hat die Kinos als Begegnungsstätte lahmgelegt, es machte sich das Gefühl breit, nicht systemrelevant zu sein, und der vermeintlich größte Gegner »Streamingdienste« schöpfte aus dem Vollen.

Den wirtschaftlichen Verlust im Jahr 2020 von über eine Milliarde Euro können die Kinos nicht wieder wettmachen, auch wenn die Fördermaßnahmen der Politik sie durch die Pandemie getragen haben. Aber ohne die flächendeckende Unterstützung des Bundes und der Länder hätten wir heute keine Kinolandschaft mehr, niemand hätte überlebt. Damit wird klar, dass Corona unser stärkster Gegner ist, den wir je hatten. Oberflächlich gesehen, könnte man meinen, wir gehen geschwächt aus der Krise. Schaut man genauer hin, wird sichtbar, dass das Kino durch Corona auch eine neue Chance bekommen hat oder gar gestärkt ist. Um dies zu verstehen, hilft ein kurzer Blick zurück.

Bis 2017 verkauften die Kinos jährlich über 120 Millionen Tickets, 2018 nur noch 105,4 Millionen. Für viele schien dies der Abstieg der Kinos in Deutschland zu sein und ein klares Indiz dafür, dass sich das Publikum vom Kino weg hin zu den Streamingdiensten wendete. Im folgenden Jahr konnten sich die Besucherzahlen mit 118,6 Millionen verkauften Tickets zwar wieder erholen, aber die wirtschaftliche Lage wurde schwieriger. Vor allen Dingen war Kino bei der breiten Bevölkerung nicht mehr »en vogue«, man sprach nur noch über die neuesten Serien und rühmte sich, die Nacht damit verbracht zu haben. Sie waren attraktiver in ihrer Erzählweise.

Endlich konnte man Filme und Serien nun nicht mehr nur sehen, wann, sondern auch wo man wollte. Dem Zuschauer schien es nicht mehr relevant, wie groß der Bildschirm war. Ob auf Tablets oder Mobiltelefonen – ihm war jedes Medium recht – Hauptsache, selbstbestimmt.

Zusätzlich wurde die Exklusivität der Auswertung im Kino immer stärker angegriffen, es war das bestimmende Thema in der Kinobranche. Es entbrannte ein regelrechter Kampf um die Dauer der Exklusivität für das Kino. Denjenigen, die an einem langen Auswertungsfenster festhielten, wurde Rückständigkeit vorgeworfen. Diejenigen, die zeitgleich mit den Streamingdiensten Filme zeigten, wurden als Verräter beschimpft.

Die Pandemie hat nun vieles beschleunigt, auch für die Streamingdienste. Die Menschen haben anderthalb Jahre zu Hause vor dem Fernseher gesessen und sich alles angesehen, was auf den Plattformen angeboten wurde. Damit ist der neuartige Zauber des Streamings verpufft! Das Publikum möchte Filme jetzt wieder als Event genießen und außerhalb der eigenen vier Räume erleben. Dies ist eine echte Chance für das Kino, da nur im Kinosaal ein Film ohne Ablenkung mit vielen Menschen gemeinsam erlebt werden kann. Ein echtes Alleinstellungsmerkmal. Bereits vielfach wurde in der Presse die Sehnsucht der Menschen nach einer Reduzierung multisensorischer Einflüsse thematisiert. Hier setzt das Kino an, kann seine Chance ergreifen und wieder Trends setzen.

Deutlich ist der Kampf um die Exklusivität des Kinofensters wieder in den Mittelpunkt gerückt. Gab es bisher – auch für die Blockbuster – ein »Gentlemen Agreement«, welches besagt, dass Filme erst nach 120 Tagen auf den Streamingplattformen gezeigt werden, wurden diese Absprachen mit der Öffnung der Kinos einseitig aufgekündigt. Nicht alle Kinos haben dies mitgetragen und diese Filme z. B. nicht ins Programm genommen. Langsam wird aber allen Beteiligten klar, dass ein starres Festhalten an alten Strukturen nicht in die Zukunft führen kann. Ein flexibleres, aber planbares Kinofenster wird von den Kinos gefordert, und man tritt in den Dialog. Auch eine gelernte Praxis aus der Pandemie.

Auch kulturpolitisch sollten wir von der Pandemie lernen, da dort offensichtlich wurde, dass Kultur bei einem Angebot für eine breitere Masse aufhört. Die Trennung in U & E – unterhaltsam und ernst – ist allgegenwärtig und hat dazu geführt, dass Fördergelder während der Schließung ungleich verteilt wurden. Dabei ist es gerade in diesen Zeiten, wo der Rechtsdruck größer zu werden scheint, wichtiger denn je, alle Menschen mit der Kultur abzuholen. So müssen wir endlich verstehen, dass Kinder ihren ersten Kontakt zum Kino meist bei einem Mainstream-Film haben, weil sie Spaß wollen. Hier sollten wir mehr in die Kraft des Kinos vertrauen. Denn wer ein gutes Kinoerlebnis hatte, kommt wieder und wird ganz natürlich zum anspruchsvollen Film geführt, weil er neugierig geworden ist. Neugierig auf Kultur!

Christine Berg ist Vorstandsvorsitzende des HDF KINO

FOTO: PICTURE ALLIANCE/KEYSTONE | ADRIAN REUSSER

Zuschauende mit Hygienemasken bei der Wiedereröffnung der Kinos

Fakten als Basis politischen Handelns

Die ver.di-Umfrage »Wer macht wie und wo Kultur?«

ANJA BOSSEN UND LISA BASTEN

Die oft prekäre soziale Lage vieler Kulturschaffender ist allseits bekannt. Allerdings hat die Pandemie auf tragische Weise deutlich gemacht, wie dünn das Eis sein kann, auf dem sich Kreative bewegen. Gezeigt hat sich durch Corona aber auch – und das war für viele ein echter Schock – dass aufseiten der Politik immense Wissenslücken bezüglich der Arbeitsweise insbesondere soloselbständiger Kulturschaffender klaffen. Staatliche Hilfszahlungen von Kommunen, Ländern und dem Bund waren auf die soloselbständige oder gar hybride Realität kreativen Schaffens nicht ausgerichtet. Auf die spezifischen Problembeschreibungen antwortete die Politik oft mit Sprachlosigkeit – oder dem Verweis auf die Grundsicherung.

Das wirft die Frage auf: Wie kommt es, dass über die Arbeit des Kulturschaffens auf der Ebene der Politik – vor allem jenseits der Kulturpolitik – so wenig bekannt ist, trotz der Arbeit der Verbände und Gewerkschaften und nicht zuletzt des Deutschen Kulturrates?

Tatsächlich gibt es bisher nur wenige belastbare Erkenntnisse über die komplexe und heterogene Arbeitsrealität von Kulturschaffenden. Datenerhebungen konzentrieren sich zumeist auf sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, können hybride Arbeitsverhältnisse nicht abbilden oder arbeiten mit so geringen Fallzahlen, dass eine branchenspezifische Auswertung für Soloselbständige nicht möglich ist.

Aus diesem Grund hat der Kunst- und Kulturbereich der ver.di im August 2021 eine Umfrage gestartet, die noch bis Mitte Oktober online ist. Sie richtet sich insbesondere an Menschen, die in den Bereichen Literatur, Musik, Bildende Kunst oder Theater tätig sind. Unabhängig von einer Mitgliedschaft bei ver.di.

Ziel dieser Umfrage ist es, die komplexe Arbeitsrealität von Kulturschaffenden darzustellen – jenseits der Belastungen durch die Einschränkungen zur Pandemiebekämpfung. Beispielsweise den für viele typischen »Einkommensmix«: Künstlerinnen und Künstler haben nicht selten mehrere Einkommensquellen, arbeiten in mehreren Branchen oder in unterschiedlichen Jobs, zum Teil selbständig und zum Teil als Angestellte z. B. an einer Kultur- oder kulturellen Bildungsinstitution. Diese Normalität kreativen Schaffens führt zu massiven Widersprüchen mit sozialen Sicherungssystemen und offenbart, wie schwierig es ist, von künstlerischer Tätigkeit allein zu leben. Aber wir wissen nur wenig über Umfang und Mengenverhältnisse dieser Realitäten – eine Lücke, zu deren Schließung unsere Umfrage beitragen soll.

Wir wissen auch viel zu wenig über die Rolle und den Anteil der Vergütung aus Urheberrechten in diesem Einkommensmix. Auch weil im Kontext des neuen Urhebervertragsrechts nach der Bundestagswahl schnell Antworten gefragt sein werden, ist hier ein weiterer Schwerpunkt der branchenübergreifenden Umfrage gesetzt.

Schließlich sollen Einkommensverhältnisse in der kulturellen Bildung schlaglichtartig beleuchtet werden. Denn Arbeitsbedingungen werden im Diskurs um die Bedeutung kultureller Bildung oft überhaupt nicht mitgedacht. Wie viele Kulturschaffende sind (auch) an Musikschulen, in der Theater- oder Orchesterpädagogik, im Kunstunterricht usw. tätig? Zu welchen Bedingungen? Auch hier hoffen wir, mit unserer Umfrage Antworten geben zu können, um politisches Handeln mit Fakten zu unterlegen.

Auf Basis der Ergebnisse aus der Umfrage will ver.di alte Forderungen erneuern oder erweitern und damit an die Politik herantreten. Denn dass es ein »Weiter wie bisher« nicht geben kann, sondern über echte Reformen, vor allem auch bezüglich der sozialen Sicherungssysteme für Kulturschaffende, aber auch hinsichtlich anderer Formen der Kulturfinanzierung nachgedacht werden muss, zeichnet sich deutlicher als je zuvor ab.

Die Validität der Antworten steht und fällt mit der Anzahl der Beteiligten aus verschiedenen Branchen. Wir hoffen daher sehr, dass sich möglichst viele Kulturschaffende an der Umfrage beteiligen.

Eine Beteiligung an der ver.di-Umfrage ist bis Mitte Oktober unter folgendem Link möglich: kultur.verdi-umfrage.de.

Anja Bossen ist die ehrenamtliche Beauftragte der ver.di für Kunst und Kultur. Lisa Basten leitet den Bereich »Kunst & Kultur« bei ver.di auf Bundesebene

MEHR DAZU

Die Umfrage wird von dem Forschungsinstitut »Mauss Research« im Auftrag von ver.di durchgeführt. Angesprochen sind Mitglieder und Nicht-Mitglieder aus den Branchen Literatur, Musik, Theater und Bildende Kunst. Die Auswertung erfolgt anonymisiert, es ist also kein Rückschluss auf einzelne Personen möglich. ver.di erfährt nicht, wie einzelne Personen geantwortet haben. Fragen zur Umfrage können an kunst@verdi.de gerichtet werden.

Industriekultur, kulturpolitische Bilanz und mehr

Die 19. Wahlperiode geht zu Ende

KATRIN BUDDE

Es ist immer wieder beeindruckend, welche Gebäude und Anlagen und ganze Stadtteile das Industriezeitalter, das Deutschland Jahrzehnte bestimmt hat, hinterlassen hat. Das industrielle Erbe prägt auch optisch bis heute das Bild von Deutschland: Stillgelegte Fabriken, ungenutzte Fabrikhallen, Arbeitersiedlungen, Zechen, Bergbaufolgelandschaften sind überall zu finden. Diese Bauwerke sind Zeitzeugen, die viel über unsere jüngere Geschichte aussagen, aufzeigen, wie sich Regionen und Menschen entwickelt haben. Diese Stätten sind gerade auch in den ländlichen Regionen zu finden.

Das industrielle Zeitalter hat nicht nur unsere Landschaft gekennzeichnet, sondern auch die Menschen, ihr Leben, ihre Kultur geprägt. Erstmals nach Jahrhunderten wird es jetzt Generationen geben, deren Leben davon nicht mehr geprägt ist. Zu verstehen, woher ihre Großeltern und Eltern kommen, was diese zu dem gemacht hat, was sie sind, was sie denken, ist aber wichtig für den Generationendialog.

Am vorletzten regulären Sitzungstag in der 19. Wahlperiode hat der Deutsche Bundestag auf meine Initiative hin den Koalitionsantrag »Industriekultur in Deutschland gezielt fördern« verabschiedet. In dem vor der Sommerpause beschlossenen Antrag fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf, ein Sonderprogramm »Lebendige Industriekultur« mit einem Umfang von 50 Millionen Euro jährlich aufzulegen.

Schwerpunkte dieses Programms sollen investive Maßnahmen zur Kultur- und Denkmalpflege sein, die auch den Wandel der Arbeitswelt sichtbar werden lassen. Das Ganze soll verbunden werden mit Energieeffizienz, Nachhaltigkeit, Barrierefreiheit.

Natürlich ist Kultur Ländersache, aber der Bund kann sich bei Einrichtungen mit nationaler Bedeutung ebenfalls engagieren. Ziel ist es nicht, dass der Bund flächendeckend in alle hinterlassenen Industriebauten investiert. Es sollen ausgewählte Projekte der Industriekultur langfristig gefördert und entsprechend im Bundeshaushalt verankert werden. Sie sollen auch als eine Art Leuchttürme oder Vorbilder stehen, um Nachahmer zu finden. Das würde unsere gesamte Kulturlandschaft wirklich bereichern.

Stätten der Industriekultur können als sogenannte Dritte Orte genutzt werden. Kultur- und kreativwirtschaftliche Akteure können diese Orte für ihre Kunst nutzen, es können Stätten der Soziokultur, der Begegnung, des Austausches und Generationendialoges werden. Aber es kann auch eine wirtschaftliche Nachnutzung durch neue, innovative Unternehmen geben. Und manchmal ist es auch das Einkaufszentrum des Stadtteils, das die Gebäude neu nutzt und so architektonisch erhält, wie im ehemaligen Schlachthof in Magdeburg.

FOTO: JOCHEN TACK/ STIFTUNG ZOLLVEREIN

Das industrielle Erbe, wie hier die Zeche Zollverein, prägt bis heute das Bild von Deutschland

Am Ende dieser Wahlperiode ist es aber auch Zeit, Bilanz zu ziehen. Eine besondere Legislaturperiode geht zu Ende. Zunächst hatten wir es mit einer sehr schwierigen und langwierigen Regierungsbildung zu tun. Und ab Anfang 2020 war die Coronapandemie das beherrschende Thema, auch im Ausschuss für Kultur und Medien. Auch wenn sich dieser Ausschuss in zahlreichen Sitzungen mit den Hilfen für Kulturschaffende, dem Erhalt unserer kulturellen Vielfalt und dann auch mit dem Neustart der Kultur befasst hat, so standen doch auch zahlreiche andere wichtige Themen auf der Tagesordnung.

Wir haben in einem langen Prozess die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in das Bundesarchiv überführt, um sie dauerhaft zu sichern. Gleichzeitig haben wir das Amt eines bzw. einer Bundesbeauftragten für die Opfer der SED-Diktatur, das beim Deutschen Bundestag angesiedelt ist, geschaffen. Es wird eine Stiftung für die »Orte der Demokratiegeschichte« geben, ein Mahnmal für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft wird in der Mitte Berlins entstehen und eine Dokumentations-, Bildungs- und Erinnerungsstätte zur deutschen Besatzungspolitik während des Zweiten Weltkriegs wird errichtet. Das waren alles Vorschläge aus den Reihen der Mitglieder des Kulturausschusses, die der Deutsche Bundestag beschlossen hat.

Der Ausschuss für Kultur und Medien hat wenige Gesetze, die er federführend behandelt. In dieser Legislaturperiode haben wir das Filmförderungsgesetz novelliert und an Gesetzen intensiv mitgearbeitet, die federführend in anderen Ausschüssen waren, so z. B. das Urheberrecht oder die Entfristung der Rehabilitationsgesetze.

Viele weitere Initiativen kamen aus den Reihen der Mitglieder des Ausschusses: Geschlechtergerechtigkeit, 30 Jahre Friedliche Revolution, Anerkennung der von den Nationalsozialisten als »Asoziale« und »Berufsverbrecher« Verfolgten, Bundesprogramm »Jugend erinnert« – Wissensvermittlung über Wirkung und Folgen von Diktatur und Gewaltherrschaft stärken, 100 Jahre Weimarer Reichsverfassung, Frauen im Widerstand und zahlreiche weitere Themen.

Der Ausschuss für Kultur und Medien befasst sich auch in Öffentlichen Anhörungen oder Fachgesprächen mit vielen Themen. In dieser Wahlperiode gehörten dazu unter anderem die Deutsche Welle, die Sonntagsöffnung von Bibliotheken, die soziale Lage der Künstlerinnen, Künstler und Kreativen, die wirksamere Aufarbeitung der NS-Raubkunst, Provenienzforschung, Games – Treiber für Innovation und Kreativität, Strukturempfehlungen des Wissenschaftsrats zur Stiftung Preußischer Kulturbesitz.

Eine spannende und thematisch sehr abwechslungsreiche Legislaturperiode geht zu Ende. Ich wünsche mir, dass ich diese Arbeit in der nächsten Wahlperiode mit vielen Kolleginnen und Kollegen fortsetzen kann, mit denen ich die letzten vier Jahre gut zusammengearbeitet habe, denn die meisten Kulturpolitikerinnen und Kulturpolitiker arbeiten gut und im Sinne der Sache zusammen.

An dieser Stelle möchte ich, sicherlich auch im Namen meiner Kolleginnen und Kollegen im Kulturausschuss, dem Deutschen Kulturrat für seine unterstützende Arbeit und Expertise in den letzten Jahren danken und freue mich auf eine weitere intensive Zusammenarbeit.

Katrin Budde ist Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages

STIMME AUS DEM PARLAMENT

In der Beitragsreihe »Stimme aus dem Parlament« berichten die Vorsitzende des Kulturausschusses des Europäischen Parlaments, Sabine Verheyen, und die Vorsitzende des Kulturausschusses des Deutschen Bundestages, Katrin Budde, von der Ausschussarbeit. Die bisher erschienenen Beiträge der Reihe können Sie hier nachlesen: bit.ly/3lGYeTS

Kulturort Friedhof

Viel mehr als nur Bestattungsstätten

JOHANN HINRICH CLAUSSEN

Wir müssen endlich einmal über Friedhöfe sprechen. Das liegt natürlich wieder an der Unheiligen Corona, aber anders als Sie wahrscheinlich denken. Nicht wegen der durch die Pandemie verursachten Todesfälle haben viele Menschen einen neuen Sinn für die Bedeutung der Friedhöfe ihrer Umgebung gewonnen. Vielmehr waren es die Spaziergänge, die während der Lockdownphasen zur einzigen Freizeitunternehmung geworden waren. Sie führten viele durch ihre Nachbarschaften, die Parks, aber eben auch auf die Friedhöfe ihrer Stadt.
Wer sich in meiner Heimatstadt Hamburg nicht hintenanstellen wollte, um im dichten Gedränge um die Alster zu gehen, machte sich zum Ohlsdorfer Friedhof auf, dem größten der Welt und dem Lieblingsfriedhof von Samuel Beckett – so jedenfalls behauptet man in der Hansestadt. In der grünen Weite der Anlage konnte man sich endlich frei bewegen und dabei vieles entdecken: Mausoleen, Statuen, Gemeinschaftsgräber für diverseste Gruppen, schließlich die riesigen Totenfelder für die Bombenopfer des letzten Krieges.
In Berlin hat man es fast noch besser. Keine Stadt, die ich kenne, besitzt so viele eindrucksvolle, geschichtsträchtige Friedhöfe mitten in ihrem Zentrum: den Dorotheenstädtischen mit den vielen Schriftstellerinnen, Politikern und Märtyrern, den Französischen der Hugenotten, den Invaliden, durch den einst die Mauer verlief, Dreifaltigkeit in Kreuzberg mit den Gräbern der Familie Mendelssohn-Bartholdy und viele mehr. Man muss gar nicht weit laufen, um in eine andere Welt der Stille, des Gedenkens und der Besinnung einzutreten. Wer aber etwas mehr Zeit hat, kann nach Süden zum größten evangelischen Friedhof, dem in Stahnsdorf, fahren, dort einen ganzen Tag herumwandern, Friedrich Wilhelm Murnau besuchen oder Hugo Distler oder – bei anderem Musikgeschmack – Dieter Thomas Heck. Auf jeden Fall aber sollte man die Stahnsdorfer Friedhofskirche besuchen, ein hölzernes Wunderwerk des skandinavisch inspirierten Jugendstils. Für viele Jugendliche ist sie der Sakralbau, der ihnen am vertrautesten ist – dank ihres Auftritts in der fantastischen Netflix-Serie »Dark«.
Leider gibt es keine Erhebungen darüber, aber ich schätze, dass sehr viele Menschen in den vergangenen eineinhalb Jahren ein besseres Verständnis für die Bedeutung der Friedhöfe in ihrer Nähe gewonnen haben. Das ist auch nötig, denn im Zuge einer allgemeinen Todesvergessenheit hatte man sich ihnen vielfach abgewandt, sie gemieden und vergessen. Dabei sind Friedhöfe nicht nur die Orte, an denen die Toten zu Hause sind. Sie sind Kulturorte auch für die Lebenden.
Zum Glück ist es gelungen, dass die UNESCO die deutsche Friedhofskultur zum »Immateriellen Erbe« erklärt hat. Damit will sie in der Bevölkerung das Bewusstsein dafür wecken, dass Friedhöfe ein unverzichtbarer Bestandteil unserer Kultur sind. Und dies in sehr vielfältiger Weise. Hier finden sich Spuren einer langen Geschichte des religiösen und künstlerischen Umgangs mit dem Tod, Bildwerke mit unterschiedlichsten Symboliken, tröstenden oder auch irritieren Sinnsprüchen. Hier kann man allein umhergehen, über die eigene Endlichkeit nachdenken und zur Besinnung kommen. Hier kann man sich aber auch treffen, gemeinsam spazieren gehen, inzwischen vielerorts auch einen Kaffee trinken oder

ein Konzert erleben. Friedhöfe sind längst viel mehr als nur Bestattungsstätten. In den vergangenen Jahren ist schließlich auch das Bewusstsein dafür gewachsen, dass sie in Zeiten des Klimawandels lebensnotwendige Räume der Biodiversität geworden sind.
Die Friedhofsbetreiber haben es zurzeit nicht leicht. Wenigen ist es bewusst, aber in den deutschen Metropolen gibt es bei gut der Hälfte der Verstorbenen keinerlei Trauerfeiern oder rituell gestaltete Beerdigungen, weder kirchlich noch säkular, mehr. Sie werden still und stumm unter die Erde gebracht. Dafür mag es viele Gründe geben, aber diese neue Achtlosigkeit im Umgang mit den Toten und dem Tod allgemein bedroht einen wesentlichen Aspekt unserer Kultur. Denn die Menschlichkeit einer Kultur erweist sich nicht zuletzt im Umgang mit den Toten und ihren Orten, den Friedhöfen.
Deshalb hat die Initiative »Immaterielles Erbe Friedhofskultur« vor Kurzem gemeinsam mit der katholischen und der evangelischen Kirche eine Broschüre und eine Wanderausstellung erstellt, die den Sinn und Wert der christlichen Friedhofskultur vorstellt. Die Arbeit daran hat mir viel Freude bereitet. Wer mehr darüber wissen oder die Broschüre erhalten möchte, wende sich vertrauensvoll an mich: kultur@ekd.de.

Johann Hinrich Claussen ist Kulturbeauftragter der Evangelischen Kirche in Deutschland

FOTO: ADOBE STOCK / EUQIRNETO

Die Onleihe in Bibliotheken deckt über 40 Prozent des gesamten E-Book-Lesekonsums in Deutschland ab, trägt aber nur fünf Prozent zum Gesamtumsatz bei

Der blinde Fleck der digitalen Kulturpolitik

Staatliches Handeln blendet Rahmenbedingungen kultureller Arbeit aus

NINA GEORGE

Im September 2021, während in den Triells Kultur keine Rolle für Zukunftsvisionen spielte, veröffentlichte Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien ein Strategiepapier zu »Kulturen im digitalen Wandel«. Auf 44 Seiten geht es, unter Zuhilfenahme von sorgsam sortierten Alliterationen, um »Verständigung / Verlässlichkeit / Verfügbarkeit / Vermögen / Vermittlung / Vernetzung« in öffentlichen Kultureinrichtungen und ihrer sogenannten digitalen Transformation. Mit Vermögen ist übrigens keinesfalls Finanzierung gemeint, sondern Fachkompetenz; das fängt nur leider nicht mit V an.

Die Kernarbeitsgruppe bestand aus Repräsentanten staatlicher Einrichtungen, wie der Deutschen Nationalbibliothek und des Deutschen Bibliotheksverbands. Freischaffende Urheber oder privatwirtschaftliche Verwerter fehlten – trotz ihrer nicht ganz unwesentlichen Beiträge für das Existieren von kulturellen Werken. Das ist erwähnenswert, da es einem Symptom deutscher Kulturpolitik entspricht: Staatliches Handeln im Bereich Kultur blendet zu oft die rechtlichen, wirtschaftlichen, sozialen und persönlichen Rahmen- und Gelingensbedingungen künstlerischer und kultureller Arbeit aus. Die »Verständigung« mit den Kultur- und Wissensschaffenden, als Lieferanten dieser zur staatlichen Verteilung benötigten Geistesgüter, findet immer öfter nicht vor einem Beschluss statt, sondern danach. Jüngstes Beispiel: die lustlose Evaluierung des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz zum Urheberrechts-Wissensgesellschafts-Gesetz. Anstatt den unwiderruflichen Schaden zu bemessen, der seit 2018 durch die »Bildungsschranke« entstand, wurde erst ihre Entfristung beschlossen, um die Betroffenen hinterher zu fragen: Und, wie schlimm ist es?

Entsprechend besorgt darf man sein, wenn staatliche Akteure sich zusammensetzen und über die Verwendung von Kulturwerken in Abwesenheit der Schaffenden sinnieren. Fast bedauernd wird in einem von drei Absätzen ein Zusammenhang zu ihnen hergestellt, mittels eines Narrativs, das leitgebend für die Schöpfer der »Kulturen im Wandel«-Strategie scheint. Zitat: »Auf Nutzerinnen- und Nutzerseite ist dies mit dem Verlangen verbunden, dass alles kulturell Bedeutungsvolle in Echtzeit jederzeit digital konsumierbar sein muss. (…) Noch nie war es so schwer zu vermitteln, dass Künstlerinnen und Künstler einen angemessenen Anteil an dem erhalten müssen, was mit ihren kreativen Leistungen erwirtschaftet wird.«.

Der Wertschöpfungsanspruch von Kulturarbeitern ist allerdings vor allem gegenüber einer Entität schwer zu vermitteln: dem Staat und seinen Institutionen selbst. Stellvertretend für diesen blinden Fleck, den sich der Staat mühelos mit »es ist ja für das Gemeinwohl« verzeiht, wenn er Urheberrecht und Vergütungsansprüche und das Recht auf Zugang zu Wissen und Kultur gegeneinander ausspielt, sei hier das Thema Digitale Leihe in öffentlichen Bibliotheken behandelt.

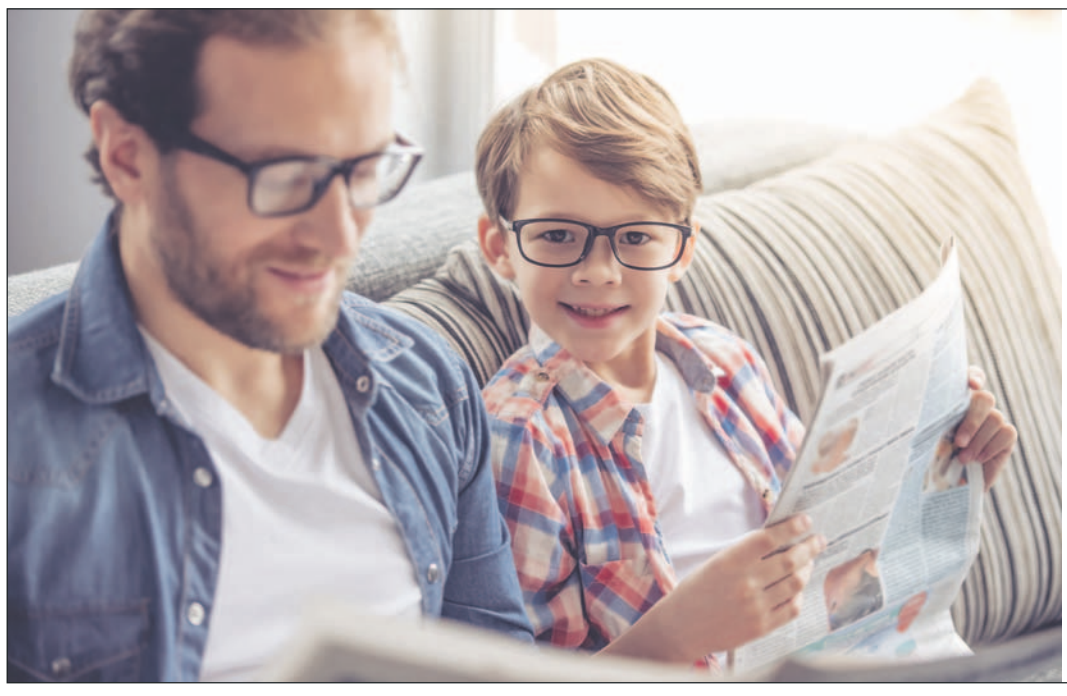
Zum Ist-Zustand: Je nach Bibliothek oder Verbundsystem kann ein Onleihe-Nutzer aus dem Bestand einer halben Million E-Books acht bis 20 Titel im Monat abrufen, für im Schnitt 83 Cent Monatsbeitrag. Bis Juni 2021 stieg die digitale Leihe im Vergleich zum E-Book-Verkauf um das Sechsfache an; die Onleihe deckt inzwischen über 40 Prozent des gesamten E-Book-Lesekonsums in Deutschland ab – trägt aber nur fünf Prozent zum Gesamtumsatz bei. Eine GfK-Auswertung 2019 der Nutznießer von Bibliotheksangeboten zeigte, dass diese seit Bestehen der Onleihe weniger gedruckte Bücher kaufen als zuvor und dass die Ausleihenden besonders aus gut situierten Umfeldern kommen. Die Zeitschrift CHIP sagt über die Onleihe: »Klasse Gratis-Aktion: Hunderte Bücher & Zeitschriften kostenlos abstauben.«

Die Buchbranche hat es folglich mit einem dominanten, staatlich organisierten Markt- und Wettbewerbsteilnehmer zu tun. Dieser beharrt auf unangemessensten Bedingungen im Dienste der Gemeinwohlorientierung. Gelegentliches, ökonomisch nachvollziehbares Ablehnen von Lizenzerteilungen stellt er als Affront dar, obgleich die destruktiven Konsequenzen der Bibliotheksangebote für den Buchmarkt längst spürbar sind. Für die Erfüllung des digitalen »Funktionsauftrags« liegt keinerlei Konzept für eine Ausstattung mit marktüblichen Vergütungen vor. Stattdessen wird nach der Zwangsvergesellschaftung eines unter individuellem und privatwirtschaftlichem Risiko geschaffenen Kulturprodukts gerufen, um die Entscheidungshoheit von Autorinnen, Übersetzern und Verlagen außer Kraft zu setzen. Hier sei an den Vorstoß des Bundesrats zur Einführung eines §42b im Urheberrechtsgesetz erinnert, dem mandatorischen Abschlusszwang einer digitalen Leihlizenz.

Für die neue Regierung wäre diese Entscheidungsenteignung eine verführerische Abkürzung auf dem Weg in den digitalen Kulturwandel öffentlicher Bibliotheken, um sich Ausgaben und Verständigungsprozesse zu sparen. Auf diese Weise fände sich der Staat endgültig auf der Seite der Gegner strikter Vorgaben für angemessene Vergütungen von Kulturschaffenden. Dass diese vertikale Transformation einer Demokratie zuträglich ist, ist zu bezweifeln.

Nina George ist Schriftstellerin und Präsidentin des European Writers' Council, das 160.000 Autorinnen und Autoren aus 46 Organisationen Europas repräsentiert

Mehr dazu:
In der Ausgabe 9/21 von Politik & Kultur stellten Robin Mishra und Frank Scholze das Perspektivpapier »Kulturen im digitalen Wandel« vor.



HYPOFACT
mein finanzierungsspezialist

Im eigenen **Zuhause** liest es sich am gemütlichsten!
Nehmen Sie jetzt mit uns Ihre **Finanzierung** in den Blick.

zuhause.hypofact.de

FOTO: ADOBE STOCK / LUMENPHOTOS

Falschzitate, Beleidigungen, Drohungen: Digitale Gewalt hat viele Gesichter

Soforthilfe bei digitaler Gewalt

Anna-Lena von Hodenberg von HateAid im Gespräch

Cybermobbing, Hatespeech, Online-Stalking … Digitale Gewalt ist vielfältig und geschieht überall dort, wo sich Menschen online treffen, austauschen und vernetzen. Die Beratungsstelle HateAid bietet Betroffenen digitaler Gewalt ein kostenloses Beratungsangebot sowie Prozesskostenfinanzierung. Die Geschäftsführerin Anna-Lena von Hodenberg gibt Einblick in ihre Arbeit und Tipps zum Schutz vor und Umgang mit digitaler Gewalt.

Theresa Brüheim: HateAid ist die erste bundesweite Beratungsstelle in Deutschland, die ausschließlich Betroffene von digitaler Gewalt unterstützt. Wie sieht diese Beratung aus?
Anna-Lena von Hodenberg: Wir unterstützen Menschen, die im digitalen Raum – oder mithilfe elektronischer Kommunikationsmittel wie dem Handy oder dem Computer – Gewalt erfahren. Digitale Gewalt ist ein Sammelbegriff, der ganz verschiedene Phänomene umfasst: die Veröffentlichung privater Daten wie beispielsweise der eigenen Adresse im Netz; Nachrichten und Kommentare, die Beleidigungen oder Vergewaltigungs- und Morddrohungen enthalten; Spyware, die auf das eigene Handy aufgespielt wurde.
Unsere Beratung besteht daher aus einem dreistufigen Angebot: Zunächst bieten wir Betroffenen eine emotional stabilisierende Erstberatung, geben ihnen also den Raum, über die gerade gemachte Gewalterfahrung zu sprechen. Unser Beratungsteam achtet dabei darauf, wie die Betroffenen emotional aufgestellt sind, und kann dabei auch den Kontakt zu spezialisierten Psychologinnen und Psychologen herstellen. Darüber hinaus bieten wir eine Sicherheitsberatung an. Denn wir sehen immer wieder, dass gerade bei konzertierten Angriffen verstärkt versucht wird, private Daten, wie Telefonnummer, Adresse, Name der Schule oder Kita der Kinder, herauszufinden. In einem Privatsphäre-Check helfen wir daher, so schnell wie möglich alle privaten Daten aus dem Netz entfernen zu lassen. Zudem unterstützen wir bei der Beweissicherung: Betroffene von digitaler Gewalt erhalten oft Hunderte von Hasskommentaren, an manchen Abenden stehen ihre Telefone kaum still, weil ständig neue Benachrichtigungen dazukommen. Ihnen kann man nicht mehr zumuten, diese selbst durchzugehen und rechtssichere Screenshots anzufertigen. Die aber braucht es, um Täterinnen und Täter zur Verantwortung ziehen zu können: Für diese sollte der Hass, den sie online verbreiten, spürbare Konsequenzen haben. Es ist daher wichtig, dass so viele Menschen wie möglich Anzeige erstatten. Nur so wird digitale Gewalt auch in den öffentlichen Statistiken sichtbar gemacht. Wir ermöglichen den Betroffenen, in Kooperation mit spezialisierten Kanzleien ohne eigenes Kostenrisiko gegen die Täterinnen und Täter oder die jeweilige Plattform vorzugehen. Neben der Erstattung einer Strafanzeige kommen auch zivilrechtliche Verfahren in Betracht. Diese kosten jedoch Zeit und Geld. In geeigneten Fällen bieten wir daher auch Prozesskostenfinanzierung an, denn: Die Möglichkeit, sein Recht durchzusetzen, sollte nicht vom eigenen Geldbeutel abhängen.

Wie oft wird dieser Rechtsbeistand in Anspruch genommen?
Ungefähr in der Hälfte der Fälle.

Die Fälle digitaler Gewalt sind sehr unterschiedlich. Sie müssen von Fall zu Fall schauen. Können Sie dennoch ein paar Faustregeln bzw. Tipps geben, wie man mit digitaler Gewalt umgehen sollte?
Wichtig ist zunächst einmal Prävention: Wir raten dazu, die Privatsphäre-Einstellungen der eigenen Profile bei Social-Media-Plattformen regelmäßig zu kontrollieren und zu überprüfen, welche persönlichen Daten sich bereits im Netz zur eigenen Person finden. Gibt es da z. B. einen Google-Eintrag, der zeigt, dass ich im Vorstand der Schule meiner Kinder bin – und dazu sogar noch ein Foto? So könnte man leicht herausfinden, welche Schule die Kinder besuchen. Oder wird unter einer Publikation oder einem Bild noch meine Privatadresse angegeben? Vielleicht auch in meinem Blog? Wir raten dazu, solche privaten Daten aus dem Netz zu löschen. Dazu gehört auch, Social-Media-Accounts zu überprüfen: Wer kann meine Daten sehen? Können alle Leute meine Urlaubsfotos sehen oder eben nur ein begrenzter Personenkreis? Je weniger Daten über die eigene Person im Netz kursieren, desto weniger Angriffsfläche haben potenzielle Täterinnen und Täter. Ein zweiter Tipp sind sichere Passwörter. Es zeigt sich immer wieder, dass viele Leute sehr simple Passwörter benutzen, die schnell herausgefunden werden können.
Betroffenen raten wir, mit der Gewalt, mit dem Hass nicht allein zu bleiben, sondern sich Unterstützung zu suchen. Insbesondere während der Pandemie haben sich öffentliche Debatten immer mehr in den digitalen Raum verlagert, soziale Teilhabe ist ohne das Internet kaum noch denkbar. Umso wichtiger ist es, dass sich alle Menschen ohne Angst um ihre Sicherheit im Netz äußern können. Viele Betroffene ziehen sich jedoch ab einem bestimmten Punkt – meist wenn die eigene Familie bedroht wird – zurück. Genau das wollen die Täterinnen und die Täter: Sie schüchtern Menschen so lange ein, bis sie ihr Ziel erreichen, bis diese sich nicht mehr äußern oder bei bestimmten Themen selbst zensieren. Wir laufen Gefahr, dass bestimmte Stimmen aus unseren öffentlichen Debatten verschwinden. Das aber kann und sollte sich eine liberale Demokratie nicht leisten.

Jede und jeder kann im Netz digitale Gewalt erfahren, besonders sind aber auch Aktivistinnen, Politiker und im gemeinnützigen Bereich Tätige von Hassrede betroffen. So z. B. die Politikerin Renate Künast von Bündnis 90/Die Grünen. Gemeinsam mit HateAid hat sie einen Grundsatzprozess gegen Facebook angestrengt. Um was geht es dabei?
Digitale Gewalt kann von allen Seiten, auch aus der Mitte der Gesellschaft, kommen. Wir beobachten aber, dass gerade Täterinnen und Täter aus einem rechten bis rechtsextremen Spektrum besonders gut organisiert sind. Vor allem diese Gruppen greifen Politikerinnen, Aktivisten, Journalistinnen an – also Menschen, die das Rückgrat unserer Demokratie sind. Besonders oft trifft es Menschen, die bereits im analogen Leben Diskriminierung erfahren: Frauen, People of Color oder die LGBTIQ+-Community. Auch hier ist das Ziel, sie aus dem öffentlichen Diskurs zu drängen und im Internet mundtot zu machen.
Renate Künast ist das schon mehrere Male passiert: Es gibt massive Hasskampagnen gegen sie, unter anderem werden Falschzitate veröffentlicht. Ein Beispiel: Ein Foto zeigt ihr Gesicht und daneben steht ein Falschzitat, in dem es um etwas geht, das sie in einer Talkshow gesagt haben soll. Nur: Das Zitat entspricht nicht der Wahrheit. Man kann die Talkshow online ansehen und es selbst überprüfen. Dennoch wird das Falschzitat immer und immer wieder auf Facebook geteilt – heruntergeladen, erneut hochgeladen, sodass es sich zuhauf auf dieser Plattform befindet.
Facebook hat sogar einen Faktencheck bei diesem Zitat gemacht und bestätigt, dass sie das so nicht gesagt hat. Dennoch wird das Foto nicht von der Plattform gelöscht, obwohl es ganz klar als Falschzitat identifiziert wurde. Frau Künast müsste als Betroffene alle diese Bilder bei Facebook suchen und einzeln anzeigen, damit sie gelöscht werden. Sie ist damit ein Beispiel für viele Menschen, die wir beraten.
Wir finden, dass es Betroffenen, die bewiesen haben, dass unwahre Zitate über sie im Netz in Umlauf sind und von denen auch ein deutsches Gericht ganz klar sagen würde: »Das ist Verleumdung!«, nicht zugemutet werden kann, diese immer wieder selbst auf der Plattform zu suchen, zu melden und anzuzeigen. Stattdessen müssen die Plattformen in die Pflicht genommen werden: Der Europäische Gerichtshof urteilte bereits 2019, dass Gerichte die Plattformen durchaus dazu verpflichten können, ähnliche oder wortgleiche Inhalte zu löschen. Doch dieses Urteil allein ändert leider noch nicht die Praxis, denn in jedem europäischen Land muss das noch mal neu eingeklagt werden.
Renate Künast hat sich entschlossen, für ihr Recht vor Gericht und, wenn nötig, durch alle Instanzen zu gehen, um für sich und andere Betroffene ein Grundsatzurteil zu erwirken. Wenn Facebook dazu verpflichtet wird, diese wortgleichen Falschzitate zu löschen, wäre das ein großartiges Signal für zahlreiche Betroffene.

Bleiben wir bei den Plattformanbietern wie z. B. Facebook. Im Januar 2021 ist das Netzwerkdurchsetzungsgesetz in Kraft getreten, wie positioniert sich HateAid dazu?
Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) ist aus unserer Sicht ein insgesamt sinnvoller Regulierungsansatz, der Betroffene von digitaler Gewalt wirksam schützen kann. Es ist jedoch an einigen Stellen verbesserungsfähig, insbesondere in der praktischen Umsetzung: Allzu oft entziehen sich die Plattformen unter Berufung auf ihre AGB der Anwendung des Gesetzes. Insgesamt kommen die Plattformen der Löschpflicht auch zu selten nach und lassen selbst offensichtlich rechtswidrige Kommentare stehen – und verdienen so als Wirtschaftsunternehmen weiter an den Inhalten. Die Befürchtung, dass es nach Einführung des NetzDG zum sogenannten Overblocking – also dazu, dass die Plattformen zu viele Inhalte löschen – kommt, haben sich also nach bisherigem Kenntnisstand nicht bestätigt.
Was wir aber sehen: Seit der Einführung des NetzDG scheinen die Plattformen mehr Anstrengungen zu unternehmen, um den Betroffenen zu ihrem Recht zu verhelfen. Wir begrüßen außerdem, dass soziale Netzwerke in Deutschland gemäß NetzDG jeweils einen Zustellungsbevollmächtigten benennen müssen, an den Schriftstücke in Deutschland rechtssicher zugestellt werden können.
Aber nur löschen reicht eben nicht, Täterinnen und Täter müssen auch zur Verantwortung gezogen werden. Das Löschen von Beleidigungen im Netz ist wie ein Trostpflaster, das man auf eine Wunde klebt. Das Problem ist damit nicht weg. Die Täterin oder der Täter spüren keine Konsequenzen und machen einfach weiter.
Wir sind daher überzeugt, dass es auch mehr Strafverfolgung braucht, um Täterinnen und Täter abzuschrecken. Der Gesetzgeber versucht dies nun über eine Meldepflicht zu lösen, die ab Anfang 2022 gelten soll. Soziale Netzwerke sollen verpflichtet werden, Meldungen, die bestimmte schwere Straftatbestände erfüllen, an das Bundeskriminalamt (BKA) auszuleiten. Eine solche Meldepflicht halten wir für sinnvoll, auch wenn wir uns eine datensparsamere Ausgestaltung gewünscht hätten.
Insgesamt wünschen wir uns, dass Hasskriminalität im Netz auch durch die Strafverfolgungsbehörden und die Justiz flächendeckend ernst genommen und verfolgt wird. Häufig wird bisher leider verkannt, dass deren Wirkung weit über den Einzelfall hinausgeht und uns letztlich alle betrifft.

Der digitale Raum hat in der Coronapandemie nochmals an Bedeutung als öffentlicher Treffpunkt gewonnen. Konnten Sie feststellen, dass während der Pandemie auch die Hassrede im Netz angestiegen ist?
Ja, das zeigen unsere Beratungszahlen deutlich. Wir haben einen massiven Anstieg an Beratungsfällen während der Coronapandemie verzeichnet. Aggression und Hass entladen sich vor allem, wenn Menschen verunsichert sind und unter Stress stehen. In solchen Zeiten treffen Hass und Gewalt die Betroffenen psychisch besonders hart. Denn während der Coronapandemie haben sich das öffentliche und private Leben sowie ganze Debatten fast vollständig in den digitalen Raum verlagert. Leider erleben wir aktuell trotz der erfolgten Lockerungen in der Beratung noch keine Entspannung. Wir sehen weiterhin massive Angriffe, vor allem gegen Politikerinnen und Aktivistinnen

Vielen Dank.

Anna-Lena von Hodenberg ist Geschäftsführerin von HateAid. Theresa Brüheim ist Chefin vom Dienst von Politik & Kultur

Abschied von unserer Leiterinnerung

Im Schatten des Humboldt Forums findet ein Selbstentkernungsversuch statt

JOHANN MICHAEL MÖLLER

Karl Jaspers hatte einst von der »Beliebigkeit des Zufalls« gesprochen. Mir ist diese Formulierung aus seinem berühmten Buch von 1931 über »Die geistige Situation der Zeit« wieder eingefallen, als ich just am Tag der feierlichen Eröffnung eines weiteren Teils des Humboldt Forums eine Pressemitteilung aus dem Hause Monika Grütters bekam, wonach die Bundeskulturministerin am selben Abend auch noch das Reeperbahnfestival in Hamburg eröffnen werde. Man wird der Ministerin nicht verübeln, dass sie am Ende ihrer jetzigen Amtszeit noch einmal Erntedankfest feiern möchte, wo immer sich die Gelegenheit für sie bietet. Aber im Kontrast dazu fällt auf, mit welch eiligen Schritten das Humboldt Forum ins Leben entlassen wurde. Jetzt stünde es hier, hat der Bundespräsident in seiner Eröffnungsrede gesagt, aber eigentlich, so möchte man doch ergänzen, weiß keiner der Verantwortlichen mehr, was er damit anfangen soll. Dabei hatte es einmal der ganz große Paukenschlag werden sollen. Die Berliner Republik wollte sich mit dem Schloss selbst bekrönen.

Jetzt heißt die Devise wohl nur noch: Lieber nicht zu doll auftreten, damit nicht noch mehr Gespenster aus der Vergangenheit aufgeweckt werden. Die preußischen Könige sind längst passé, aber jetzt springen die deutschen Kolonialisten aus ihren Gräbern. Dabei wollte das Humboldt Forum nie ein Museum für Kolonialgeschichte sein. Aber was sonst? Ein Museum für Raubkunst, deren Rückgabe die Feuilletons längst beschlossen haben? Oder ein Ort für die Provenienzforschung? Auch das rettet die Lage nicht.

So wird jetzt eine Sammlung von Objekten zu sehen sein, die man irgendwie nur mit spitzen Fingern anfassen möchte. Ihre wirkliche Pracht, ihre grandiose Ausstrahlung lässt man lieber im Halbdunkel verschwinden. Aus einem Haus der Objekte ist ein Haus für Theorien geworden. Man hätte auch schwarzweiße Reproduktionen zeigen können. Von der »Bestückung« des Humboldt Forums spricht der Historiker Norbert Frei.

»Und nun?«, fragt der Bundespräsident völlig zu Recht. Was will man mit einem Museum anfangen, das gar kein Museum mehr ist? Das die Welt nur als Kollage begreift, als ein – wie »Die Zeit« schreibt – »freundlich zusammengeschnipseltes Klischee«. Aber Frank-Walter Steinmeier wäre nicht der, der er ist, wenn er sich die Antworten nicht gleich selbst gäbe. Nicht die blinden Flecken der deutschen Kolonialgeschichte und nicht die Leerstellen im kollektiven Gedächtnis sind es, die ihn beunruhigen, sondern dass unser Land ein »Land mit Migrationshintergrund« geworden sei und wie man dem im Humboldt Forum wohl Rechnung tragen könne. Denn mit der Umbenennung von Straßenschildern ist es nicht mehr getan. Viele Lebensgeschichten sollen heute nebeneinander erzählt werden. Aber sie treten auch plötzlich zueinander in Konkurrenz.

Das ist der tiefere Konflikt, der gerade im Humboldt Forum ausgetragen wird. Und sein Ausgang ist viel ungewisser, als es der Bundespräsident sagt. Denn einer postkolonialen Umformulierung unserer nationalen Erzählung steht unsere Sicht auf den Holocaust unumgänglich im Weg. Kolonialismus und Holocaust lassen sich eben nicht so einfach nebeneinanderher erzählen. Das hat das Erschrecken über die Thesen von Michael Rothberg oder Dirk Moses jüngst wieder gezeigt. Die Idee des neuen »multidirektionalen Erinnerns« bedeutet eben nicht das harmlose Miteinander; die brüsken Forderungen, auch den Holocaust endlich zu dekolonisieren, drücken die Konflikte sehr viel deutlicher aus.

Der Holocaust solle »globalisierungskompatibel« gemacht werden, diagnostiziert der Berliner Historiker Sebastian Conrad; der Völkermord an den europäischen Juden diene als »Türsteher«, um kolonialen Themen endlich den »Einlass in den Kreis der legitimen Fragestellungen« zu verschaffen. Formulierungen, die einem die Haare zu Berge stehen lassen. Offenkundig stört »die überragende Aufmerksamkeit«, die der Judenmord in der Vergangenheit gefunden hat, wie Norbert Frei schreibt. Man kann es auch noch direkter formulieren: Die Singularität des Holocausts hat keinen Platz mehr im postkolonialen Diskurs. Doch die Überzeugung von dieser Singularität ist zum Kern unserer deutschen Erinnerungskultur geworden, zum Grundkonsens, auf dem die moralische Wiedererrichtung unseres Landes überhaupt erst möglich wurde. »Mit jenem Lebenszusammenhang, in dem Auschwitz möglich war«, hatte Jürgen Habermas seinen Kontrahenten im ersten Historikerstreit vorgehalten, sei

»unser eigenes Leben nicht etwa durch kontingente Umstände, sondern innerlich verknüpft.« Niemand von uns könne sich »aus diesem Lebenszusammenhang, diesem historischen Milieu herausstehlen, weil mit ihm unsere Identität, sowohl als Individuen wie als Deutsche, unauflöslich verwoben« sei.

Man hätte eine entsprechende Intervention von ihm auch jetzt erwartet. Aber in der jüngsten Ausgabe des »Philosophie Magazins« vollzieht er einen überraschenden Positionswechsel. Das Beharren auf dem »singulären Zug des Holocausts«, so formuliert er dort, bedeute natürlich nicht, dass sich »das politische Selbstverständnis der Bürger einer Nation einfrieren« lasse. Unsere politische Kultur müsse sich deshalb heute so erweitern, »dass sich Angehörige anderer kultureller Lebensformen mit ihrem Erbe und gegebenenfalls auch ihrer Leidensgeschichte darin wiedererkennen können«. Und es bleibt nur die vage Hoffnung, dass die neuen Bürger die politische Kultur und das geschichtliche Erbe unseres Landes vernünftigerweise »akzeptieren« werden. Jüngere Autoren wie Per Leo formulieren noch rigoroser: Wir seien in einer Welt angekommen, heißt es im Anschluss an Habermas, die »im Klammern an die deutsche Geschichte nicht mehr zu begreifen ist«.

Man reibt sich die Augen und versteht, warum von einem zweiten Historikerstreit die Rede ist. Wir erleben gerade, so kann man mit Sebastian Conrad zusammenfassen, wie das alte Erinnerungsregime der Bundesrepublik ersetzt wird durch ein neues. Nach dem Abschied von der Idee einer Leitkultur beginnt jetzt wohl auch der Abschied von unserer Leiterinnerung. Die das heute so freudig begrüßen, übersehen freilich, dass nicht mehr sehr viel bestand, was diesem Land nach der deutschen Katastrophe moralischen Halt und einen halbwegs verlässlichen Orientierungsrahmen geben konnte. Was im Schatten des Humboldt Forums gerade probiert wird, ist ein grandioser Selbstentkernungsversuch. Oder sollte man besser sagen: Auch das ist eine Art von Schadensabwicklung.

Johann Michael Möller ist freier Publizist und Ethnologe

7. Oktober 2021 | 10.30 bis 14.30 Uhr
Livestream aus der W. Michael Blumenthal Akademie Berlin

Thementag »Medienbild im Wandel: Jüdinnen und Juden in Deutschland«

Welches Bild von Jüdinnen und Juden wird in den deutschen Medien gezeigt? Und hat sich dieses geändert? Diese Fragen stehen im Mittelpunkt des Thementages am Donnerstag, den 7. Oktober 2021. Zwei Tage vor dem Gedenktag an den Anschlag auf die Synagoge von Halle laden Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, der Beauftragte der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus, der Zentralrat der Juden in Deutschland sowie die Initiative kulturelle Integration zum Thementag »Medienbild im Wandel: Jüdinnen und Juden in Deutschland« ein.

LIVE

kulturelle-integration.de

IT-Hochtechnologie zwischen Feldern und Feuchtsavanne

In Burkina Faso ist eine regionale Hochschule für 500 Studierende entstanden

PHILIPP MEUSER UND JENNIFER TOBOLLA

Für die 100 Kilometer Strecke von Ouagadougou ins westlich gelegene Koudougou braucht der Überlandbus gut vier Stunden. Entlang der Rue nationale 1 führt der Weg vorbei an den typischen Familiengehöften, deren Grundriss oval angeordnete Einraumhütten zeigt, in deren Zentrum nachts das Vieh eingepfercht wird. Typisch für die westafrikanische Feuchtsavanne sind hier auch die Straßendörfer, die sich linear an den Transportadern entwickelt haben. So unterschiedlich die baulichen Strukturen auch sind – ein Element gibt jeder Siedlung einen typischen Charakter. Fast immer dominiert ein großer alter Baum ihr Zentrum. Handelt es sich bei diesem schattenspendenden Baum um einen Baobab oder einen Kopak, scheint es, als hallten die zahllosen Dorfgespräche vorangegangener Generationen immer noch nach. Ein solcher Baum als Treffpunkt der Dorfgemeinschaft – von Wahllokal zu Standesamt, von Schule zu Parkbank, von Diskussionsstätte zu Bühne – ist auch ein wesentlicher Bestandteil der Kultur der Mossi, die in diesem Teil Burkina Fasos die ethnische Mehrheit stellen.

Da die Straße über Poa gerade ausgebessert wird, muss der Bus den Umweg über Sabou nehmen. Koudougou erreichen wir daher von Süden, fahren an den eingeschossigen Hütten aus Lehm und Wellblech vorbei und erreichen das Stadtzentrum am Bahnhof. Von urbanen Strukturen kann man hier noch nicht sprechen, eher von Transiträumen einer Bevölkerung, die sich mit einem jährlichen Wachstum von 2,7 Prozent und einer jährlichen Urbanisierungsrate von fünf Prozent in einem beispiellosen Transformationsprozess befindet. Für die Hauptstadt Ouagadougou und die zweitgrößte Stadt des Landes, Bobo-Dioulasso, prognostiziert UN-Habitat sogar eine Verdoppelung der Bewohner in den kommenden zehn Jahren. Auch Koudougou wächst kontinuierlich. Die 160.000-Einwohner-Stadt (Stand 2019) liegt an einer der wenigen Eisenbahnverbindungen, die von den Franzosen zu späten Kolonialzeiten erbaut wurden, und seit 1952 das Hinterland erschließen. Von Abidjan verlaufen die Gleise über Bobo-Dioulasso und Koudougou bis nach Ouagadougou.

Architektonische Landkarte

Architekturprojekte aus Westafrika werden nicht oft zum Gesprächsthema sowohl für die internationale Architekturszene als auch für eine breitere Öffentlichkeit. Das gilt insbesondere für Regionalstädte, die auch innerhalb des subsaharischen Afrikas marginalisiert sind. Auf der architektonischen Landkarte hat sich Koudougou allerdings schon 2005 mit dem Zentralmarkt einen Eintrag verschafft, der mit Unterstützung durch eine Schweizer Entwicklungsorganisation errichtet und von der Aga Khan Stiftung für seinen vorbildlichen Typenentwurf ausgezeichnet wurde. Zehn Jahre später folgte das Lycée Schorge von Francis Kéré. Diese Bildungseinrichtung ist seitdem kontinuierlich erweitert worden und firmiert heute zusätzlich unter dem Namen Burkina Institute of Technology (BIT).

Das kleine Stück Land im Süden Koudougous, das für die Region ein Hoffnungsschimmer im Kampf gegen die Perspektivlosigkeit der Jugend geworden ist, geht auf eine rein private Initiative zurück. Die Münchnerin Susanne Pertl, familiär mit der namhaften Unternehmensberatung Stern Stewart & Co verbunden, hat in Burkina Faso bereits ein gutes Dutzend Schulen errichtet und an den Staat übergeben. Mit ihrem jüngsten Projekt änderte sie ihre Strategie und übernahm auch den Betrieb der Bildungseinrichtung. Das Lycée Schorge eröffnete 2015, um jungen Menschen in Middle und High School eine Hochschulzugangsberechtigung zu ermöglichen. 2018 eröffnete nach nur einem Jahr Vorbereitung und Lizensierung die Hochschule mit einem dreijährigen Bachelor-Programm für IT-Spezialisten. Erst kürzlich zeichnete das burkinische Bildungsministerium das BIT als beste Hochschule des Landes aus – wohl auch, weil das Female Empowerment zur Philosophie der Einrichtung gehört. Die Hälfte der 250 Schüler und 300 Studierenden sind weiblich. Vor dem Hintergrund, dass das westafrikanische Land muslimisch geprägt ist, zeigt sich die in Burkina Faso strenge Trennung von Staat und Religion. Als weiteren Schritt, Jugendliche zu qualifizieren und ihnen eine Zukunftschance zu geben, stehen nun auch Kurse in Entrepreneurship im Fokus. Der Dreischritt Schule–Studium–Berufseinstieg liegt hier in einer erfahrenen Hand. Schließlich verfügt der Träger der Institutionen über weltweite Kontakte in die oberen Etagen der Wirtschaftswelt.

Es scheint, als habe Susanne Pertl bei der Wahl ihres Architekten einen intuitiven Glücksgriff gemacht. Denn seit 2015 hat Francis Kéré eine weitere Stufe der weltweiten Bekanntheit erlangt. Sein Ruhm trägt inzwischen dazu bei, dass Schule und Universität eine noch breitere Aufmerksamkeit erlangen. Auch wenn es kaum intendiert war, eine Art Markenarchitektur in der Weite der westburkinischen Savanne zu setzen, gehört der Ort längst auf die Landkarte subsaharischer Architektur. In fußläufiger Entfernung hat Kéré ein Waisenhaus geplant, das ebenfalls sehenswert ist.

Ein Campus mit drei Elementen

Der Campus besteht inzwischen aus drei weithin sichtbaren Elementen: dem ringförmigen Gymnasium, den gestaffelten Modulen der Universität und einem zentralen Turm mit der IT-Infrastruktur. Ein Regenwasserauffangbecken, ein Brunnen und eine eigene Photovoltaik-Anlage sorgen dafür, dass die Anlage autark betrieben werden kann. Über 2.000 neu gepflanzte Baumsetzlinge werden in wenigen Jahren einen Campus im Wald entstehen lassen. Für Kéré ist der Ort mehr als nur eine bauliche Infrastruktur mit architektonischem Wert. »Schönes, durchdachtes Design ist etwas, was Menschen inspirieren kann. Vor allem junge Menschen brauchen mehr als nur ein Dach über dem Kopf, wenn sie sich neues Wissen aneignen sollen. Wenn Lernen in Räumen stattfindet, die zum Träumen anregen, können Dinge entstehen, die niemand so hätte planen können. Außerdem geht es darum, ein angenehmes Raumklima und eine Wohlfühlatmosphäre des Lernens zu schaffen. Kaum etwas erleichtert den Unterricht so sehr wie gute Architektur.«

Kérés Architektur fasziniert durch die Klarheit der Formensprache und die Stärke des verwendeten Materials. Auch bei seinem Entwurf für den Bildungscluster in Koudougou hat der aus Burkina Faso stammende und in Deutschland ausgebildete Francis Kéré auf sein umfangreiches Wissen über traditionelle Baustoffe und Montagemethoden zurückgegriffen. Was seine architektonische Handschrift auszeichnet: Kéré respektiert lokale Bautechniken, setzt sie in materialgerechter Form ein. Unter dem Titel »Radikale Einfachheit« hat sein Münchener Professorenkollege Andres Lepik vor einigen Jahren eine wegweisende Ausstellung mit Arbeiten von Kéré kuratiert. Immer wieder verwendet der vielfach prämierte Afrikaner ungebrannte Lehmziegel, grob gebrochenen Naturstein, die typischen etwa zehn Zentimeter dicken Eukalyptusstämme für die unteren Seiten der Dächer über schattenspendenden Innenhöfen oder – wie im Fall des BIT – als eine Art Sonnenschutz. Die mit der Zeit ausbleichenden vertikal angeordneten Stangen erfüllen hier auch eine weitere Aufgabe: Sie geben den ringförmig angeordneten rechteckigen Klassenräumen eine amorphe Außenform, noch mehr: Sie fügen die Einzelbauten zu einer Gemeinschaft von Häusern zusammen, wie man es bei den Gehöften des Umlands von Koudougou beobachten kann. Darin spiegelt sich eines der Hauptthemen von Kérés Entwürfen wider: das Spiel zwischen Innen und Außen. Mit dem ringförmigen Bau des Lycée Schorge hat er die Landschaft mit ins Gebäude hineingezogen. Die transluzenten Wände verstärken dieses Wechselspiel zwischen Zusammenhalt und Offenheit.

Für den Gebäudekomplex der Universität, der derzeit noch weiterwächst, hat Kéré statt ungebrannter Ziegelsteine gefärbten Sichtbeton gewählt. Die wiederverwendbaren Schalungen aus Stahl sorgen für die erforderliche Präzision bei den standardisierten Modulen für 40, 100 und 200 Studierende. Die Oberflächen zeigen, mit welch hoher Qualität die Bauingenieure ihre Arbeit verrichten. Man muss wissen, dass die Region eine lange Tradition an Lehmbauten und daher einen gewissen Oberflächenkult bei glatten Fassaden entwickelt hat. Doch die Präzision der Metallformen und die gleichmäßige Durchfärbung des Betons zeugen von umfangreichen Kenntnissen. Insofern hat Francis Kéré in seiner Heimat mit dem Bestreben nach Betonbauarbeiten auch einen Know-how-Transfer geleistet. Inwiefern die lokalen Bauarbeiter das Wissen um die Geheimnisse des Sichtbetons weitertragen, wird sich in den kommenden Jahren bei Neubauten in der Region zeigen. Aus der Fassade des Burkina Institute of Technology spricht zumindest eine klare architektonische Haltung: eine Ästhetik des Einfachen, aber auch eine Ästhetik des Unfertigen. Angemessen für den Ort ist es allemal.

Jenseits von Theorie und Terrorismus

Die Rückkehr zum Einfachen, mit Liebe zum Detail in seiner ursprünglich gedachten Form, kann große Kraft in sich bergen. In Kérés Architektur zeigt sich aber auch ein Element der afrikanischen Architektur, die Ron Eglash vor einigen Jahren beschrieben hat: »African Fractals«. Der US-amerikanische Ethnomathematiker leitet aus seinen wissenschaftlichen Beobachtungen gar eine mögliche Theorie der Architektur ab. Kern seiner These sind Algorithmen von Mustern und Ornamenten afrikanischer Kulturen, die auf der Wiederholung von Fraktalen aufbauen. Die geografischen Muster zeichnen sich durch ihre immer kleiner werdenden Maßstäbe aus, wie es Eglash etwa in einer Siedlung in Sambia nachgewiesen hat und als typisch für das subsaharische Afrika definiert. »In Europa und Amerika sehen wir oft Städte, die in einem Rastermuster mit geraden Straßen und rechtwinkligen Ecken angelegt sind. Im Gegensatz dazu neigen traditionelle afrikanische Siedlungen dazu, fraktale Strukturen zu verwenden: Kreise von Kreisen kreisförmiger Behausungen, rechteckige Mauern, die immer kleinere Rechtecke umschließen, und Straßen, in denen sich breite Alleen zu winzigen Fußwegen mit auffälligen geometrischen Wiederholungen verzweigen. Diese einheimischen Fraktale sind nicht auf die Architektur beschränkt. Ihre rekursiven Muster finden sich in vielen unterschiedlichen afrikanischen Designs und Wissenssystemen wieder.« Eglash bezieht sich wiederum auf den französischen Mathematiker Benoît Mandelbrot, der Mitte der 1970er Jahre den Begriff »Fraktal« geprägt und dessen geometrische Muster in der Natur nachgewiesen hat.

Die Theorie der Fraktale wird Kéré kaum im Sinn gehabt haben, als er seine ersten Skizzen auf Papier zeichnete. Vielmehr spiegeln seine Arbeitsweise und Entwürfe die Intuition wider, einen einfühlsamen Beitrag zur Architektur Westafrikas zu leisten. Nicht aufgeregt und nach Effekt haschend, eher ruhig und fast bescheiden. Als Kéré unlängst gefragt wurde, welche theoretische Position er in seiner Architektur vertrete, war seine Antwort präzise und offen zugleich: »Was meinen wir, wenn wir von einer Theorie der afrikanischen Architektur sprechen? Kann diese Theorie die Probleme der Millionen von Nachbarschaften erfassen, die es in Afrika gibt und bald geben wird? Ich glaube, dass es keine singuläre Theorie gibt, die in der Lage ist, die Wahrheit über den afrikanischen Kontinent oder seine Architektur zu sagen. Ich hoffe, dass wir in einem theoretischen Verständnis der Architektur in Afrika die Spezifität, das Detail, die Geduld und die Menschen mit einbeziehen können.«

Bleibt es also eine europäische Sichtweise, aus der Postrationalisierung der gebauten Umwelt eine Theorie der Architektur abzuleiten? Sind es nicht die alltäglichen Probleme, die im Mittelpunkt der Debatte stehen sollten? Burkina Faso hat sich in den vergangenen zehn Jahren zu einem Schauplatz des international agierenden Terrorismus gewandelt. Der Norden der ehemaligen französischen Kolonie La Haute-Volta wird wie der Norden Malis und Teile von Niger und Nigeria immer wieder von grenzüberschreitend agierenden kriminellen Banden, Terrormilizen und Schmugglern überfallen. Westliche Ausländer werden seit einiger Zeit von ihren Botschaften vor Ort immer wieder vor Überlandfahrten gewarnt. Hinzu kommen die Folgen des Klimawandels, die in der gesamten Sahelzone zu Binnenmigration führen. Allein in Burkina Faso zählt das UNHCR über eine Million Menschen, die ihre Heimat verlassen haben. Vor allem der jungen Bevölkerung eine Zukunftsperspektive zu bieten – auch dafür steht das Burkina Institute of Technology: ein Bildungsprogramm zur Förderung der regionalen Strukturen. Allerdings muss den Absolventen eine Berufsperspektive geboten werden, da ansonsten das Risiko der Abwanderung nach Ouagadougou hoch bleibt.

FOTO: PHILIPP MEUSER

In Koudougou entsteht ein in der westafrikanischen Savanne einzigartiges Bildungscluster

Philipp Meuser arbeitet als Architekt unter anderem in Westafrika. Jennifer Tobolla ist Büroleiterin bei Meuser Architekten und leitet die Baustelle der Deutschen Botschaft Ouagadougou

Rezo Dutschke

Haben der 68er-Revolutionär und der Produzent etwas gemein?

HANS JESSEN

Rudi Dutschke, die Symbolfigur der 68er-Bewegung, verstand sich als Revolutionär, dem alles Politik war. Ihn zu vergleichen mit einem Entertainer der 2020er Jahre, der überwiegend Musik- und Spaßvideos im Netz veröffentlicht, ist eigentlich nicht möglich. Oder doch?

Dutschke zitierte oft den Satz von Karl Marx aus dessen Kritik der Hegel'schen Rechtsphilosophie: »Es reicht nicht, dass der Gedanke zur Verwirklichung drängt, die Wirklichkeit muss sich selbst zum Gedanken drängen.«

Die Dualität von Idee und Notwendigkeit braucht, um Praxis zu werden, als drittes Element aber auch besondere Akteure, die einen solchen Prozess vorantreiben. Diese Menschen müssen zur Analyse der auf Veränderung drängenden Verhältnisse in der Lage sein, sie müssen fähig sein, notwendige Konsequenzen zu formulieren, und sie müssen Reichweite erzielen, weit über das eigene Lager hinaus.

Rezo richtet seine jüngste Video-Trilogie auf die gleichen Felder wie einst Rudi Dutschke

Es ist diese dritte Eigenschaft, die Analytiker und Strategen unterscheidet von Symbolfiguren, die Hoffnungsträger und Projektionsflächen gleichermaßen sind, denen Menschen zuhören und sich auch emotional einlassen. Das muss nicht zwangsläufig Zustimmung bedeuten, auch heftige Ablehnung kann Berührtheit zum Ausdruck bringen.

Rudi Dutschke, der wortgewaltige Studentenführer, hat in seiner Zeit gesellschaftlich polarisiert wie kaum ein anderer. Von glühender Verehrung bis zu abgrundtiefem Hass reichte die Bandbreite – bis hin zum Attentat 1968, das Dutschke knapp überlebte, an dessen Spätfolgen er aber 1979 verstarb.

In der »zum Gedanken drängenden Wirklichkeit« jener Zeit kumulierten nationale wie internationale Probleme: das Ende des Kolonialismus in Afrika, der Vietnamkrieg, die Große Koalition in der Bundesrepublik. Dabei sahen sich nur 50 FDP-Abgeordnete im Deutschen Bundestag einer überwältigenden Mehrheit von fast 500 Mandatsträgern der Regierungsparteien Union und SPD gegenüber.

Keine Sperrminorität, die Notstandsgesetze wurden mit großer Mehrheit beschlossen. Wo parlamentarische Opposition kaum existierte, wurde außerparlamentarische Opposition (APO) proklamiert, Dutschke war ihre Symbolfigur.

Und: 20 Jahre nach dem Ende Hitler-Deutschlands wurde thematisiert, dass im Staatsapparat der Bundesrepublik eine große Zahl hoher Amtsträger saß, deren Berufsbiografien im NS-Staat begonnen hatten. Nicht nur von ihnen, sondern generell von der Generation der Eltern forderten die 68er Auseinandersetzung mit ihrer Rolle und Verantwortung im NS-Staat.

Ganz sicher eine Zumutung für die ältere Generation, die überwiegend vergessen und verdrängen wollte, und auf die Fragen der Jugend nach Verantwortung und Aufklärung mit heftigen Gegenvorwürfen reagierte, die solche Abwehrmechanismen kennzeichnen. Damals wie heute.

Die Zeit war aber reif für solche selbstreflexive Aufklärung, ebenso wie sie reif war, traditionelle Strukturen des gesellschaftlichen Lebens zu hinterfragen: Vom klassischen Frauenbild über Bildungsinhalte und Erziehungsfragen bis hin zur Frage von Lebensgemeinschaften reichte der kulturelle Spannungsbogen, der von den 68ern infrage gestellt und mit eigenem Deutungsanspruch belegt wurde.

Rudi Dutschke artikulierte sich wesentlich als politischer Revolutionär, aber als Symbolfigur der Bewegung war er auch Träger und Projektionsfläche derjenigen, die die gesamte Architektur der gesellschaftlichen Verhältnisse kritisierten. Besonders in der Befragung der älteren Generation über ihre Verantwortung für die Verhältnisse, die Jüngere als Realität vorfanden, ist eine deutliche Parallele zu Rezos Videoanalysen zu erkennen – Parallele auch deswegen, weil beide, Rudi wie Rezo, Reichweite und Wirkung in gesellschaftliche Lager erziel(t)en, weit über die originäre eigene Klientel hinaus. Das verbindet sie, und das macht sie vergleichbar.

Dass Dutschke in seiner Erscheinung, mit wild-störrischen schwarzen Haaren, im selbstgestrickten Pullover dem Klischee eines »Revoluzzers« ganz gewiss ebenso entsprach wie der meist gutgelaunte Musikproduzent Rezo mit blaugetönten Haaren dies nicht tut, spielt keine Rolle.

Entscheidend ist die Reichweite ihrer Analyse und Forderungen, die beide sorgfältig begründet und hochpolitisch waren bzw. sind: bei Dutschke die Frage an die Elterngeneration nach ihrer Verantwortung für das Jahrhundertverbrechen des deutschen Faschismus, bei Rezo die Frage an die Elterngeneration nach ihrer Verantwortung für Produktions- und Konsumformen, die die Ressourcen des Planeten in brutaler Weise überstrapazieren.

So wie Dutschke die Frage der Verantwortlichkeit verband mit der Kritik an den Strukturen und Organisationen derer, die in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft Machtpositionen innehatten, richtet Rezo seine jüngste Video-Trilogie auf eben dieselben Felder: Verantwortlichkeit für die Klimakrise, politische (In)Kompetenz, Korruption – eine zeitgemäße Formulierung inhaltlich ähnlicher Kritik.

FOTO: PICTURE ALLIANCE / IMAGEBROKER | MANFRED VOLLMER

Rudi Dutschke beim Internationalen Vietnamkongress in der Technischen Universität Berlin

Dutschke erzielte seine Reichweite über direkte Aktionen auf der Straße, in Universitäten, auch vermittelt über klassische Medien. Rezo nutzt die Möglichkeiten der digitalen Kommunikation: Die drei Videos, produziert knapp vor der Bundestagswahl, wurden in kurzer Zeit jeweils vier bis fünf Millionen Mal angesehen. Ein gewisses »Stammpublikum« vorausgesetzt, lässt sich vermuten, dass insgesamt an die sechs Millionen Menschen erreicht wurden. Sekundäre Berichterstattung nicht berücksichtigt. Enorme Reichweite – weit über eine enge jugendkulturelle Szene hinaus.

Jenes Video, dass sich mit der Klimakrise befasste, adressierte Rezo explizit an die Generation der Eltern und Großeltern. Wissend, dass diese Generation die Bundestagswahlen entscheiden würde – knapp 40 Prozent der Wahlberechtigten sind 60 Jahre und älter. Bezeichnend, dass aus dieser Generation sowohl begeistertes Lob als auch aggressive Ablehnung folgten.

Diese Generation, das gilt 2021 so, wie es 1968 galt, ist in ihrer Gesamtheit am wenigsten zu gravierenden Veränderungen bereit. Das zeigte sich auch am Wahlabend: Die Zugewinne der SPD stammten zum größten Teil von früheren Unionswählern. Eingedenk der Schwerpunktsetzung in der letzten Phase des Wahlkampfs, in der die Scholz-SPD klimapolitische Notwendigkeit mit dem Versprechen sozialer Stabilität verband, dabei aber trotz ihrer Zugewinne im Saldo Stimmen an die Grünen abgab, ließe sich die These aufstellen: Die Generation der Älteren zu adressieren und sie in die Verantwortung zu nehmen für zukünftige Politik gegen den Klimawandel war ein politisch-mediales Kalkül, das sich im Ergebnis zwar nicht verbindlich quantifizieren lässt, aber: Falls die zukünftige Bundesregierung tatsächlich eine energischere Klimapolitik zum Programm macht, dann ist das auch das Ergebnis eines kritischen Diskurses, den der Mann mit den blauen Haaren lanciert und befördert hat.

So wie Willy Brandts programmatischer Satz »Wir wollen mehr Demokratie wagen«, ausgesprochen zu Beginn seiner Kanzlerschaft 1969, auch Ausdruck des Diskurses war, den die 68er und ihre Symbolfigur in die Gesellschaft getragen hatten. Insofern – vielleicht doch ein wenig: Rezo Dutschke.

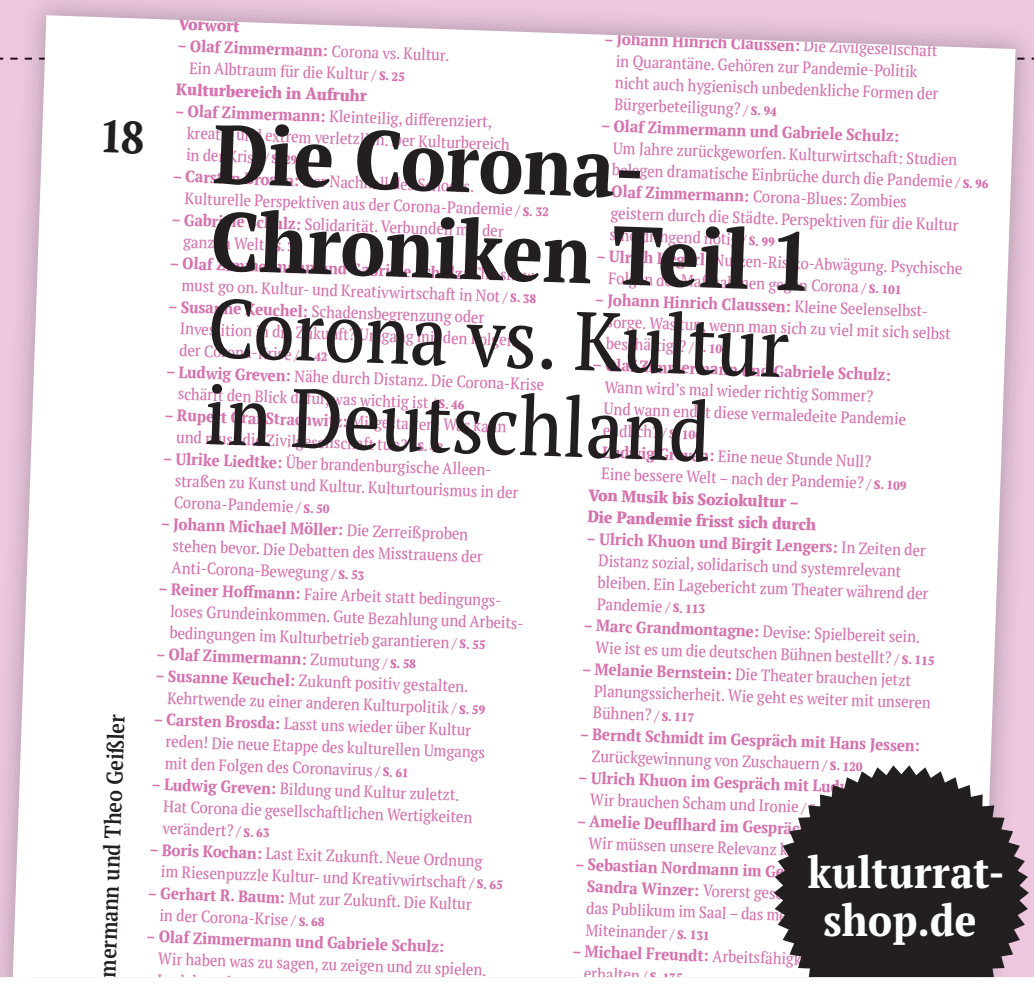
Hans Jessen ist freier Publizist und ehemaliger ARD-Hauptstadtkorrespondent

Pünktlich zur 4. Welle?

Der Kulturbereich wurde tief von der Coronapandemie getroffen. Er leidet unter extremen Einschränkungen durch die Schutzmaßnahmen. Viele Kultureinrichtungen waren und sind vollständig oder teilweise geschlossen. Besonders die freiberuflich arbeitenden Künstlerinnen und Künstler sind in Existenznot geraten.

In acht Kapiteln blicken über 120 Autorinnen und Autoren aus Kultur, Medien und Politik auf die letzten anderthalb Jahre Corona vs. Kultur zurück.

ISBN 978-3-947308-32-3
484 Seiten · 20,80 Euro



kulturrat-shop.de

Nicht auf den ganz großen Wurf warten

Eine europäische Kommunikationsplattform ist gegenwärtig unrealistisch

HELMUT HARTUNG

Im Februar dieses Jahres hat das Benediktinerstift Admont in Österreich eine Kulturplattform mit dem Titel »Discover Culture« gestartet. Die Online-Plattform zur Vernetzung und Vermarktung von Kultureinrichtungen discover-culture.com bündelt das digitalisierte Angebot namhafter Kulturinstitutionen Österreichs. Dazu gehört inzwischen auch das Kunsthistorische Museum Wien. Die erste Partnerschaft in Deutschland wurde mit dem Fürstenhaus Schaumburg-Lippe vereinbart. Museen und Galerien erhalten einen Teil der Einnahmen. Ob diese Plattform eine europäische Relevanz erreichen kann, wie geplant, sei dahingestellt, doch zwingt sich angesichts dieses Beispiels die Frage auf, warum in Deutschland keine Kulturplattform existiert, die die vielen digitalen Initiativen von Kultureinrichtungen bündelt und mit einem Klick die Nutzung der kulturellen Vielfalt ermöglicht. Muss man erst auf eine europäische Initiative warten, die noch dazu nur schwer zu realisieren ist, da die EU weder im Kultur- noch im Medienbereich die rechtliche Kompetenz besitzt? Die gleiche Frage betrifft auch den Medienbereich. Die Politik sieht sich anscheinend außerstande, ARD und ZDF zu einer gemeinsamen Mediathek zu veranlassen, wie soll das erst auf europäischer Ebene und auch noch unter Einbeziehung privater Medien funktionieren? Es wird Zeit, sich von dem Phantom einer europäischen Plattform zu verabschieden und stattdessen pragmatisch auf nationale Lösungen zu setzen, die die bereits vorhandenen Initiativen vernetzen und ausbauen.

Initiativen für eine europäische Medienplattform

Immer wieder tauchte in den vergangenen zwei bis drei Jahren die Forderung auf, eine gemeinnützige, quasi öffentlich-rechtliche europäische Medienplattform zu gründen, um den globalen Plattformen von Google oder Amazon inhaltlich etwas entgegenzusetzen. Die Plattform sollte sich aus Angeboten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, des privaten Rundfunks, von Verlagen, Blogs, Kultureinrichtungen speisen. Sie soll offen für humanistische Inhalte und weitgehend staatsfern sein. Das eine solche Plattform notwendig und überfällig ist, steht außer Frage, doch wer fühlt sich dafür zuständig, wie soll es finanziert werden? Als im September 2018 der damalige Intendant des bayerischen Rundfunks, Ulrich Wilhelm, ein solches Netzwerk öffentlich anregte, gab es von Politikern, Medien und auch aus dem Kulturbereich viel Lob, doch außer weiteren Konzepten und Absichtserklärungen ist seitdem nicht viel geschehen: So sieht im deutsch-französischen Kooperationsabkommen, das 2019 unterzeichnet worden ist, Artikel 9 die Einrichtung einer digitalen deutsch-französischen Plattform vor. Im Juli 2020 stellte eine Projektgruppe der unter anderem acatech-Chef Henning Kagermann, Ulrich Wilhelm und Paul-Bernhard Kallen, CEO von Hubert Burda Media, angehörten, das Konzept für einen digitalen Datenraum für Europa vor – die »European Public Sphere« (EPS). Hier sollten auch kulturelle und mediale Inhalte angesiedelt werden. Seitdem hat die Öffentlichkeit von dem Projekt EPS nichts mehr gehört.

Studie zweifelt an der Kompetenz der EU für eine Kultur- und Medienplattform

Zwar hat die EU-Kommission in einem Grundsatzpapier »Zur Gestaltung der digitalen Zukunft Europas« 2020 betont: »Die technologische Unabhängigkeit Europas beginnt mit der Gewährleistung der Integrität und Widerstandsfähigkeit unserer Dateninfrastrukturen, -netze und -kommunikation. Sie setzt voraus, dass die richtigen Bedingungen geschaffen werden, damit Europa seine eigenen Schlüsselkapazitäten entwickeln und einsetzen und so seine Abhängigkeit von anderen Teilen der Welt bei den wichtigsten Technologien verringern kann.« Unter den Schlüsselmaßnahmen wird auch die Unterstützung des digitalen Wandels und der Wettbewerbsfähigkeit des audiovisuellen Sektors und der Medien genannt, um den Zugang zu hochwertigen Inhalten und den Medienpluralismus zu fördern, ohne konkret auf Medienplattformen einzugehen.

In ihrer Studie für die Bundesregierung »Kooperative Medienplattformen in einer künftigen Medienordnung«, die die Basis für den »Medien- und Kommunikationsbericht« 2021 bildete, stellen die Autoren jedoch fest, dass es fraglich sei, ob EU-weit jenseits des Aufbaus technologieneutraler Datennetze die Kompetenz besteht, um eine Medienplattform zu errichten. Das gilt umso mehr, als die softwarebasierten Entscheidungen beim Aufbau einer Plattform in hohem Maße Auswirkungen auf die Mediennutzung besitzen. »Deswegen«, so die Autoren, müsste zumindest auch eine EU-Kompetenz hinsichtlich der Verbreitung von Medieninhalten bestehen. Aufgrund der Subsidiaritätsklausel besteht aber allein die Zuständigkeit dafür, ein Mindestmaß an Harmonisierung der mitgliedstaatlichen Standards vorzunehmen, die auf Vollendung des Binnenmarkts zielt.

Anstelle einer Medienplattform ein »institutionelles Vermittlungsarrangement«

Die Studie stellt fest, dass in Europa zu beobachten sei, dass Medien vermehrt für den Aufbau solcher Medienplattformen kooperieren, nämlich beim Aufsetzen gemeinsamer Mediatheken (Subscription-Video-on-Demand) von an sich konkurrierenden Fernseh- und Radioanbietern oder bei der Setzung von Standards und Öffnung von Schnittstellen zur Vernetzung existierender Angebote, beispielsweise in Form sogenannter »Login-Allianzen«. Paradox sei hingegen, dass der Aufbau einer (europäischen) »Super-Plattform« als Gegengewicht zu Netflix, Facebook und anderen nicht erkennbar verfolgt wird. Die praktisch-technischen und rechtlichen Probleme seien derzeit zu hoch, verbunden mit ökonomischen Risiken durch Investitionskosten. Die Autoren empfehlen deshalb, dass sich die Schaffung kooperativer Medienplattformen auf die Werte der liberalen Demokratie beziehen solle. Davon sollten die Erwartungen an gemeinwohlorientierte Medienplattformen und die dafür notwendigen regulatorischen Maßnahmen abgeleitet werden. Zu diesen Werten zählen: Informations- und Diskursqualität, Freiheit, Gleichheit, Vielfalt, Verteilung von Meinungsmacht, Kritik und Kontrolle, Integration und Sicherheit. Eine gemeinwohlorientierte und kooperative Medienplattform wäre ein institutionelles Vermittlungsarrangement, das dem Paradigmenwechsel und der Neukonzeption von Vermittlungsleistungen in besonderem Maße gerecht werden würde.

Es ist Aufgabe der Politik, Plattformen gemeinwohlverträgliche Pflichten aufzuerlegen

Die Bundesregierung folgt in ihrem aktuellen »Medien- und Kommunikationsbericht« der Argumentation der Studie und stellt fest, dass den Plattformen Pflichten für die gemeinwohlverträgliche Ausgestaltung öffentlicher Kommunikationsräume aufzuerlegen seien. Ziel sollte bleiben, einen »fairen, offenen, wettbewerbsfreundlichen, digitalen Raum« zu schaffen. Die Bundesregierung sieht vier Handlungsoptionen, die neue kooperative Medienplattformen, vor allem im nationalen Maßstab, ermöglichen könnten.

1. Anreize für neue kooperative Medienplattformen
Damit der Wettbewerbsnachteil, der bei neuen kooperativen Medienplattformen gegenüber großen etablierten Plattformen besteht, ausgeglichen wird, soll die Bereitstellung von vermeintlich kostenlosen Internetangeboten im Gegenzug gegen die Einwilligung in die Auswertung nutzerbezogener Daten der Umsatzsteuer unterworfen werden. Als ein weiterer Ansatz wird die Einführung einer Werbesteuer auf das Schalten digitaler Werbung diskutiert. Des Weiteren sollen die Einnahmen besteuert werden, die aus dem Verkauf gesammelter Nutzerdaten resultieren.

Die Politik sieht sich anscheinend außerstande ARD und ZDF zu einer gemeinsamen Mediathek zu veranlassen

2. Schaffung wettbewerblicher Chancengleichheit
Fairer Wettbewerb sollte auch das Ziel einer zukunftsorientierten Medienordnung sein. Eine Möglichkeit, dieses Ziel zu erreichen, wird darin gesehen, die Parameter des Wettbewerbs gesetzlich durch eine Standardisierung werteorientierter Grundsätze zu bestimmen und so ein Level-Playing-Field für alle Plattformen zu schaffen. Aus Sicht der Bundesregierung ist es wichtig, einen Rechtsrahmen zu setzen, der unter Achtung der unternehmerischen Freiheit gegebenenfalls neuen kooperativen Medienplattformen fairen Wettbewerb gewährleistet und darüber hinaus auch gemeinwohlverträgliche öffentliche Kommunikationsräume ermöglicht. Es sollten beim Einsatz von Empfehlungsalgorithmen für Medieninhalte unter bestimmten Voraussetzungen auch solche Grundsätze beachtet werden, wie sie für die klassischen Medien seit Langem gelten.

3. Umverteilung
Ein kooperatives Plattformmodell in Gestalt einer »Flatrate-Journalismus-Plattform« kommt nicht ohne ein passend gestaffeltes Preissubventionierungssystem aus. Grundsätzlich ist es denkbar, einen entsprechenden Finanzbedarf mit Steuermitteln zu decken. Allerdings müsste im Hinblick auf die Medienfinanzierung eine staatsferne Verteilung sichergestellt werden. Zur Ermöglichung neuer kooperativer Medienplattformen und im Interesse einer staatsfernen Ausgestaltung der Finanzierung ist eine Finanzierung auch aus Mitteln des Rundfunkbeitrags denkbar.

4. Anpassung des Auftrags des öffentlich-rechtlichen Rundfunks
Das Bundesverfassungsgericht unterstreicht, dass angesichts der Gefahren von Desinformation und dem steigenden Misstrauen gegenüber Medien die Bedeutung des beitragsfinanzierten öffentlich-rechtlichen Rundfunks wachse, seiner Aufgabe nachzukommen, »ein vielfaltsicherndes und Orientierungshilfe bietendes Gegengewicht zu bilden«. Ein solches Gegengewicht zu einer rein ökonomischen Entscheidungsrationalität der Plattformen könnte auch durch eine Erweiterung des Auftrages des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auf neue kooperative Medienplattformen erreicht werden.

Dies geht über die aus dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk stammende Forderung nach einer Weiterentwicklung hin zu einem gemeinwohlverpflichteten Kommunikationsnetzwerk hinaus.

Eine europäische Medienplattform als Bottom-up-Prozess

Für Barbara Pfetsch vom Weizenbaum-Institut der Freien Universität Berlin ist das Schaffen einer europäischen Öffentlichkeit nicht als ein Top-down-Prozess zu verstehen. Europäisierung werde in der Forschung als gegenseitige Wahrnehmung und horizontale Vernetzung von verschiedenen Akteuren in unterschiedlichen Ländern gedacht, als ein Bottom-up-Prozess, der von unten komme.

Solche speziellen Kommunikationsplattformen entstehen zunehmend, auch europaübergreifend. So haben sich im April ARD, ZDF und Arte bei dem Projekt »The European Collection« mit France Télévisions sowie der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft SRG SSR zusammengeschlossen. Dabei geht es erstmals um eine gemeinsame Programmauswahl in den jeweiligen Mediatheken.

Ein weiteres Projekt ist »ENTR«, das von den beiden Auslandsrundfunkanstalten Deutsche Welle und France Médias Monde entwickelt wurde und sich mit aktuellen europäischen Themen vor allem an junge Menschen in Europa wenden will. Die EU-Kommission will im Rahmen eines Pilotprojekts Jugendmediennetzwerke unterstützen, die mithilfe von Social-Media-Formaten und -Veranstaltungen Inhalte zu aktuellen Themen produzieren. Außerdem soll eine vorbereitende Maßnahme für Medienplattformen den Zugang der Bürger zu vertrauenswürdigen Informationen verbessern, an der Rundfunkanstalten und Verlage beteiligt sind.

Es wird Zeit sich von dem Phantom einer europäischen Plattform zu verabschieden und stattdessen pragmatisch auf nationale Lösungen zu setzen

Eine regionale Medienplattform für lokale Inhalte fördert seit Kurzem als erstes Bundesland Bayern. »Eine solche lokale Medienplattform kann ein wirksamer Hebel sein – wenn sie als Grundlage genutzt wird, ein Ökosystem aufzubauen, das bei technischen und gesellschaftlichen Standards neue Wege geht«, erläutert der scheidende Präsident der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien (BLM), Siegfried Schneider, diese Initiative.

Weiter gedacht lassen sich solche Prototypen auch in eine unabhängige europäische Plattform-Infrastruktur andocken. »Man brauche den Mut, einfach einmal anzufangen, und selbstverständlich auch den politischen Willen. Dazu gehört aber auch eine entsprechende Anschubfinanzierung. Wer immer auf den ganz großen Wurf wartet, wird nie loslegen.« »Aus kleinem Anfang entstehen alle Dinge« – diese Erkenntnis des großen Cicero habe sich in seiner beruflichen Laufbahn immer wieder bestätigt, sagt Schneider.

FOTO: KHM-MUSEUMSVERBAND

Ein Partner der Online-Plattform »Discover Culture« ist das Kunsthistorische Museum Wien

Helmut Hartung ist Chefredakteur von medienpolitik.net

Als Grenze nur der eigene Kopf

Ein Porträt des Fotografen Stephan Erfurt

ANDREAS KOLB

Liest man die Vita des Fotografen Stephan Erfurt, dann drängt sich einem unweigerlich die Idee auf, dass die 1970er und 1980er Jahre paradiesische Zeiten gewesen sein müssen. Damals arbeitete der Fotograf hauptsächlich für das Magazin der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, produzierte aber auch Bildstrecken für Die Zeit, GEO oder mare.

Der Lichtbildner, Jahrgang 1958, erinnert sich: »Damals konnte man als freiberuflicher Fotograf richtig gut arbeiten – da stimmten Aufwand und Einkommen und alles schien möglich, alles war machbar. Typische Aufträge waren: ›Fotografiere mal Miami Beach, die Art-déco-Architektur dort‹, ›Mach mal ein Stadtporträt von Las Vegas‹ oder: ›Fotografier mal den Highway No. 1 zwischen San Francisco und Los Angeles‹. Bedingungen gab es keine. Das Anstrengende dabei war höchstens, dass man keine Ausreden hatte: Denn wenn man für die FAZ arbeitete, bekam man alle Genehmigungen, etwa um auf Dächern oder auf Brücken zu fotografieren. Man konnte sich auch einen Helikopter oder ein Boot mieten. Alles war möglich! Die Grenze nur der eigene Kopf! Man war verpflichtet, sich mindestens zehn Tage Zeit für einen Fotojob zu lassen, sonst galt man als arbeitsunwillig und zu wenig engagiert. Denn Fotografie, also Malen mit Licht, braucht Zeit und Geduld, alles das, was man sich heute überhaupt nicht mehr vorstellen kann.«

Zwischen 1979 und 1999 war Stephan Erfurt »ausgebucht per Handschlag« und fotografierte viel in Nord-, Mittel- und Südamerika, seit 1989 – nach dem Fall der Grenzen Osteuropas – sehr viel im Osten zwischen Leningrad, Moskau, der Ukraine und Ostdeutschland. In dieser Zeit bereiste er außerdem Nordafrika, Libyen, Algerien, Ägypten, Marokko und Australien. Damit diese Lebensphase nicht in Vergessenheit geriet, entschieden der Direktor der Helmut-Newton-Stiftung, Matthias Harder, und der Hauptkurator der C/O Berlin Foundation, Felix Hoffmann, Arbeiten Erfurts 2018 als Buch unter dem Titel »On the Road« zu publizieren. Aktuell werden – erneut unter dem Titel »On the Road« – zahlreiche Fotoarbeiten Erfurts in Berlin gezeigt: Parallel zur Ausstellung »America 1970s/80s« mit Werken von Evelyn Hofer, Sheila Metzner, Joel Meyerowitz und Helmut Newton zeigt die Helmut Newton Stiftung im Projektraum Farb- und Schwarz-Weiß-Aufnahmen Erfurts, die zwischen New York und der kalifornischen Pazifikküste entstanden sind. »Ich stelle bewusst nur die Amerika-Bilder aus«, sagt Erfurt, »die ich in der Zeit gemacht habe, als ich für Evelyn Hofer assistiert habe und mit Joel Meyerowitz intensiven Kontakt hatte. Beide waren in dieser Zeit meine großen Vorbilder.«

Begonnen hatte dieses Roadmovie 1979 in Wien. Verkleidet als Besucher, schmuggelte Stephan Erfurt sich unter die Besucher verschiedenster Bälle, unter anderem den berühmten Wiener Opernball, und machte dort Porträts und Studien. Die nächste Serie startete er nach Beginn seines Kommunikationsdesignstudiums in Essen: Er dokumentierte und fotografierte Feste von Adligen und anderen »Society People«. Diese Bilder des alten Europas lösten in Amerika eine Sensation aus, einige Fotos wurden vom Museum of Modern Art angekauft. Sich selbst sieht Erfurt als Grenzgänger, als jemanden, der bewusst keine Sprache entwickelt hat, sondern immer das Thema als oberste Setzung verstand. Auch deswegen gibt es in seinem Werk die Vielfalt von Schwarz-Weiß-Aufnahmen, Farbaufnahmen und auch Polaroids.

1999 wurde das FAZ-Magazin von heute auf morgen eingestellt, alle Redakteure wurden entlassen und die Foto-Freiberufler hatten keine Arbeit mehr. Ein radikaler, unvermittelter Bruch – wie sollte Erfurt sein Leben danach weiter gestalten? »Ich wollte mich für junge Menschen engagieren, die nicht die Chance hatten wie ich, 15 Jahre zu fotografieren.« So kam ihm die Idee, einen Raum für junge Menschen zu kreieren, in dem sie ohne kommerziellen Druck ihre Arbeiten zur Diskussion stellen konnten. Der erste Ort der neuartigen Ausstellungshalle war das ehemalige Berliner Postfuhramt gewesen, daher der postalische Begriff c/o, »care of«, für C/O Berlin. Neben den Arbeiten junger Fotografen zeigte man gleichzeitig berühmte Namen, weil nur so gewährleistet war, dass sich Besucher nicht nur zur Eröffnung, sondern kontinuierlich die Arbeit der jungen Menschen anschauten. Erfurt war es wichtig, »dass wir einen ganzheitlichen Ansatz machen: gute Fotografie, aber auch gutes Design und gute Architektur«. Dafür holte er sich damals für die Gründung von C/O Berlin den Architekten Ingo Pott und den Designer Marc Naroska ins Boot.

Was als spielerische Idee, als engagiertes Ehrenamt am 14. Juli 2000 im Postfuhramt begann, war die Basis für alles noch Kommende. C/O Berlin zeigte eine große Magnum-Ausstellung mit dem Thema »Was passiert in der Welt zehn Jahre nach dem Mauerfall«. Dabei lernten sie René Burri, den großen Erzähler der Fotografie und Präsidenten der Agentur Magnum, kennen, der das junge Team stark dahingehend beeinflusste, das Ausstellungshaus weiterzuführen. Nach dem Ehrenamt kam die Gründung einer GbR, dann wandelte man sich zur GmbH & CO. KG. Im Jahr 2012 gelang es Stephan Erfurt, eine operativ arbeitende, gemeinnützige Stiftung zu gründen, deren Vorstandsvorsitzender er bis heute ist. »Da wir immer Wert auf Qualität gelegt haben, musste ich mir Geld leihen und der Bank sagen, dass der große Durchbruch kommen wird. Als 2008 die Lehman-Brothers-Pleite kam forderte die Bank das ganze Geld auf einmal zurück, das waren damals 380.000 Euro. In meinem unerschütterlichen Glauben an die Idee habe ich 20 Weiße Ritter gewonnen, die mir jeder 20.000 Euro liehen, verzinst mit junger Kunst aus unserem Talente-Programm«. Im Februar 2009 dann der große Umschwung: Das Management von Annie Leibovitz entschied sich, die große Leibovitz-Retrospektive zu C/O Berlin ins Postfuhramt zu geben. Drei Monate lang kamen jeden Tag 1.200 Besucher, die zehn Euro bezahlt haben. Mit diesem Geld konnte Erfurt alle Darlehen zurückzahlen. Seit 2014 residiert C/O Berlin nun im ehemaligen Amerika-Haus: Man sieht sich als Ausstellungshaus, dem es darum geht, über die allgegenwärtige Bildkultur zu reden. Erfurt konkretisiert: »Wir leben in einer Welt des ›Bilder-Tsunamis‹, wo Bilder und Algorithmen alles bestimmen.« Der Bauhaus-Lehrer László Moholy-Nagy sagte einmal: »Nicht der Schrift-, sondern der Fotografie-Unkundige wird irgendwann der Analphabet der Zukunft sein.« Folgerichtig gründeten die C/O Berlin-Macher in der Hardenbergstr. 19, in einem Nachbargebäude vom Amerika-Haus, die Education-Abteilung von C/O Berlin für junge Menschen ab acht Jahren, für Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien oder auch für junge Geflüchtete. Für die Lehre engagierte man Studenten von der Universität der Künste, die dort Unterrichtserfahrung sammeln – ein Förderkonzept in zwei Richtungen gewissermaßen.

Gefragt, ob er selbst heute noch eine Kamera in die Hand nimmt, sagt Erfurt: »Unter Stephan Erfurt finden Sie meine Instagram-Fotos. Persönliche Sachen, wie z. B. Familie, fotografiere ich nur mit meiner Mamiya 7, das ist eine Rollfilmkamera. Analog deshalb, weil ich immer noch befürchte, dass wir in einem schwarzen Jahrhundert leben und wir nicht zu sicher sein dürfen, dass die ganzen Bilder und Dateien nicht doch verschwinden, etwa indem es die Lesegeräte irgendwann nicht mehr gibt.«

FOTO: STEPHAN ERFURT / GERHARD KASSNER

Stephan Erfurt ist Fotograf sowie Gründer und Vorstandsvorsitzender von C/O Berlin

Andreas Kolb ist Redakteur von Politik & Kultur

Mehr dazu:
Die Ausstellung »Stephan Erfurt. On The Road« in der Helmut Newton Foundation wird bis November 2021 zu sehen sein.

Polarisierung

Digitale Technik singulärer, humane Diskurse polarer?

SUSANNE KEUCHEL

Maschinelles Lernen künstlicher Intelligenz basiert auf überwachten Lernprozessen innerhalb einer vorgegebenen Struktur. Bei einem autonomen Fahrzeug wird das gesichtete Bildmaterial der Kameraaufnahmen funktionalen Kategorien zugeordnet wie Mensch, Lebewesen, Straßenschild, Fahrbahn, befahrbare Flächen, nicht befahrbare Flächen etc. Je differenzierter die Vorgaben, desto differenzierter das Bild. Es gibt also einen Zusammenhang zwischen einer Singularisierung von Daten und der Weiterentwicklung von Technik. Anders entwickeln sich derzeit humane Perspektiven. Im Zuge der digitalen »Informationsschwemme« entwickeln Menschen alternative Strategien zum Umgang mit differenzierten Informationen. Eine Strategie ist die des Postfaktischen: Die Vielzahl an Informationen wird als unbedeutend klassifiziert, stattdessen wird das Gewicht auf »gefühlte« Wahrheiten gelegt. Algorithmen verstärken dabei (»gefühlte«) Positionen in Form digitaler Echokammern. Texte im Internet, die eigene Positionen widerspiegeln, werden Nutzern bei Suchprozessen immer wieder zugeordnet.

Innerhalb humaner Diskurse kann also statt granularer Vielfalt eine zunehmende Polarisierung beobachtet werden, ein Aufspalten zwischen zwei Lagern, eine »emotionale« Zuordnung in zwei Kategorien ohne »Grautöne« bei Themen wie Trump, Corona-Maßnahmen, Umgang mit Klimawandel und vielem mehr: Spiegelt sich hier der Wunsch der Menschen nach großen Verbünden im Zeitalter des Individualismus wider? Oder werden »gefühlte« Wahrheiten weniger einem Faktencheck ausgesetzt als vielmehr an der Zahl an Unterstützern, die dieselbe Meinung vertreten, ausgerichtet? Vielleicht ist es aber auch eine humane (Trotz-) Reaktion auf die zunehmende Ausdifferenzierung von Informationen bei digitaler Technik?

Polarisierungen gehen oft einher mit Absolutheitsansprüchen, den »richtigen«, alternativlosen Weg zu kennen. Der emotionalen Faktenbewertung, der »gefühlten« Wahrheit, haftet oft etwas Dogmatisches an. Verschwörungstheorien, aber auch die Wissenschaft werden sowohl als Grund für die »Richtigkeit« des »alternativlosen Wegs« als auch für politische Maßnahmen herangezogen. Wissenschaft ist jedoch nicht richtig oder falsch, sondern bewegt sich innerhalb von Logiken. Rückschlüsse, die auf wissenschaftlichen Erkenntnissen basieren, sind nicht eindimensional, sondern eröffnen in der Regel mehrdimensionale Lösungsansätze. Mit Blick auf künftige Herausforderungen,

wie der gesellschaftliche Wandel zur Digitalität oder der Klimawandel, wäre es durchaus wünschenswert, wieder differenziertere Sichtweisen in Analogie zu autonomen Fahrzeugen einzunehmen, um »Unfallwahrscheinlichkeiten« zu mindern.

Der aktuelle Bundestagswahlkampf spiegelt das Dilemma von Polarisierungen und emotionalen Fakten wider. Menschen und Medien beschäftigen Aspekte, die mit den eigentlichen Parteiprogrammen – vielleicht zu viele Informationen oder nicht polarisierend genug? – wenig zu tun haben. Diskutiert wurde über den Lebensstil und die Handlungen der Kandidaten, den Lacher angesichts einer Katastrophe, das Betreten eines Imbisses ohne Maske, das Essen eines Eises, das Abschreiben bei Büchern oder das Kopieren der »Merkel-Raute«. Emotional kann das ein oder andere sicher erregen. Aber hat dies einen Einfluss auf die Lösung künftiger Herausforderungen? Natürlich gibt es eine Idealvorstellung von Politikern, die Würde und Anstand besitzen. Aber müssen Politiker, wie auch Künstler, überhaupt sympathisch sein, um kluge Entscheidungen zu treffen bzw. künstlerische Höchstleistungen zu erbringen? Wäre es nicht sinnvoller gewesen, sich mit den Parteiprogrammen in all ihren Grauschattierungen, statt mit dem Benehmen der Kandidaten auseinanderzusetzen? Und zugleich neue humane Zukunftsstrategien für den Umgang mit vielfältigen Informationen im Zeitalter der Digitalität zu entwickeln?

Susanne Keuchel ist Präsidentin des Deutschen Kulturrates

ZUR PERSON …

Biesenbach wird Direktor der Neuen Nationalgalerie
Ab Januar 2022 wird Klaus Biesenbach die Neue Nationalgalerie und das Museum des 20. Jahrhunderts leiten. Der derzeitige Künstlerische Direktor des Museum of Contemporary Art in Los Angeles und langjährige Chefkurator des Museums of Modern Art in New York kehrt damit nach Berlin zurück.

Kuratorenduo übernimmt den Hamburger Bahnhof
Laut Beschluss des Stiftungsrates der Stiftung Preußischer Kulturbesitz übernimmt das Kuratorenduo Sam Bardaouil und Till Fellrath zum 1. Januar 2022 die Leitung des Hamburger Bahnhof, Museum für Gegenwart in Berlin. Bardaouil und Fellrath sind Gründer der multidisziplinären kuratorischen Plattform »Art Reoriented«. Zudem sind sie 2022 Kuratoren der 16. Lyon Biennale und seit 2017 Assoziierte Kuratoren am Gropius Bau in Berlin.

Leiterinnen-Wechsel beim Jüdischen Museum Wien
Das Jüdische Museum Wien bekommt Mitte 2022 eine neue Leiterin. Barbara Staudinger wird die gegenwärtige Leiterin Danielle Spera ablösen. Das Jüdische Museum Wien bietet an zwei Standorten einen Überblick über Geschichte und Gegenwart des Judentums in Wien. Staudinger stammt aus Wien und ist seit 2018 Direktorin des Jüdischen Museums Augsburg.

Neue Vorsitzende für Preis der Leipziger Buchmesse
Mit vier neuen Mitgliedern startet die Jury des Preises der Leipziger Buchmesse in die neue Saison. Die Literaturkritikerin Insa Wilke übernimmt künftig den Vorsitz der Preisjury und löst damit turnusgemäß Jens Bisky ab. Als weitere neue Mitglieder der siebenköpfigen Jury wurden der Münsteraner Literaturprofessor Moritz Baßler, die Wissenschaftslektorin Miryam Schellbach und die Literaturjournalistin Shirin Sojitrawalla benannt. Anne-Dore Krohn, Andreas Platthaus und Katharina Teutsch setzen ihre Arbeit fort.

Shortlist für den Deutschen Buchpreis veröffentlicht
Mit dem Deutschen Buchpreis 2021 zeichnet die Stiftung Buchkultur und Leseförderung des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels den deutschsprachigen Roman des Jahres aus. Am 21. September wurde die Shortlist 2021 bekannt gegeben: Sechs Romane gehen in den Wettbewerb um den mit 25.000 Euro dotierten Preis. In die Endauswahl gekommen sind Norbert Gstrein mit »Der zweite Jakob«, Monika Helfer mit »Vati«, Christian Kracht mit »Eurotrash«, Thomas Kunst mit »Zandschower Klinken«, Mithu Sanyal mit »Identitti« und Antje Rávik Strubel mit »Blaue Frau«. Die Preisverleihung findet am 18. Oktober zum Auftakt der Frankfurter Buchmesse im Kaisersaal des Frankfurter Römers statt und wird live übertragen.

Neuer Intendant der Berliner Festspiele
Der Dramaturg, Kurator und Theaterleiter Matthias Pees wurde vom Aufsichtsrat der Kulturveranstaltungen des Bundes in Berlin unter Vorsitz von Kulturstaatsministerin Monika Grütters zum neuen Intendanten der Berliner Festspiele berufen. Am 1. September 2022 wird er das Amt von Thomas Oberender, der die Berliner Festspiele seit 2012 leitet und zum Jahresende auf eigenen Wunsch ausscheidet, übernehmen.

Geschichten aus Deutschland

Heimat bleibt immer ein Thema

Schon wieder ein Podcast zum Thema Heimat? In den letzten Jahren sind zahlreiche Artikel, Bücher, Podcasts und Dokumentationen zum Thema Heimat erschienen, eine Vielzahl davon habe ich konsumiert. Auch Politik & Kultur hat sich bereits 2019 ausführlich in zwei Schwerpunktausgaben auf Heimatsuche begeben. Obwohl zum Thema schon vieles gesagt ist, höre ich rein in diesen neuen Deutschlandfunk-Podcast »Auf Heimatsuche – Geschichten aus Deutschland« – und bleibe ganz unerwartet dran. Denn spätestens ab der zweiten Folge ist klar: Dieser Podcast bewegt (mich).

Im frisch erschienenen Podcast aus dem Hause des Deutschlandfunks nimmt die Journalistin Anh Tran die Hörerinnen und Hörer mit auf Heimatsuche. In sechs Folgen spricht sie mit Stadtpflanzen und Landeiern, mit Lokalpatrioten, mit Menschen mit geteilter Heimat, mit Deutschen ohne deutschen Pass und vielen anderen – und stellt dabei stets ungewöhnliche Fragen. Mit der Chemnitzer Band Blond diskutiert sie z. B., ob man seine Heimat offen lieben kann, auch wenn diese den meisten nur für Naziaufmärsche und Hetzjagden bekannt ist. Mit dem Ost-West-Paar Silke und Hans spricht sie darüber, wie man Verständnis für die Heimat des anderen aufbringen kann – auch wenn es diese so nicht mehr gibt, wie im Fall der DDR. Die Deutsch-Inderin Manik und ihre Mutter Dalli fragt sie, was anstrengender ist: eine Heimat zu unterdrücken oder zwei Heimaten zu haben?

In all diesen Gesprächen sucht die gebürtige Dresdnerin und heutige Wahlkölnerin mit vietnamesischen Wurzeln auch nach ihrer eigenen Heimat. Und immer wenn sie denkt, nun habe sie eine Antwort, biegt sie doch wieder ab und stellt eine neue Frage.

Klar ist, auf Heimatsuche gibt es keine allgemeingültigen Antworten. Jede und jeder muss diese Fragen für sich selbst beantworten. Das ist ganz schön schwer, denn Heimat kann sich verändern, sie kann verloren gehen, man kann eine neue Heimat suchen und finden. Dabei helfen Geschichten wie sie Anh Tran erzählt. Denn Heimat wird immer Thema sein – und nie egal.
Theresa Brüheim

Deutschlandfunk. Auf Heimatsuche – Geschichten aus Deutschland. 2021

Im Verhör

Zu Gast bei Kurt Krömer

Mit dem rbb-Format »Chez Krömer – mit Gästen, die nichts Besseres verdient haben« ist Urberliner und Komiker Kurt Krömer nach langer Zeit zurück im Fernsehen. Mit teils abstrusen Fragen, aber auch der Krömer-typischen spitzen Zunge betreibt er in der Sendung eine Art investigativen Journalismus und Comedy zugleich.

Das Studio gleicht einem alten Behördenbüro, auf dem Schreibtisch stapeln sich Akten über Akten. Zu Beginn greift Krömer immer zur obersten und stellt den Sendungsgast mit biografischen Fakten kurz vor. Anschließend geht er in den verhörähnlichen Raum nebenan, zündet sich eine Zigarette an und nimmt seinen Gast direkt in die Mangel. Krömer lässt mit seinen Fragen nicht locker, legt den Finger direkt in die Wunde und hat auf jeden Fall seine Hausaufgaben gemacht, denn er ist dabei bestens vorbereitet. Jedes Gespräch dauert nicht länger als 30 Minuten, dann bricht Krömer teils abrupt ab – schließlich soll es auch kurzweilig sein.

FOTO: RBB / DANIEL PORSDORF

Neben diversen Politikern – unter anderem Philipp Amthor, Karl Lauterbach oder Sawsan Chebli – sind z. B. auch Rapper Sido und Komiker-Kollege Torsten Sträter eingeladen. Zu Gast sind nicht nur Freunde, sondern auch Feinde, wie Krömer selbst erklärt. Und auch wenn er nicht verrät, wozu die jeweilige Person zählt, geben seine Fragen schnell Klarheit.

Das Format startete bereits im September 2019. Aktuell gibt es vier Staffeln mit je sechs Folgen, die im rbb-Fernsehen zu sehen waren und online in der ARD-Mediathek sowie auf YouTube abrufbar sind. Auf eine baldige Fortsetzung ist zu hoffen!
Kristin Braband

rbb. Chez Krömer. 2021

Für sich sein

Von Rückzugsorten und Auswegen

Einsamkeit kann man lieben, aber auch fürchten, man kann sie bewusst suchen oder ihr ungewollt ausgesetzt sein. In Deutschland leiden vermutlich Millionen Menschen unter Einsamkeit. Exakte Zahlen zur Verbreitung von Einsamkeit sind jedoch schwer zu messen. Insbesondere während der Coronapandemie ist in allen Altersgruppen, vor allem aber bei Jugendlichen, jungen Erwachsenen, Eltern kleiner Kinder und Alleinlebenden die Einsamkeit stark angestiegen. Dabei wird diese Einsamkeit immer unterschiedlich empfunden.

Im neu erschienenen Buch »Für sich sein: Ein Atlas der Einsamkeiten« erkunden Johann Hinrich Claussen und Ulrich Lilie gemeinsam in Streifzügen durch Religion, Literatur, Kunst, Wissenschaft und Alltag die hellen und dunklen Seiten des Alleinseins. Dabei erklären sie, welche persönlichen Prägungen und sozialen Bedingungen dazu führen, dass die einen das Alleinsein suchen, während andere es fürchten. Außerdem zeigen sie Wege aus der unfreiwilligen Abgeschiedenheit auf.

In sieben Kapiteln erkunden die Autoren die Dimensionen des Für-sich-Seins: Sie beschreiben die Koordinaten der Einsamkeit, nehmen die Lesenden mit in das Reich der Solitude ausgewählter Persönlichkeiten – von der mystischen Abgeschiedenheit des Meister Eckhart über die Waldeinsamkeit der deutschen Romantiker bis in die Studierstube Isaac Newtons –, sie zeigen Zufluchtsorte auf dem Land oder am Meer auf, erkunden z. B. mittels des portugiesischen Fado die Weiten der »Loneliness«, befassen sich mit Inseln der Isolation und Ankerplätzen im Mahlstrom. Und zu guter Letzt zeigen sie Wege und Orte der Befreiung auf, unter anderem am Beispiel der frühen Christen und der modernen Gefängnisseelsorge. Zudem enthält das Buch Angebote für Einsame.

Deutlich wird, Einsamkeit ist ein vielleicht unangenehmes, aber sehr wichtiges Thema – auch für die Politik. Denn Einsamkeit macht krank, kostet Geld und wird durch den demografischen Wandel, die Digitalisierung und den Klimawandel verstärkt. Zeit zum Handeln.
Theresa Brüheim

Johann Hinrich Claussen & Ulrich Lilie. Für sich sein. Ein Atlas der Einsamkeiten. München 2021

Was war und ist …

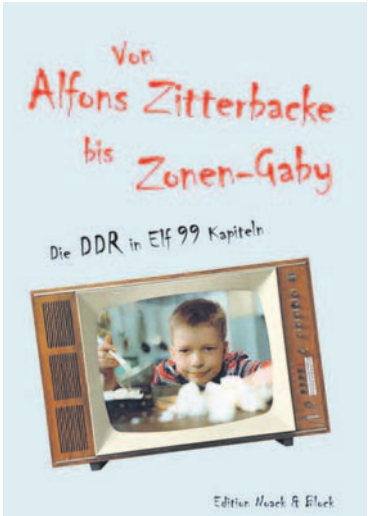
Zeitreise in die DDR

Lust auf eine Zeitreise in die Alltagskultur der DDR? Mit Alfons Zitterbacke am Fenster stehen, nach dem Sandmännchen mit Grüner Wiese oder Blauem Würger anstoßen, in den »Sonderzug nach Pankow« steigen? Für die einen sind es Wiederentdeckungen und Erinnerungen, für die anderen, wie mich, lädt das Buch »Von Alfons Zitterbacke bis Zonen-Gaby« zum Entdecken der DDR-Kultur und des DDR-Alltags ein.

33 Autorinnen und Autoren blicken in 110 Kapiteln sowohl auf ernste Themen aus Politik und Geschichte der DDR als auch auf charmante und teilweise skurrile Aspekte. »Ich muss noch in die Kaufhalle« – ein Ausdruck, den ich erst in den letzten Jahren in meinem Umfeld bewusst wahrgenommen habe. Den Hit von Karat »Über sieben Brücken musst du gehen« dagegen habe ich schon etliche Male gehört – wenn auch wahrscheinlich meist in der Maffay-Version. Dies sind nur zwei der Themen, die in kurzen zweiseitigen Kapiteln aufgegriffen werden. Auch »Zonen-Gaby« mit ihrer ersten Banane, die mit ihren kurzen wasserstoffblonden Locken das Titelbild des Satiremagazins Titanic zierte, der ursprüngliche Prenzlauer Berg, Restauranterlebnisse inklusive Büfett mit Rohkostsalat, Würzfleisch oder exotischem Toast Hawaii, die Montagsdemonstrationen oder der Ausreiseantrag sind in den »Elf 99« Kapiteln – angelehnt an die Jugendsendung Elf 99 des DDR-Fernsehens – mit dabei.

Viele Einblicke sind subjektiv und die Sammlung erhebt selbstverständlich keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Doch die Einladung, die das Buch ausspricht – zum (Wieder-)Entdecken und Schmunzeln sowie zum Nachdenken über das, was war und ist – wird erfüllt: »Eine mehrdimensionale Sichtweise auf ein Land, dessen Alltagskultur über 30 Jahre nach dem Ende seines Bestehens noch immer gegenwärtig ist.«
Maike Karnebogen

Kai Witzlack-Makarevich/Coretta Storz/Nadja Wulff (Hg.). Von Alfons Zitterbacke bis Zonen-Gaby. Die DDR in Elf 99 Kapiteln. Berlin 2021



PERSONEN & REZENSIONEN

Politik & Kultur informiert an dieser Stelle über aktuelle Personal- und Stellenwechsel in Kultur, Kunst, Medien und Politik. Zudem stellen wir in den Rezensionen alte und neue Klassiker der kulturpolitischen Literatur vor. Bleiben Sie gespannt – und liefern Sie gern Vorschläge an puk@kulturrat.de.

Politik & Kultur

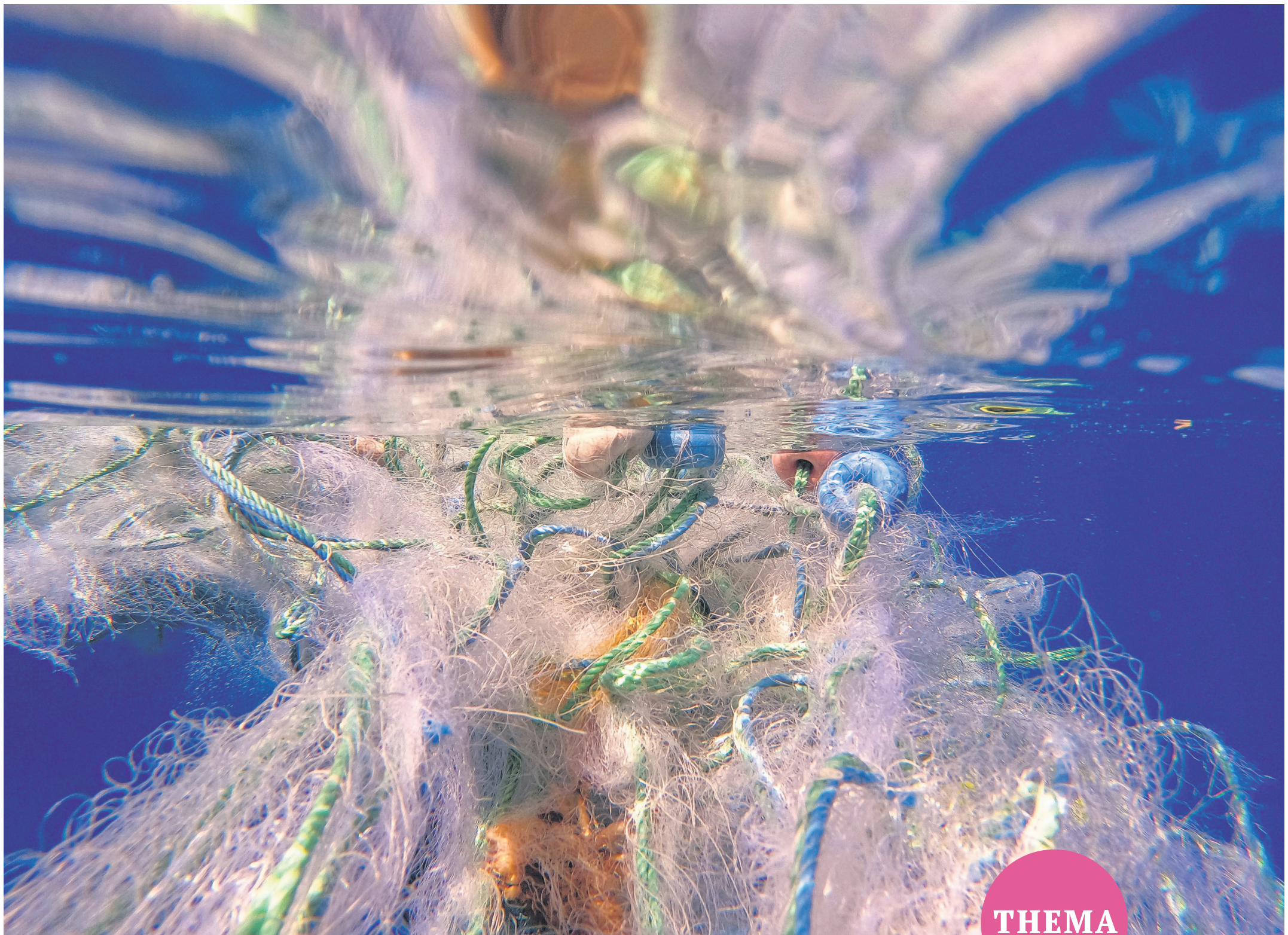


FOTO: PICTURE ALLIANCE / AA | OZAN EFEOGLU

Müll im Meer: Die sogenannten Geisternetze, meist hergestellt aus synthetischen Stoffen, vergiften als Kunststoffabfall über Jahrhunderte die Meere

THEMA

Kultur für gutes Klima

Kultureller Wandel ist Voraussetzung für erfolgreiche Nachhaltigkeitspolitik

OLAF ZIMMERMANN

Der gerade zurückliegende Bundestagswahlkampf war in weiten Teilen ein Klimawahlkampf. Bündnis 90/Die Grünen sind mit dem Ziel angetreten, Deutschland schneller als bislang auf den Pfad der Klimaneutralität zu bringen. Die SPD setzte insbesondere auf Innovationen in Unternehmen und erneuerbare Energien. Das Mantra von Olaf Scholz war, dass die Unternehmen nur darauf warten, endlich klimaneutraler zu wirtschaften und hier vor allem verlässliche Zusagen mit Blick auf die Stromversorgung brauchen. Die CDU holte den Ladenhüter Atomkraft wieder hervor und bedauerte, den Atomausstieg vor dem Kohleausstieg vereinbart zu haben. Und auch die FDP unterstrich, dass Klima ein wichtiges Thema sei. Sie setzte dabei vor allem auf die Erneuerungskraft aus den Unternehmen.

Die nächste Bundesregierung – egal wie sie auch immer zusammengesetzt sein wird – wird also das Thema Klima in den Mittelpunkt rücken. Und das ist auch richtig so. Man erinnere sich nur an die verheerenden Auswirkungen der Hochwasser im Juli dieses Jahres in Rheinland-Pfalz und in Nordrhein-Westfalen, an das nun schon einige Jahre zurückliegende Elbehochwasser in Sachsen, an die Hochwasser im Jahr 2013 in Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg und anderen Ländern, an die Waldbrände in Brandenburg und anderes mehr.

Der menschengemachte Klimawandel ist längst kein Zukunftsthema mehr, sondern seine Auswirkungen sind bittere Realität – auch hier in Deutschland. Zuerst bekommen die Menschen sie zu spüren, die unmittelbar davon betroffen sind, die in den Hochwasser-, in den Waldbrandgebieten oder in Regionen mit Stürmen bzw. Tornados leben. Betroffen sind aber auch Kultureinrichtungen. Viele Städte und Gemeinden wurden an Flüssen gegründet. Flüsse eigneten sich zum Warentransport, sie trugen und tragen Menschen von A nach B, an Flüssen befinden sich zahlreiche historische Kulturorte und -einrichtungen. Historische Gärten oder auch das Weltnaturerbe Wattenmeer, die unter Welterbe stehenden Buchenwälder und andere mehr sind durch den Klimawandel akut gefährdet.

Klimapolitik in der jetzt anstehenden 20. Wahlperiode heißt also auch Kulturschutzpolitik. Es geht darum, Konzepte zu entwickeln, wie historische Kulturorte vor Hochwasser und anderen Katastrophen gesichert werden können. Dabei wird es darauf ankommen, einen Ausgleich zwischen Denkmalschutz, Erhalt der historischen Substanz und dem Schutz vor den Gefahren durch Hochwasser, Dürre oder Brände zu finden. In diesem Zusammenhang gilt es auch, die Häuser der Kulturinstitutionen in den Blick zu nehmen. Viele dieser Häuser sind nicht einmal annäherungsweise klimaneutral. Viele, wie z. B. umgenutzte Industriebauten, sind für ganz andere Zwecke einmal gebaut worden. Es wird auch darum gehen, die Gebäude unter Klimagesichtspunkten ganz neu zu betrachten, und vor allem sollten alle diejenigen, die beim Strukturwandel in den Braunkohlerevieren an Kulturnutzungen denken, genau abwägen, ob die Gebäude unter Klimagesichtspunkten dies überhaupt hergeben. Es wäre doch ein Hohn, wenn der Braunkohleabbau aus Klimaschutzgründen gestoppt, aber bei der Nachnutzung der Orte nicht auf Klimaneutralität geachtet würde.

Kulturklimapolitik bedeutet aber auch Stadtpolitik. Eine Stadtpolitik, die für Naturkatastrophen gerüstet ist, die Hochwasser verkraften kann – Schwammstadt ist dafür das Stichwort. Eine Stadtpolitik, die eine lebenswerte Stadt im Blick hat. Mit Innenstädten, in denen sich die Menschen gerne aufhalten. Eine Stadtpolitik, in der Kultur nicht allein ein Kostenfaktor ist, sondern Diskursräume bietet und damit zum Zusammenhalt beiträgt. Eine Stadtpolitik, in der Wohnen bezahlbar und vor allem klimagerecht ist. Gerade das Bauen ist derzeit ein Klimakiller. Hier kommt es darauf an, Klimaneutralität auch im Bauen umzusetzen. Architektinnen und Architekten sind hier besonders gefordert. Der Deutsche Kulturrat wird daher künftig ein besonderes Augenmerk hierauf richten, die Expertise aus seiner Mitgliedschaft noch stärker nutzen und dieses Thema klarer akzentuieren. Vielleicht wird die EU-Initiative eines Neuen Europäischen Bauhauses dieser Fragestellung weitere Impulse geben. Hingewiesen sei auf die Resolution der Mitgliederversammlung des Deutschen Kulturrates vom September 2019 zum Klimapaket der Bundesregierung »Klimaschutz braucht kulturellen Wandel«: bit.ly/3zJ16oE.

Der menschengemachte Klimawandel ist längst kein Zukunftsthema mehr, sondern seine Auswirkungen sind bittere Realität

Das entscheidende Moment und auch die zentrale Herausforderung für den Kulturbereich ist meines Erachtens deutlich zu machen, dass Klima- und Nachhaltigkeitspolitik einen grundlegenden kulturellen Wandel bedeuten. Das Entscheidende wird dabei sein, zu verdeutlichen, dass Klima- und Nachhaltigkeitspolitik kein Verlust, sondern ein Gewinn ist. Ein Gewinn an Lebensqualität im ländlichen Raum, aber besonders auch in den Städten. Denn saubere Luft, der Schutz vor Naturkatastrophen, keine glühend heißen Sommer, sondern erträgliche Temperaturen, eine Nahversorgung, die einen Ort lebenswert machen und anderes, das alles bedeutet mehr Lebensqualität für alle Menschen. Der Kulturbereich kann mit seiner Expertise gerade auch im Design, in der Architektur und in der Stadtplanung einer der Motoren für die Nachhaltigkeitspolitik sein. Und er kann darüber hinaus die Diskursräume bieten, um den kulturellen Wandel für alle begreifbar zu machen. Selbst wenn die neue Regierung – wie auch immer sie zusammengesetzt sein wird – sich als Klimaregierung aufstellen wird, ohne Kultur und Kulturpolitik wird die Veränderung nicht gelingen. Daher gutes Klima für die Kultur, Kultur für gutes Klima!

Olaf Zimmermann ist Herausgeber von Politik & Kultur

Krisen mitdenken

Notfallvorsorge als Aspekt nachhaltiger Kulturpolitik

MARKUS HILGERT

Nachhaltigkeit und Widerstandsfähigkeit sind auf das Engste miteinander verwoben. Wirklich nachhaltig sind Strukturen erst dann, wenn sie auch auf Krisen und Notfälle eingestellt sind und diesen möglichst effektiv begegnen. Der nachhaltige Einsatz von Ressourcen für den Unterhalt bzw. die Schaffung von Strukturen setzt also notwendig das Mitdenken der Krise voraus. Dies gilt selbstredend auch für unser gemeinsames kulturelles Erbe, für die Kultureinrichtungen in Deutschland und nicht zuletzt für die Kulturförderung, wo im Sinne einer nachhaltigen Kulturpolitik das Risiko- und Krisenmanagement in Zukunft eine sehr viel gewichtigere Rolle spielen muss als bisher.

Gewiss, Risikoanalysen und Notfallplanungen sind keine beliebten und leicht zu vermittelnden Themen. Wer denkt schon gerne über das Schlimmste nach und wendet Ressourcen für seine mögliche Abwehr auf? Dies fällt umso schwerer, wenn Jahrzehnte anhaltenden Friedens und Wohlstands unsere Wahrnehmung von bestehenden Vulnerabilitäten und Gefahren getrübt und unsere Bewertung des tatsächlichen Krisen- und Katastrophenrisikos beeinträchtigt haben. Dass es auf Bundesebene zwischen 1995 und 2016 keine ressortübergreifende Neukonzeption der Zivilen Verteidigung – auch der Schutz von Kulturgut im Katastrophenfall zählt zum Zivilschutz – gegeben hat und die »Konzeption Zivile Verteidigung« des Bundesministeriums des Innern erst kürzlich diese strategische Lücke geschlossen hat, zeigt deutlich, wie wenig präsent das Thema Krisenresilienz in den verschiedenen Politikfeldern einschließlich der Kulturpolitik über lange Zeit hinweg gewesen ist.

Unlängst ist jedoch ein politischer Bewusstseinswandel eingetreten. Ablesbar ist dies unter anderem an der derzeit stattfindenden, ressortübergreifenden Erarbeitung einer Nationalen Resilienzstrategie unter Federführung des Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe im Rahmen der Umsetzung des »Sendai Rahmenwerk für Katastrophenvorsorge (2015-2030)« der Vereinten Nationen in Deutschland. Gerade auch für die Kultur hat dieser Sinneswandel enorme Bedeutung, schafft er doch günstige politische Rahmenbedingungen für die dringend erforderliche Stärkung des Risiko- und Krisenmanagements als Aufgabe sowohl der Kulturpolitik als auch der Kultureinrichtungen.

Alte Gefahren mit neuer Dimension

Dabei ergibt sich die Dringlichkeit einer konzeptionell und infrastrukturell verbesserten Notfallvorsorge in der Kultur ganz unmittelbar aus einer zunehmend riskanten Gefahrenlage bei gleichbleibenden Vulnerabilitäten. Zunächst gilt, dass das bewegliche und unbewegliche Kulturgut einer Gesellschaft grundsätzlich denselben Gefahren ausgesetzt ist, die auch die anderen gesellschaftlichen Bereiche existenziell bedrohen. Die Hochwasserkatastrophen in Bayern, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz im Juli 2021 haben – wie schon frühere Hochwasser unter anderem an Oder, Elbe und Donau – diesen grundlegenden Sachverhalt einmal mehr auf erschreckende und leidvolle Weise verdeutlicht. Gleichzeitig müssen die Maßnahmen, die im Bereich Kultur dem Risiko- und Krisenmanagement dienen, den besonderen Anforderungen Rechnung tragen, die durch die materiellen Eigenschaften, die konservatorischen Erfordernisse sowie den hohen gesellschaftlichen Stellenwert von Kulturgut vorgegeben sind.

Zu den folgenschwersten natürlichen Gefahren für materielles Kulturgut gehören Erdbeben, Hochwasserkatastrophen und Starkwindereignisse. In Deutschland sind insbesondere die Gefahren für Kulturgut, die von Hochwasserereignissen ausgehen, erheblich. Dies hängt auch damit zusammen, dass Flüsse wie Elbe, Oder, Mosel und Rhein seit Jahrtausenden als Handels- und Reisewege genutzt werden und sich daher an ihren Ufern historische Kulturlandschaften herausgebildet haben, deren Charakter nicht zuletzt durch das gebaute Kulturerbe geprägt ist.

Es ist davon auszugehen, dass die Folgen des Klimawandels das Auftreten bereits bekannter natürlicher Schadensereignisse an unbeweglichem und beweglichem Kulturerbe maßgeblich verstärken und beschleunigen werden. Neben der Häufung von Extremwetterereignissen führen der Anstieg der Durchschnittstemperaturen sowie anhaltende Trockenheit beispielsweise zu einer Erhöhung der Brandgefahr sowie vielfach zu einer Absenkung des Grundwasserspiegels. Davon sind nicht nur historische Garten- und Parkanlagen betroffen, sondern auch historische Gebäude, deren Fundamente durch die Austrocknung des Bodens an Stabilität einbüßen und dadurch von Einsturz bedroht sein können.

Jenseits der natürlichen Gefahren sind es seit jeher vom Menschen verursachte Ereignisse und Situationen, die das kulturelle Erbe bedrohen. Bewaffnete Konflikte galten seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs für Europa als unwahrscheinlich. Angesichts global zunehmender geopolitischer und geoökonomischer Rivalitäten können sie jedoch für die Zukunft nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden und sind daher als Notfallszenario auch im Risikomanagement von Kultureinrichtungen und kulturell bedeutsamen Stätten wieder stärker zu berücksichtigen.

Daneben werden auch zukünftig Unfälle, Betriebsstörungen und menschliches Versagen katastrophale Auswirkungen aus unbewegliches und bewegliches Kulturgut haben. Zu den rezenten Beispielen für entsprechende Notfälle gehören der Brand der Herzogin Anna Amalia Bibliothek in Weimar im Jahr 2004, der Einsturz des Historischen Archivs der Stadt Köln im Jahr 2009 sowie die Brandkatastrophen im Nationalmuseum der Bundesuniversität von Rio de Janeiro im Jahr 2018 und in der Kathedrale Notre-Dame de Paris im Jahr 2019. Mit dem stetig anwachsenden Sanierungsstau in historischen Baudenkmälern und kulturgutbewahrenden Einrichtungen in Deutschland erhöht sich zwangsläufig auch das Risiko, dass dort in Zukunft entsprechende Katastrophen mit gleichermaßen verheerenden Folgen auftreten werden.

Religiöser und politischer Fundamentalismus, gesellschaftliche Polarisierung, politische Instabilität sowie soziale Ungleichheit erhöhen schließlich ebenfalls das Notfallrisiko für Kulturgut erheblich. Dies gilt insbesondere dann, wenn gesellschaftliche Konflikte durch gewaltsame Demonstrationen und Proteste ausgetragen werden. Prominente Beispiele für entsprechende Notfälle sind etwa die teilweise Zerstörung und Plünderung des Ägyptischen Museums in Kairo am Rande der Proteste auf dem Tahrir-Platz im Januar 2011, Zerstörungen im Arc de Triomphe-Museum in Paris im Dezember 2018 durch Mitglieder der sogenannten »Gelbwesten-Bewegung« sowie der sogenannte »Sturm« auf das Kapitol in Washington D.C. durch Anhänger des bereits abgewählten US-amerikanischen Präsidenten Donald J. Trump im Januar 2021. Schon heute dürfte man gut beraten sein, entsprechende Szenarien auch für das Risikomanagement deutscher Städte, insbesondere solcher Städte mit hohem Protestaufkommen und einer ausgeprägten kulturellen Infrastruktur, zugrunde zu legen.

FOTO: PICTURE ALLIANCE / AP PHOTO | RENATO CHALU

Ein Großteil der zerstörten Fläche des Regenwaldes entfällt auf Brasilien: hier Tailândia, eine Gemeinde im Bundesstaat Pará

Es muss das Anliegen der kulturpolitisch Verantwortlichen sein, für den nachhaltigen Schutz unseres kulturellen Erbes in Krisen- und Konfliktsituationen den Schulterschluss mit denjenigen zivilgesellschaftlichen Akteuren zu suchen, ohne die kulturelles Leben in Deutschland undenkbar wäre

Notfallvorsorge als Aspekt nachhaltiger Kulturpolitik

Vor diesem Hintergrund muss nachhaltige Kulturpolitik, will sie sich nicht dem Vorwurf grober Fahrlässigkeit aussetzen, die Notfallvorsorge für unser gemeinsames kulturelles Erbe und die Kultureinrichtungen in Deutschland zu einem Kernthema der politischen Strategiebildung und der Kulturförderung machen. Die Nachhaltigkeit deutscher Kulturpolitik wird sich ab sofort gerade auch daran messen lassen müssen, wie resilient sie die kulturellen Infrastrukturen gegen erhöhte Notfallrisiken aufgrund sich zuspitzender Gefahrenlagen gemacht hat.

Zu den großen kulturpolitischen Aufgaben gehören dabei in erster Linie die Erhöhung der Klimaresilienz des Kulturerbes und der Kultureinrichtungen, die Erarbeitung von flächendeckenden Notfall- und Evakuierungsplänen für den Fall bewaffneter Konflikte und gewaltsamer Unruhen gerade auch unter Einbeziehung der Landeskommandos der Bundeswehr, der systematische Abbau des Sanierungsstaus in Kultureinrichtungen sowie, auf konzeptioneller Ebene, eine stärkere Berücksichtigung der unterschiedlichen geopolitischen und gesellschaftlichen Prozesse, von denen in Zukunft ein verstärktes Gefährdungspotenzial für die kulturellen Infrastrukturen in Deutschland ausgehen wird.

Konkrete Maßnahmen in diesem Zusammenhang müssen unter anderem die finanzielle Unterstützung der Kultureinrichtungen beim Ausbau ihrer Klimaresilienz sowie ihres Risiko- und Krisenmanagements, die bessere Vernetzung der relevanten politischen Akteure auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene sowie die Stärkung der einschlägig ausgewiesenen Institutionen und Organisationen sein, die sich bereits heute der Notfallvorsorge und Katastrophenhilfe im Bereich Kultur widmen, wie etwa das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, die in ganz Deutschland auf lokaler Ebene agierenden Notfallverbünde, der »SicherheitsLeitfaden Kulturgut« (SiLK), »Blue Shield Deutschland« sowie das beispielhafte Projekt »KulturGutRetter«.

Vor allem aber muss es das Anliegen der kulturpolitisch Verantwortlichen sein, für den nachhaltigen Schutz unseres kulturellen Erbes in Krisen- und Konfliktsituationen den Schulterschluss mit denjenigen zivilgesellschaftlichen Akteuren zu suchen, ohne die kulturelles Leben in Deutschland undenkbar wäre. Dazu zählen insbesondere regionale und überregionale Fachverbände, gemeinnützige Vereine mit ihren zahlreichen ehrenamtlich Aktiven, Unternehmen, Stiftungen sowie Projekte und Initiativen. Nur ein breites Bündnis aus kompetenten staatlichen, zivilgesellschaftlichen und privatwirtschaftlichen Partnern wird in der Lage sein, die komplexen Anforderungen an krisenresiliente kulturelle Infrastrukturen flächendeckend umzusetzen und unser gemeinsames kulturelles Erbe gegen zukünftige Notfälle möglichst gut zu wappnen. Eine solche gesamtstaatliche »Notfallallianz Kultur« wäre damit ein unverzichtbares Instrument einer auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Kulturpolitik in Deutschland.

Markus Hilgert ist Generalsekretär der Kulturstiftung der Länder

Erbe und Nachhaltigkeit

Wie die UNESCO Kultur und Natur zusammenführt

ROMAN LUCKSCHEITER

Die Folgen des Klimawandels und einer nicht-nachhaltigen Lebensweise werden immer anschaulicher. Es mangelt nicht an Beispielen, wie die Veränderungen der Umweltbedingungen Natur und Kultur bedrohen. Als die internationale Staatengemeinschaft im Jahr 2015 die Agenda 2030 mit 17 Zielen für eine nachhaltige Entwicklung formulierte, vereinbarte sie einen neuen Konsens: Nachhaltige Entwicklung fordert von allen – von Individuen bis zu Institutionen – ein Umdenken, neue Ideen und kooperatives Handeln. Die UNESCO nimmt hier eine entscheidende Rolle ein. Sie koordiniert die Umsetzung der Bildungsagenda und setzt sich über das Konzept der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) für die Verankerung von Nachhaltigkeit in der Breite der Gesellschaft ein – mittels einer Bildung, die die Menschen dazu befähigt, ihr eigenes Handeln zu hinterfragen und Entscheidungen für eine nachhaltigere Zukunft zu treffen.

Kultur als Medium der Veränderung

Viel ist darüber diskutiert worden, warum die Agenda 2030 kein eigenes Ziel für die Kultur ausweist. Man kann es so lesen: Die gesamte angestrebte Transformation ist eine kulturelle Angelegenheit. Für dieses Verständnis bietet der weite Kulturbegriff, wie er 1982 auf der Weltkonferenz über Kulturpolitik in Mexico von der UNESCO formuliert wurde, die Grundlage: Kultur, so verständigte man sich, ist die »Gesamtheit der einzigartigen geistigen, materiellen, intellektuellen und emotionalen Aspekte«, die auch »Lebensformen, die Grundrechte des Menschen, Wertsysteme, Traditionen und Glaubensrichtungen« einschließt.

Erst durch die Kultur, so heißt es weiter, stelle der Mensch »seine Errungenschaften in Frage«. Kulturelle Identität, kulturelles Erbe und Vielfalt bestimmen unser Handeln und unsere Werte – und hierüber betreibt, trägt und vermittelt Kultur auch Veränderung.

Diese kulturellen Ressourcen gilt es zu nutzen, um Nachhaltigkeit als Kernprinzip in der Gesellschaft zu verankern. Dem Verständnis der UNESCO folgend sind Kultur und Natur dabei untrennbar miteinander verknüpft. Exemplarisch zeigt sich das im Übereinkommen zur Erhaltung des immateriellen Kulturerbes von 2003: Immaterielles Kulturerbe umfasst »Bräuche, Darstellungen, Ausdrucksformen, Wissen und Fertigkeiten, die Gemeinschaften, Gruppen und gegebenenfalls Einzelpersonen als Bestandteil ihres Kulturerbes ansehen« – und zwar explizit »in Auseinandersetzung mit ihrer Umwelt, in ihrer Interaktion mit der Natur und mit ihrer Geschichte«.

Viele lokale Gemeinschaften haben Lebensstile und Praktiken entwickelt, die eng mit der Natur verbunden sind und die Umwelt respektieren. Ihre Fähigkeiten und Regeln zur Erhaltung der Umwelt und der biologischen Vielfalt bilden ebenso wie ihre Systeme zur Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen einen reichen Fundus an Strategien, um aktuellen ökologischen und sozialen Herausforderungen zu begegnen. Trotzdem gehören gerade auch sie häufig zu den ersten, die von den Auswirkungen von Klimawandel und Naturkatastrophen betroffen sind.

Kultur und Natur zusammendenken

Wie eine UNESCO-Konvention dazu führt, dass die Weltgemeinschaft mit einem neuen Fokus und in einer ganzheitlichen Weise auf ihr kulturelles und natürliches Erbe blickt, hatte schon Jahrzehnte zuvor, 1972, die Verabschiedung des Übereinkommens zum materiellen Welterbe gezeigt, das bei der Herausbildung des Nachhaltigkeitsdiskurses eine wichtige Rolle spielt. Die Konvention bricht die Grenzen zwischen Kultur und Natur auf und lenkt die Aufmerksamkeit darauf, »dass das Kulturerbe und das Naturerbe zunehmend von Zerstörung bedroht sind, nicht nur durch die herkömmlichen Verfallsursachen, sondern auch durch den Wandel der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse, der durch noch verhängnisvollere Formen der Beschädigung oder Zerstörung die Lage verschlimmert«. Über Artikel 5 verpflichten sich die Unterzeichnerstaaten entsprechend, »eine allgemeine Politik zu verfolgen, die darauf gerichtet ist, dem Kultur- und Naturerbe eine Funktion im öffentlichen Leben zu geben und den Schutz dieses Erbes in erschöpfende Planungen einzubeziehen«.

Die dadurch besonders herausgehobenen Welterbestätten können bei der Umsetzung der Agenda 2030 einen ganz besonderen Stellenwert einnehmen. Sie vereinen die ökologische, ökonomische und soziale Dimension der Nachhaltigkeit und sind Orte der Begegnung und des Lernens. Gerade in der Vermittlungsarbeit von Welterbestätten erfahren insbesondere auch junge Menschen von den globalen Zusammenhängen kulturellen Handelns und natürlicher Ressourcen. Am Beispiel des Wattenmeers etwa zeigt sich, dass das Welterbe geradezu als Innovationsmotor dienen und wichtige Impulse für die regionale Entwicklung setzen kann: Als grenzüberschreitende Welterbestätte, die sich teilweise mit Nationalparks und Biosphärenreservaten überschneidet, beherbergt das Wattenmeer über 10.000 Tier- und Pflanzenarten. Gleichzeitig ist es mit über 10 Millionen Übernachtungsgästen jährlich ein beliebtes touristisches Ziel. Das gemeinsame deutsch-dänisch-niederländische Wattenmeer-Sekretariat hat sich eine eigene Nachhaltigkeitsstrategie gegeben: Sie schützt die Welterbestätte, stärkt die regionale Wirtschaft und fördert das Zusammenleben der Bevölkerung mit der Natur.

UNESCO-Welterbestätten für den Klimawandel rüsten

Auf der diesjährigen Sitzung des UNESCO-Welterbekomitees wurde deutlich, dass der Schutz von Welterbestätten dringender ist als je zuvor. Flutkatastrophen, Trockenheit und Dürren gefährden Kultur- und Naturerbestätten weltweit, auch in Deutschland. Rechnet man allein die Stätten des Welterbes, der Geoparks und der Biosphärenreservate zusammen, dann geht es um 10 Millionen Quadratkilometer Fläche, die für Biodiversität und Erbe der Menschheit stehen. Die drohenden Auswirkungen des Klimawandels hatte die UNESCO bereits 2007 zum Gegenstand eines Strategiepapiers gemacht, das jetzt auf Basis neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse aktualisiert wurde und auf der kommenden Generalversammlung der Welterbekonvention im November verhandelt wird. Es zielt darauf, dass Welterbestätten künftig besser in die Lage versetzt werden, Klimarisiken abschätzen, sich nachhaltig an Klimaveränderungen anpassen und selbst zum Klimaschutz beitragen zu können – bei neuen Bewerbungen um den Welterbestatus wird dies verstärkte Berücksichtigung finden. Am Beispiel Venedig, wo durch Massentourismus, unkoordinierte Stadtentwicklungsprojekte und Klimawandel irreversible Schäden drohen, der Kreuzfahrtverkehr inzwischen eingeschränkt ist und weitere Schutzmaßnahmen erlassen wurden, lässt sich erkennen, wie der Welterbestatus zum Umlenken führen kann.

Klimaschutzmaßnahmen und Zielsetzungen für eine nachhaltige Entwicklung sind nicht nur Gegenstand von Managementplänen und von Vermittlungsarbeit; sie erfordern kontinuierliches »Capacity building« und einen länderübergreifenden Austausch. Das globale Netz der UNESCO-Welterbestätten bietet eine einzigartige Chance, miteinander und voneinander zu lernen. Ziel 17 der Agenda 2030 setzt auf globale Partnerschaften für nachhaltige Entwicklung. Dabei wird es für den Globalen Norden in Zeiten des Klimawandels verstärkt um einen partnerschaftlichen Dialog mit dem Globalen Süden gehen. Als 2020 klar wurde, wie die Coronapandemie die Funktionsfähigkeit afrikanischer Welterbestätten und Biosphärenreservate bedroht, hat die Deutsche UNESCO-Kommission zusammen mit dem Auswärtigen Amt ein Sonderprogramm aufgelegt, das es 22 Projekten in Afrika kurzfristig ermöglichte, resilientere Organisationsstrukturen aufzubauen, die sich an den Prinzipien der Partizipation, der Vielfalt und der Nachhaltigkeit orientieren. Daraus hat sich vor Ort jeweils eine kreative Dynamik entwickelt, von der andere Stätten wiederum lernen können. Kultur macht den Unterschied, wenn es um Nachhaltigkeit geht: Sie kann Ressource und Medium der Veränderung sein. Dafür braucht sie Solidarität und multilateralen Zusammenhalt.

Roman Luckscheiter ist Generalsekretär der Deutschen UNESCO-Kommission

FOTO: PICTURE ALLIANCE / DPA | CHRISTOPHER BERKEY

Auch viele Jahre nach der Ölkatastrophe um Deepwater Horizon hat sich der Golf von Mexiko nicht wieder erholt

ZU DEN BILDERN

Die Abholzung des Regenwaldes, Ölkatastrophen, riesige Mülldeponien und die Verschmutzung der Meere sind nur einige der zahlreichen Bedrohungen für das Ökosystem und die verheerenden Negativeinflüsse auf das Klima. Es gibt kaum noch einen Platz auf der Welt, den der Mensch nicht tiefgreifend verändert hat, und viele Beispiele für die Zerstörung von Lebensräumen durch den Menschen. Planierraupen, entwurzelte Bäume und Tiere, denen der Lebensraum weggenommen wird – der immerfort boomende Wintersport sind eine große Belastung für die Umwelt. Auch beim stetigen Abbau von Rohstoffen greift der Mensch vielfältig in Natur und Umwelt ein. Unter anderem wird Energie verbraucht, Schadstoffe gelangen in Wasser, Boden und Luft. Der Klimawandel, die stetig voranschreitende Zersiedelung und die Intensivierung der Landwirtschaft vernichten auch die Lebensräume unserer Tiere und Pflanzen. Artensterben und die Bedrohung der biologischen Vielfalt sind die Folge. Einige der genannten Umweltkatastrophen und Eingriffe in die Natur sind auf den Seiten 1 sowie 15 bis 25 dieser Ausgabe zu sehen.

FOTO: PICTURE ALLIANCE / ZOONAR | NIKOLAY MALSHAKOV

Umweltdesaster durch Tankerunglücke: Ölpesten schaden dem Ökosystem noch jahrzehntelang massiv

Klimaneutralität in der Kultur noch vor 2045 anstreben

Bundeskulturpolitik setzt sich für Klimaziele ein

GÜNTER WINANDS

Drei Millionen Liter Wasser strömten im Juli 2021 unaufhaltsam durch das Opernhaus in Wuppertal. Orchestergraben, Bühnentechnik, Lüftung und Heizung waren in kürzester Zeit zerstört. Viele weitere kommunale Kultureinrichtungen und lokale Kulturbetriebe sind durch die jüngste Hochwasserkatastrophe in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz massiv beschädigt oder verwüstet worden, insbesondere Museen und Veranstaltungshäuser, Buchhandlungen und Kinos sowie Gemeinde- und Pfarrarchive. Das menschliche Leid, die immateriellen und finanziellen Verluste in den überwiegend ländlichen Hochwasserregionen sind enorm, doch die Wahrheit ist leider auch, dass Wetter-Extremereignisse weiter zunehmen. Im Wuppertaler Opernhaus waren die letzten Zerstörungen durch Hochwasser gerade einmal drei Jahre her. Der Klimawandel hat auch die Kultureinrichtungen in Deutschland längst erreicht. Klimaschutz ist eines unserer drängendsten Anliegen!

Alle sind gefordert. Die Bundeskulturpolitik will dabei einen sichtbaren, noch weiter ausbaufähigen Part übernehmen; sie sieht sich durchaus als Motor und Vorbild im Kulturbereich. Unser Anspruch sowohl als Träger national bedeutender Kultureinrichtungen wie auch als maßgebender Fördermittelgeber ist es, uns konsequent am gesamtgesellschaftlichen Ziel der Nachhaltigkeit auszurichten, mit allen damit verbundenen Herausforderungen. Der im November 2020 erschienene Nachhaltigkeitsbericht der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) vermittelt einen Einblick in die vielfältigen Aktivitäten, mit denen die BKM bundesseitig bereits heute substanzielle Beiträge zur Erreichung der deutschen und internationalen, insgesamt 17 Nachhaltigkeitsziele leistet.

Bleiben wir aber bei den ökologischen Aspekten der Nachhaltigkeit. Auch der Kulturbereich trägt mit seinem ökologischen Fußabdruck dazu bei, dass sich klimawandelbedingte Katastrophen unbestreitbar häufen. In der Zeit vor Corona flogen ganze Ausstellungen, Orchester und Musikbands, Filmcrews und Kulturmanager ständig rund um den Globus, wenn auch zunehmend mit schlechtem Gewissen der Akteurinnen und Akteure. Noch verwendbares Inventar wanderte vor Jahren regelmäßig nach Veranstaltungsende in den Müll. Museen, Theater, Konzertsäle und andere Kulturbauten wurden mitnichten nachhaltig gebaut. All dies zeigt: Kulturschaffende und -verantwortliche sollten sich nicht nur damit zufriedengeben, wichtige gesellschaftliche Debatten voranzubringen. Erforderlich sind grundlegende Einstellungs- und Verhaltensänderungen nicht nur im Privatbereich, sondern genauso beim künstlerischen Schaffensprozess, in der Aufführungs-, Ausstellungs- und Veranstaltungspraxis sowie der Kulturvermarktung generell, um eine Zeitenwende hin zu einer hohen Lebensqualität und gesellschaftlichem Wohlergehen im Einklang mit Natur und Umwelt zu erreichen. Die Kultur muss klimaneutral werden – und nicht erst bis 2045, dem seit Juni 2021 geltenden neuen Klimaziel der Bundesregierung für alle Sektoren. Kultur kann mehr!

Nutzen wir Kernkompetenzen: Seien wir, die Kulturszene, aber auch die Kulturpolitik, kreativ!

Entscheidend bei der Bewältigung dieser Mammutaufgabe werden dabei neben glaubwürdigem Engagement nicht zuletzt das Fachwissen und die Fähigkeiten im Kulturbereich sein. Mit dem »Aktionsnetzwerk Nachhaltigkeit in Kultur & Medien« unterstützt die BKM seit 2020 betriebsökologische Beratungsangebote für den deutschen Kultur- und Mediensektor. Ziel ist die Generierung von Wissen, der Netzwerkausbau ökologischer Pionierinnen und Pioniere, eine spartenübergreifende Beratung und die Umsetzung konkreter Maßnahmen. Auf der BKM-geförderten »Sommerakademie für eine klimagerechte Kulturpolitik« der Kulturpolitischen Gesellschaft tauschten sich im vergangenen Jahr Verantwortliche aus Kulturpolitik, Kulturverwaltung und Kulturorganisationen aus ganz Deutschland aus, um branchenspezifische Lösungen im Klimaschutz zu erarbeiten. Setzen wir das gewonnene Wissen in praktisches Handeln um – jedes einzelne Projekt ist gefragt.

Einige Kultureinrichtungen zeigen bereits, wie Wege zu einem klimaschonenden Betrieb aussehen können. Die Kulturstiftung des Bundes und die Kulturveranstaltungen des Bundes in Berlin – Berlinale, Berliner Festspiele, Martin-Gropius Bau, Haus der Kulturen der Welt – etwa nutzen bereits die EMAS-Zertifizierung (»Eco-Management and Audit Scheme«), ein europäisches System zur Verbesserung der Umweltbilanz. Emissionen, Ressourcen- und Flächenverbräuche oder Abfall werden gezielt in den Blick genommen und verbessert. EMAS steht allen Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen offen und hilft sogar, Kosten einzusparen. Die BKM hat den Zertifizierungsprozess für die eigene Behörde vor über einem Jahr eingeleitet. Bislang sind nur rund ein Dutzend Unternehmen und Organisationen aus dem Kulturbereich zertifiziert. Dies muss sich ändern; langfristig sollte die Erfüllung der allgemeinen EMAS-Anforderungen Standard sein.

Gemeinsam mit dem Deutschen Museumsbund hat die BKM zudem einen Pilotprozess gestartet, um ökologische Mindeststandards und ein Zertifizierungssystem für »Klimaschutz und Nachhaltigkeit« speziell für deutsche Museen entwickeln zu können. Auch auf den Filmbereich zugeschnittene Zertifizierungssysteme werden bereits mit finanzieller Unterstützung der BKM entwickelt. Wir streben an, die begonnenen Prozesse weiter zu vertiefen und die ersten Erfahrungen – nicht zuletzt über die Kulturverbände – in die Breite der deutschen Kultur- und Medienlandschaft zu tragen.

Ein im Frühjahr abgeschlossenes Pilotprojekt bei der Kulturstiftung des Bundes »Klimabilanzen in Kulturinstitutionen«, das 19 Kultureinrichtungen modellhaft dabei unterstützt hat, eine Klimabilanz zu erstellen und den eigenen CO2-Fußabdruck zu ermitteln, hat gezeigt, dass Emissionen in den verschiedenen Kulturbetrieben an sehr unterschiedlichen Stellschrauben entstehen und verbessert werden können. Doch vielfach bleiben die genauen Emissionen in der Branche noch unbekannt. Bei Verbesserungen tappen die Verantwortlichen dann im Dunkeln. Es braucht daher zukünftig eindeutige Datengrundlagen. Klimarechner müssen für die kulturelle Praxis anwendbar gemacht werden.

Die BKM möchte im Besonderen ihre Zuwendungsempfängerinnen und -empfänger zu noch mehr Anstrengungen motivieren. Seit 2020 müssen diese bei allen finanziellen Zuwendungen aus dem Kulturetat messbare Ziele für den Umwelt- und Klimaschutz festlegen. Fragen der Betriebsökologie sind außerdem in den Gremiensitzungen aller durch den Bund geförderten Kultureinrichtungen mindestens einmal jährlich als eigener Tagesordnungspunkt zu behandeln. Dazu wurden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der BKM gezielt fortgebildet. Wir entdecken zugleich, dass finanzielle Unterstützungen immer noch viele ökologische Fallstricke in sich tragen. Das Zuwendungsrecht muss daher insgesamt noch weiter auf den ökologischen Prüfstand gestellt werden. Hier wird noch auf allen Ebenen, in Bund, Ländern und Kommunen, zwischen Finanz- und Kulturverantwortlichen sowie gemeinsam mit den Verbänden und Einrichtungen an Lösungen zu arbeiten sein.

Eine der Maßnahmen des Klimaschutzprogramms 2030 der Bundesregierung ist es, dass auch Bundesbauten in Sachen Klimaneutralität Vorbilder sein sollen. Die Ende August 2021 vom Bundeskabinett beschlossenen »Energieeffizienzfestlegungen für klimaneutrale Bauten des Bundes« stellen ambitionierte und verbindliche Anforderungen an die Gebäude des Bundes zur Erhöhung der Energieeffizienz: Neubauten des Bundes – auch im Kulturbereich – müssen künftig mindestens 60 Prozent energieeffizienter sein als die gesetzlichen Anforderungen an den Neubau, Gebäudesanierungen mindestens 45 Prozent energieeffizienter.

Auch auf Europäischer Ebene müssen wir vorankommen. Im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2020 wurde bereits erprobt, wie Veranstaltungen klimaneutral gestaltet werden können. Als Bundesbehörde hat sich die BKM vorgenommen, bereits bis 2030 klimaneutral zu arbeiten. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind damit in ihrem täglichen Handeln gefragt.

Eine engagierte und kreative Kulturszene ist entscheidend für das Gelingen. Nutzen wir deren Kernkompetenz: Seien wir, die Kulturszene, aber auch die Kulturpolitik, kreativ! Es gilt, die gesamte Breite an denkbaren Praktiken weiterzuentwickeln und »klimakulturelle Vielfalt« zu schaffen, ohne dass die Freiheit der Kunst beeinträchtigt wird. Hierbei gibt es keinen Standardweg. Einige werden mit der Beantwortung der Frage »Wie viel ist genug« erfolgreich sein, d. h. klassischer Suffizienz wie der Reduktion von Dienstreisen oder der Umstellung des Caterings. Andere können mit technischen Lösungen vorangehen, etwa Energieeffizienzmaßnahmen bis hin zur fossilen Entkoppelung durch Erneuerbare Energien. Aus der Vergangenheit wissen wir: Die Visionen von Kultur- und Medienschaffenden haben regelmäßig dazu beigetragen, Fehlentwicklungen zu korrigieren. Lassen Sie uns gemeinsam eine klimaneutrale Zukunft schaffen!

Günter Winands ist Amtschef bei der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien

Die vierte Säule der Nachhaltigkeit

Das Engagement der Deutschen Bundesstiftung Umwelt im Kulturbereich

ALEXANDER BONDE UND CONSTANZE FUHRMANN

Als eine der größten Stiftungen Europas fördert die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) innovative Vorhaben und Modellprojekte von hoher Umweltrelevanz. Dabei ist die Förderung eines stärkeren Bewusstseins für Umweltfragen und ein Kompetenzaufbau durch die Vernetzung von unterschiedlichen Akteurinnen und Akteuren ein wichtiges Anliegen. Gefördert werden innovative und lösungsorientierte Projekte auf dem Gebiet des Umweltschutzes, im Anwendungsbereich der Umwelttechnologie, zum Wissenstransfer und Erfahrungsaustausch, zum Schutz und zur Wiederherstellung des Nationalen Naturerbes sowie zum Erhalt von Kulturgütern vor schädlichen Umwelteinflüssen. Die einzelnen Förderbereiche sind sowohl mit den aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen zu den planetarischen Grenzen als auch mit den Zielen für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen verknüpft. Zentrale Herausforderungen sieht die DBU dabei vor allem im Klimawandel, dem Verlust der biologischen Vielfalt und in der nicht nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen.

Die Priorität, die die DBU den Grundsätzen einer nachhaltigen Entwicklung beimisst, leitet auch das Engagement der Stiftung im Kulturbereich. Dabei tritt die DBU für einen erweiterten Nachhaltigkeitsbegriff ein, der neben dem Dreiklang von sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Faktoren auch die kulturelle Dimension umfasst.

Bildung für Nachhaltige Entwicklung im Kulturbereich

Die Entwicklung unserer Gesellschaft in Richtung Nachhaltigkeit erfordert ein Umdenken im Bildungssektor hin zu einer transformativen Bildung. Deren Ziel ist es, Werte-, Denk- und Handlungsmuster sowie subjektive Bedeutungsperspektiven zu verändern, indem die Reflexionsfähigkeit gestärkt wird. Eine wichtige Voraussetzung für die Lösung komplexer Nachhaltigkeitsfragen ist dabei, Gestaltungskompetenzen zu entwickeln. Durch ein Öffnen des Nachhaltigkeitsthemas für kulturelle und künstlerische Perspektiven ergibt sich die Chance, neues Potenzial zu nutzen und entsprechende Schlüsselkompetenzen wie das Verstehen systemischer Nachhaltigkeitszusammenhänge, ein vorausschauendes Denken und Handeln oder das Abwägen von Risiken und Unsicherheiten zu erlernen. Das Konzept einer Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) ist dabei in vielen Grundsätzen deckungsgleich mit den Zielen einer kulturellen Bildung. In der Praxis spiegelt sich dieser Bildungsansatz in zahlreichen kunst- und kulturorientierten Förderprojekten der DBU wider.

Neben Film- und Fernsehproduktionen zu Nachhaltigkeitsthemen insbesondere für Kinder und Jugendliche wurden künstlerische Museumsprojekte, Kunst- und Fotoausstellungen, Musikevents oder Fachworkshops, in denen Aspekte eines nachhaltigen Betriebs innerhalb einer Kulturbranche untersucht wurden, gefördert. Ein aktuelles Beispiel hierfür ist der von der DBU geförderte Zukunftskongress zum Thema Nachhaltigkeit und »grünes Drehen«, der in diesem Jahr von der Deutschen Akademie für Fernsehen in Köln durchgeführt wurde. Anhand verschiedener Gewerke wurden sinnvolle Handlungsoptionen und Technologien analysiert, um die Klimabilanz einer Fernsehproduktion zu verbessern, Kohlendioxid bzw. CO2 einzusparen und Abfall am Filmset und in den Zulieferdiensten und -gewerken zu vermeiden.

Ein Beispiel ganz anderer Art stellte das Projekt »Dance for Nature« des Theaters Osnabrück dar, in dem über 40 Jugendliche aus 18 Nationen ein Tanztheaterstück zum Thema »Natur« entwickelten. Ziel war es, zu erfahren, welche Rolle der Naturbegriff in der Lebenswelt der Jugendlichen spielt, wie Natur wahrgenommen wird und wie Jugendliche zum Schutz der Natur motiviert werden können.

Nachhaltiger Kulturgüterschutz

Mit dem Referat Umwelt und Kulturgüter leistet die DBU auch einen wichtigen Beitrag zur Forschung für den nachhaltigen Schutz von Museumssammlungen, historischen Gebäuden, Parks und Gärten sowie Kulturlandschaften vor schädlichen Umwelteinflüssen. Dazu zählen anthropogene Emissionen wie ursprünglich durch Erhaltungsmaßnahmen eingebrachte Substanzen ebenso wie die Auswirkungen des Klimawandels. Die Projekte reichen von Ansätzen zur Detektion von Schadstoffen in Museen, die aufgrund ihrer Toxizität eine Gefahr für Mensch und Umwelt darstellen, über Erhaltungskonzepte bis hin zu Qualifizierungsmaßnahmen für Fachleute und Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche.

Die Entwicklung unserer Gesellschaft in Richtung Nachhaltigkeit erfordert ein Umdenken im Bildungssektor

Ein Beispiel hierfür ist die Entwicklung eines kostengünstigen Sensors für eine effiziente Überwachung von schadhaften Agenzien in Museen mit Mitteln der DBU. Denn nicht nur Umgebungsparameter wie Licht, Temperatur und relative Luftfeuchte können Objekte negativ beeinflussen. Auch zur Restaurierung, Präsentation und Aufbewahrung verwendete Materialien sind Emissionsquellen, die eine Gefahr für Kunst- und Kulturgüter darstellen.

Die DBU sieht in den Auswirkungen des Klimawandels auf Kultur- und Naturerbe eine zentrale Herausforderung unserer Zeit. Politische Grundsatzdokumente wie die Ziele der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung adressieren in diesem Zusammenhang die Rolle von Kultur- und Naturerbe. Doch findet das Thema im globalen Klimadiskurs wie auch in den Berichten des Weltklimarats IPCC bisher wenig Beachtung. Hier setzt das von der DBU geförderte Forschungsvorhaben »Connecting Culture, Heritage, and the IPCC« an. Gegenstand ist eine globale Bestandsaufnahme zum aktuellen Wissensstand der Auswirkungen des Klimawandels auf Kultur, Kultur- und Naturerbe. Die Ergebnisse sollen in die zukünftige IPCC-Berichterstattung einfließen.

Das Bewusstsein für die Bedeutung von Nachhaltigkeit in der Kultur stärkt die DBU auch durch entsprechende Veranstaltungsformate wie z. B. ein internationales Fachsymposium zur UNESCO-Welterbekonvention. Zentrale Themen waren nicht nur die fortschreitende Beschädigung durch den Klimawandel, sondern auch die Kommodifizierung von Kulturerbe durch ausschließlich ökonomische Nutzungen oder einer Musealisierung historischer Altstädte etwa durch Gentrifizierung. Ergebnis des DBU-Projektes »Die vier Dimensionen von Nachhaltigkeit für die Umsetzung der UNESCO-Konventionen zum Schutz von materiellem und immateriellem Erbe sowie von Naturerbe« waren nachhaltige Entwicklungs- und Schutzkonzepte, die zu einem besseren Erhalt von UNESCO-Welterbestätten beitragen.

Alexander Bonde ist Generalsekretär der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) und ihrer Tochterunternehmen DBU Naturerbe GmbH und DBU Zentrum für Umweltkommunikation. Constanze Fuhrmann ist Leiterin des Referats Umwelt und Kulturgüter der DBU

Warum einen CO2-Rechner zu nutzen eine kulturelle Tat ist

Ökologische Förderstrategien der Kulturstiftung des Bundes

HORTENSIA VÖLCKERS

Selten hat eine Zahl solche klimapolitische Schlagkraft entwickelt wie diese: die Erderwärmung auf maximal 1,5 Grad zu beschränken. Während sich diesem Ziel im Jahr 2015 über 200 Staaten angeschlossen haben, wächst angesichts verheerender Dürren, Hungersnöte und Überschwemmungen die Sorge, ob allen großen Erwartungen ebenso handfeste Reduktionstaten folgen. Keine Frage: Der unverzügliche Stopp der CO2-Emissionen ist eine Aufgabe im Weltmaßstab. Nur wo fängt sie an, diese Welt? Bei der Gesetzgebung? Im Privathaushalt? Im Zusammenwirken können wir einen Unterschied machen. Deswegen hat das Pariser Klimaabkommen auch festgehalten, dass gesetzliche Regulierungen dann greifen, wenn sich Politik, Zivilgesellschaft und Wirtschaft gemeinsam auf den Weg machen.

In den Kunst- und Kulturszenen mehren sich seit Jahren die Stimmen für ein radikal neues Verhältnis des Menschen zur Natur. »Wahlrecht für Erdbeeren« – der Slogan der documenta 13 mag ironisch geklungen haben. Er findet aber seine Entsprechung in Konzepten, die auf die ethische Ebenbürtigkeit und funktionale Abhängigkeit menschlicher Zivilisationen von den Insekten, den Pilzen, Algen oder Pflanzen zielen, mit denen wir ein Daseinsrecht auf dem Planeten teilen.

Das ist das große Bild. Im Kleinen und Alltäglichen geht es darum, derartige Einsichten in die fundamentale Verletzlichkeit des Menschen in Entscheidungsroutinen unserer digitalen Moderne zu übersetzen. Wie lassen sich die Verantwortung für globale Hemisphären und das Handeln im eigenen Heizungskeller in Einklang bringen?

Diesem Balanceakt sieht sich die Kulturstiftung des Bundes verpflichtet, seit sie in den Jahren 2010 bis 2011 gemeinsam mit dem Haus der Kulturen der Welt das Projekt »Über Lebenskunst« entwickelt hat. Das Thema Ökologie wurde hier zunächst zum Schwerpunkt einer Nachhaltigkeitsinitiative und anschließend zum Ausgangspunkt für ein organisatorisches Lernen gemacht, das vieles umfasst: von ökologischer Beschaffung, Kreislaufwirtschaft, klimafreundlichem Bauen bis zu einer ökologischen Zertifizierung nach den europäischen Standards des Umweltmanagementsystems EMAS. In dessen Rahmen nimmt derzeit ein von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern getragener, zugleich gutachterlich begleiteter Klimafahrplan Gestalt an, der verbindliche Reduktionsziele auf dem Weg zu einer CO2-neutralen Kulturstiftung des Bundes festlegt.

Das sind Wegmarken aus der Innensicht einer staatlichen Fördereinrichtung im »Dekarbonisierungstraining«. Und es sind zugleich Ankerpunkte externer Nachhaltigkeitsziele der Kulturstiftung des Bundes. Die verfolgen im Augenblick dezidiert praktische Ziele: Es geht nicht um die Förderung von Kunst – die findet ohnehin statt – oder die Auflage eines repräsentativen Festivals – das wäre zu begrenzt; es geht darum, möglichst zahlreichen Partnerinnen und Partnern betriebsökologische Leitplanken aufzuzeigen und ihnen zugleich das Know-how zu vermitteln, um von Mobilität bis Materialauswahl die eigene Bewirtschaftung von Fördermitteln neu auszurichten.

Bei der Frage, wie ökologische Veränderungsprozesse vonseiten einer Fördereinrichtung gestaltet werden können, spielt die Formulierung von Umweltauflagen möglicherweise eine ganz eigene Rolle. Ansatzpunkte für ein verändertes Handeln gibt es viele: Kunst- und Kulturprojekte, die von der Kulturstiftung des Bundes gefördert werden, können systematisch Prinzipien der Kreislaufwirtschaft berücksichtigen. Oder sie lernen projektbegleitend, wie Klimabilanzierung funktioniert und wie ein CO2-Rechner eingesetzt und über ein Förderzeitraumende hinaus genutzt werden kann – eine diesjährige Pilotstudie mit 19 Einrichtungen hat die Kulturstiftung erfolgreich abgeschlossen. Oder sie nutzen das Angebot, von der Planung bis zur Abwicklung »Green Consultants« ins Team aufzunehmen – die Kosten hierfür dürfen abgerechnet werden. Oder dies: Jede von der Kulturstiftung des Bundes geförderte und veränderungsbereite Kultureinrichtung erhält Sondermittel für Organisationsentwicklungen und Coaching-Angebote – und zwar in genau den Bereichen, die vor Ort und nach Einschätzung des Teams für besonders relevant erachtet werden: Klimaschutz z. B. oder der Schutz der Biodiversität oder Bildung für nachhaltige Entwicklung.

Kulturelle Nachhaltigkeitsziele lassen sich auch weiter stecken – in den gesellschaftlichen Diskurs hinein. Neben der Verringerung von Ressourcenverbräuchen gehen Kunst- und Kulturprojekte an den Start, die nach innen wie auch nach außen als ökologische Impulsgeber wirken. Damit Kultureinrichtungen über den eigenen Tellerrand – oder Heizungskeller – hinaus wirken können, sprechen sie Einladungen an die Kommune, an junge Menschen oder an die Stadtgesellschaft im Allgemeinen aus, um vom Rathaus über die Kita bis zu Kleingartenkolonie und Verkehrsbetrieben ganz verschiedene Akteurinnen und Akteure mit der Frage zu befassen: Wie wollen wir in Zukunft leben?

Kulturelle Nachhaltigkeitsziele lassen sich auch weiter stecken – in den gesellschaftlichen Diskurs hinein

Denn das werden wir gemeinsam lernen wollen: einen neuen Draht zur Zukunft aufzubauen. Das stellt eine eher ungewohnte, kulturelle Herausforderung dar. Wir sind aus jahrhundertelanger Erfahrung mal mehr, mal weniger gut in der Übung, Ereignisse der Vergangenheit zu bearbeiten. Dieses gesellschaftlich fest verankerte historische Reflexionsvermögen bedarf in Zeiten der Klimakrise eines in die Zukunft gerichteten Widerparts – wir brauchen eine Art futurisches Sensorium, ein neues Gefühl für das, was kommt. Dieses Lernen duldet keinen Aufschub: Wenn wir in der Klimakrise erst darauf warten, dass immer größerer Schaden auftritt, werden wir daraus nicht länger klug; dann ist es zu spät.

Das Gute ist, dass für den von Hans Jonas geforderten Imperativ – stets so zu handeln, »dass die Wirkungen deiner Handlung verträglich sind mit der Permanenz echten menschlichen Lebens auf Erden« – das Zahlenwerk einigermaßen zuverlässig bereitsteht. Denn der Weltklima-Report hat sich nicht im menschengemachten Umstand der globalen Klimaerhitzung getäuscht, sondern allenfalls im Tempo seiner Realisierung. Umso entschlossener gilt es, die Zeichen, die dank internationaler Klimafolgenforschung an der Wand geschrieben stehen, zu lesen und zu verstehen und mit geeigneten und zahlenmäßig überprüfbaren Instrumenten zu reagieren. Niemand hat gesagt, dass CO2-Rechner besonders vergnügliche Geräte sind. Aber sie erlauben uns, das Band, das die Emissionen von heute mit dem Klima von morgen verbindet, begreifbar zu machen. Und entsprechend zu reagieren. Zum Training dieses Zukunftsgefühls und dem einhergehenden Kulturwandel sind wir alle eingeladen – als Privatpersonen und als Mitwirkende von Organisationen, insbesondere solchen, die aufgrund öffentlicher Finanzierung auch zur Beförderung des öffentlichen Allgemeinwohls angehalten sind. So lasst uns denn für die Museen, Theater, Bibliotheken und für alle anderen Kulturorte CO2-Rechner anschaffen. Es ist so weit.

Hortensia Völckers ist Künstlerische Direktorin der Kulturstiftung des Bundes

THEMA

»Wohnen muss teurer werden«

Uwe Schneidewind im Gespräch

Der Wuppertaler Oberbürgermeister von den Grünen und Nachhaltigkeitsforscher spricht mit Ludwig Greven über Klimaschutz in den Städten, Flächenverbrauch und seinen Wechsel von der Wissenschaft in die Kommunalpolitik.

Ludwig Greven: Bis vor einem Jahr haben Sie das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie geleitet. Was hat Sie bewogen, von der Wissenschaft in die Politik zu wechseln und Oberbürgermeister zu werden?
Uwe Schneidewind: Der Wechsel ist weniger groß, als es zunächst wirkt. Am Wuppertal Institut haben wir uns intensiv mit gesellschaftlichen Transformationsprozessen gerade in Städten beschäftigt. Als ich an das Institut kam, fiel mir auf, dass wir uns jedoch wenig mit Wuppertal befasst haben, obwohl sie als alte Industriestadt schon lange im Wandel ist. Die spannende Frage ist, wie kommen da die Themen des 21. Jahrhunderts voran: Klimaschutz, Digitalisierung, Energie- und Mobilitätswende. Wir haben dazu eine Reihe von Forschungsprojekten gemacht. Da hat sich mein berufliches und lebensweltliches Umfeld vermengt, weil ich ständig mit den lokalen Akteuren der Veränderung im Austausch war und ich mich von der Faszination der Stadt anstecken ließ. Irgendwann haben mich dann meine Grünen und die CDU gefragt, ob ich kandidieren will.

Aber wäre es nicht vorteilhafter gewesen, in die Landes- oder Bundespolitik zu gehen? Da kann man mehr bewegen. Wieso in die Kommunalpolitik?
Ich glaube, dass ich als Präsident des Wuppertal Instituts national einflussreicher war, als wenn ich für den Bundestag kandidiert hätte oder Staatssekretär geworden wäre. Denn als Wissenschaftler kann man unabhängig von Legislaturperioden Themen vorantreiben und sich ganz anders mit den Ministerien und anderen Akteuren mit seinen Konzepten vernetzen. Was mich gereizt hat: zu verstehen, dass wir seit 30 Jahren zwar immer wieder die gleichen Forderungen erheben, aber die Gesellschaft sich dennoch nur schwer bewegen lässt, sich den Zukunftsthemen zuzuwenden. In einer Kommune ist man unmittelbar dran an den Menschen. Sich da einer Wahl zu stellen und die Bürger zu überzeugen, hat eine besondere Qualität.

Können Sie nun in die Tat umsetzen, was Sie vorher als Wissenschaftler propagiert haben, besonders zum Klima- und Umweltschutz?
Es ist eine große Herausforderung, den strategischen Fokus zu behalten, denn das Amt hat eine Vielzahl an Aufgaben und Themen, viele Erwartungen und Hoffnungen werden an mich gerichtet. Ich kann inzwischen nachvollziehen, weshalb so wenig Strategisches passiert, weil man täglich so vieles erledigen und auf so vieles reagieren muss. Davon kann man leicht absorbiert werden und den Gestaltungsanspruch hintenanstellen. Deshalb ist es wichtig, Energien und Konstellationen in der Stadt zu nutzen. Beispielsweise denken jetzt einzelne Bezirksvertretungen endlich über Experimente mit autofreien Zonen nach. Wir unterstützen das als Stadtverwaltung. Wir haben eine Klimastudie für das Jahr 2035 mit dem Wuppertal Institut gemacht, um eine Handlungskulisse aufzuspannen und eine Grundlage für Verhandlungen mit dem Land und dem Bund zu haben, da wir die dafür notwendigen Veränderungen nicht allein stemmen können.

Also eine Kombination von täglichen Entscheidungen und langfristigen Zielen?
Man muss eine Idee entwickeln, wohin man will, und Ressourcen und Mitakteure gewinnen, um dorthin zu kommen. Was sich wirklich bewegen lässt, wird man erst in vier oder fünf Jahren sehen. Das Interessante ist, dass wir in NRW jetzt mehrere ähnliche Konstellationen haben, mit Grünen in oberster Verantwortung für die Stadt, mal mit, mal ohne Mehrheit im Rat wie ich. Da wird man dann vergleichen können, wie viel an Klimaschutz und Nachhaltigkeit gelungen ist.

Wir stark ist die Unterstützung in der Stadt, wie stark sind die Widerstände gegen Ihre Pläne?
Ein Oberbürgermeister allein ist ziemlich machtlos. Zumal in einer Stadt, die überschuldet ist und wo es deshalb kaum finanzielle Gestaltungsspielräume gibt und man auf viele Externe angewiesen ist, die Akzente setzen. Auf der anderen Seite kann man, gerade weil es so unterschiedliche Interessen und Anforderungen auch aus der Zivilgesellschaft gibt, Koalitionen formen, um Dinge voranzubringen. Wo sind Investoren und gesellschaftliche Kräfte, die Lust haben, neue Wege zu gehen? In der Stadt bildet sich aktuell z. B. ein neues wirtschaftliches Cluster in Richtung Kreislaufwirtschaft. Und natürlich versuche ich die Verbindungen zum Land und Bund aus meinem früheren Amt zu nutzen und Wuppertal zu einem Schaufenster zu machen, was geht.

Was ist Ihr Leitbild für Wuppertal in 10 oder 20 Jahren?
Die Stadt hat alle Potenziale lebendig zu machen, worüber wir als neue Urbanität reden. Anne Hildalgo in Paris spricht von der 15-Minuten-Stadt, aus der wir die funktionale Trennung herausnehmen und wo Wohnen, Leben, Arbeiten, Freizeit, Erholung, Kultur in einer ganz anderen Unmittelbarkeit, Verdichtung und Vermischung wieder erfahrbar sind. Wuppertal hat durch seine enge Tallage und die ungewöhnliche Situation, dass der ärmste Teil nicht an der Peripherie, sondern in der Innenstadt liegt, wo sich sonst finanziell Schwache das Leben oft nicht mehr leisten können, das Glück, dass sich das hier nicht so ausdifferenziert hat. Man ist in zehn Minuten in einem fantastischen Bürgerpark und schnell auf neuen Radwegen in Naherholungsgebieten ringsum. Zugleich ist die Stadt in den urbanen Großraum Rhein-Ruhr eingebunden. Und sie hat eine 150-jährige Geschichte des sich immer wieder neu Erfindens, unternehmerisch, künstlerisch, sozial. Ein Ort der Experimentierräume, in dem vieles von dem, was gesellschaftlich vorgedacht wird, im Kleinen vorgelebt wird. Meine Vision ist, dass man in zehn Jahren sagt, Wuppertal ist einer der spannendsten urbanen Räume in Westdeutschland. Hier ist noch nicht alles durchgentrifiziert, was Köln oder Düsseldorf dann vermutlich sein werden, wo es dann kaum noch eine Vermischung gibt. Die Stadt ist aus sich heraus kraftvoll genug, das Gefühl dafür zu geben, wie solche extrem vielfältigen Gesellschaften im Umbruch sich Zukunft immer wieder neu erfinden können.

Auch Wuppertal ist von der Flut getroffen worden. Weshalb hat es trotz der engen Tallage kaum größere Schäden gegeben?
Das liegt daran, dass die Wupper seit 100 Jahren stark reguliert ist. Die Stadt war immer von Überschwemmungen bedroht. Deshalb hat man ein Talsperrensystem errichtet, um das Wasser bei Starkregen zurückzuhalten und in Niedrigwasserzeiten die Industriebetriebe mit ausreichend Wasser zu versorgen. Dieses System hat sehr gut funktioniert, mit dem einzigen Problem, dass der Regen diesmal so extrem und breitflächig auftrat, dass die Talsperren zum Teil kontrolliert abgelassen werden mussten. Trotz massiver Sachschäden an den Stadträndern sind wir im Vergleich zu anderen Orten glimpflich davongekommen.

Müssen Städte und Gemeinde mehr investieren in die Anpassung an den Klimawandel und Vorsorge für solche Extremwetter treffen, einschließlich einer anderen Bauplanung?
Das ist ein Riesenthema und natürlich für jede Stadt anders, je nach geografischer Lage und sonstigen Gegebenheiten. Wir müssen in Wuppertal einiges nachrüsten an Schutzmaßnahmen und das Talsperrensystem optimieren. Überregional muss man mehr Wasserausgleichsflächen schaffen und überlegen, wo und wie man in Zukunft noch an einem Fluss oder Bach wohnen und bauen kann. Das hat Synergien zum Klimaschutz. Wenn ich mehr Stadtgrün schaffe, um Regen aufzufangen, ist das auch eine CO2-Senke. Das Gleiche gilt, wenn wir Autos aus den Städten herausbringen und stattdessen Platz schaffen, wo sich Menschen zu Fuß oder auf dem Rad bewegen können. Das sorgt dann auch für weniger Bodenversiegelung und weniger Aufhitzung der Stadt. So erreichen wir beides, Klima- und Hochwasserschutz. Diese Schnittmengen haben für die Stadtgestaltung der Zukunft große Bedeutung.

Es führt jedoch zu Konflikten, wenn Sie einerseits Wohnraum schaffen und Städte verdichten müssen, um der Wohnungsnot zu begegnen, oder neue Gewerbeflächen, andererseits mehr Stadtgrün wollen.
Aus diesen alten Grabenkämpfen müssen wir raus. In Wuppertal bereiten wir eine breite Flächendebatte vor. Nur zwei Prozent des Stadtgebiets lässt sich noch für neue Bebauung überhaupt ausweisen. Deshalb ist klar, ein flächenintensives Wirtschaftsmodell ist für diese Stadt keine Lösung. Wir müssen uns fragen, was sind künftig die Wertschöpfungspotenziale, die auch mit ganz wenig Fläche gehen. Wenn wir jetzt nicht den Paradigmenwechsel hinbekommen und immer noch meinen, wir seien im Wettbewerb mit anderen Kommunen um das nächste großflächige Industriegebiet, fahren wir gegen die Wand. Das ist eine Herausforderung, weil lokale Wirtschaftspolitik lange immer nur in dieser Weise gedacht wurde. Bei den Wohnungen ist es ähnlich. Das Hauptproblem ist nicht, dass Wohnungen fehlen, sondern dass viele heute auf 40 Quadratmeter pro Person leben statt auf 20 bis 25 wie früher, durch veränderte Lebensmuster und Ansprüche. Da muss man realistisch sein: Wohnen wird und muss ein ganzes Stück teurer werden, weil wir sonst kein Korrektiv haben, um diese gewaltige Flächenexpansion zu stoppen, auch außerhalb der Städte. Daher müssen wir neue Formen des Wohnens auch über die biografischen Veränderungen hinaus entwickeln, die mit weniger Fläche auskommen. Das ist eine ganz schwierige Diskussion, wie man an der Einfamilienhausdebatte gesehen hat.

Viele Menschen wünschen sich, ein eigenes Haus zu haben.
Es geht auch um einen kulturellen Wandel. Wie sieht ein lebenswertes Leben im 21. Jahrhundert aus? Darüber müssen wir eine gesellschaftliche Debatte führen.

Werden solche Fragen auch in der städtischen Kultur verhandelt?
Man darf das nicht instrumentell verkürzen nach dem Motto, Künstler müssen über Nachhaltigkeit und Klimaschutz aufklären oder den eigenen CO2-Abdruck verringern. Künstlerisch wird die Klimadebatte dann interessant, wenn sie neue kreative Potenziale auslöst. Wenn sich z. B. ein Orchester fragt: Was heißt es, wenn ich nur noch mit Musikern aus der Region arbeite? Was bedeutet das für das Repertoire? Kann man diese Begrenzung nutzen, um etwas Neues zu schaffen? Über die Kunst haben wir ganz andere Möglichkeiten der Reflexion über die Gesellschaft im Umbruch. Künstler nehmen Dinge wahr, die wir in den rationalen Nachhaltigkeitsdiskursen nur schwer aufgreifen können: Stimmungen, Ängste, Sorgen, Energien. In der anstehenden großen Umwälzung geht es um Emotionen. Dafür ist Kunst ein ganz wichtiges Medium. In Wuppertal sind wir damit gesegnet, weil die Stadt immer schon Künstlerpersönlichkeiten geprägt hat wie Else Lasker-Schüler oder Pina Bausch, die das Bruchhafte und die Reibungen, die die Stadt erzeugt, produktiv genutzt haben.

Vielen Dank.

FOTO: PICTURE ALLIANCE / JOKER | JÖRG LOEFFKE

Allein im vergangenen Jahr sind Regenwälder mit einer Gesamtfläche von der Größe der Niederlande vernichtet worden. Die Folgen für unser Klima sind verheerend

Uwe Schneidewind ist Professor für Innovationsmanagement und Nachhaltigkeit und Oberbürgermeister von Wuppertal. Ludwig Greven ist freier Publizist

Wie wollen wir zusammenleben?

Nachhaltigkeit und Städtebau

ALISSA DIESCH

FOTO: PICTURE ALLIANCE / DPA | DAI KUROKAWA

Rauch steigt auf, als in einer riesigen Mülldeponie in Korogocho, einem der größten Slums der kenianischen Hauptstadt Nairobi, Müll verbrannt wird

Was bedeutet Nachhaltigkeit in Bezug auf Stadt? Und wie können wir über den Städtebau Einfluss auf den Klimawandel nehmen? Die SDGs widmen Punkt 11 den Städten und Gemeinden und umreißen, wie diese inklusiver, resilienter und nachhaltiger werden könnte. Die Thematik beinhaltet dabei eine große Bandbreite: Einerseits Mitigation von Umweltgefahren, andererseits der Beitrag, den Städte und Gemeinden zum Schutz der Biodiversität, der Ressource Boden und zur Verringerung des CO2-Ausstoßes leisten können. Diese technischen Aspekte sind dabei nur die Grundlage, um das »Recht auf Stadt«, also sicheren und bezahlbaren Wohnraum, Zugang zu Kultur und Grünräumen und gesellschaftlicher Teilhabe, für alle ermöglichen zu können. Diese verschiedenen Aspekte zu berücksichtigen, ist eine komplexe Aufgabe und die Ansätze für eine Metropole, eine Mittelstadt oder ein Alpental unterscheiden sich stark voneinander. Dabei handelt es sich um langfristige Prozesse, für die das allgemeine Problembewusstsein noch genauso geschärft werden muss, wie die rechtlichen Rahmenbedingungen und politischen Förderungen.

Eine Priorisierung des Themas ist dabei überfällig, wie dieser Sommer eindrücklich gezeigt hat. Der Klimawandel verstärkt Umweltgefahren in Häufigkeit und Intensität. Der Schutz vor Hochwasser, Stürmen, Bränden und Hitzeinseln muss ernst genommen und der veränderten Situation gemäß angepasst werden. Viele Lösungsansätze sind mit geringem technischem Aufwand verbunden, vielfach lassen sich intelligente Siedlungsmuster aus historischen, langfristig bewährten Strukturen ableiten und zur Evakuierung im Akutfall ist zuverlässige und leicht verständliche Kommunikation der beste Schutz. Sich an diesen Prinzipien zu orientieren muss eine ernsthafte Alternative zu kostenintensiven Hightech-Antworten werden. Um solche kooperativen und innovativen Konzepte entwickeln zu können, sind jedoch neben Problembewusstsein und Expertise auch mehr Flexibilität und Kreativität innerhalb der Verwaltung und des gesetzlichen Rahmens notwendig.

Es kann jedoch nicht nur um Katastrophenschutz gehen, niemand möchte in permanenter Alarmbereitschaft leben. Wir müssen uns auf die Folgen des Klimawandels einstellen und uns gleichzeitig bewusst machen, wie wir im Alltag, in der Art und Weise, wie wir leben, arbeiten und unsere Freizeit verbringen, das Klima besser schützen können. Dabei spielt die Frage, wie Städte und Gemeinden gestaltet werden, eine grundlegende Rolle.

Einer der entscheidendsten Faktoren für eine nachhaltige Entwicklung des Städtebaus ist der sparsame Umgang mit der endlichen Ressource Boden. Unser aktueller Flächenverbrauch widerspricht allen Zielen des Umweltschutzes: Ökosysteme werden verkleinert und zerschnitten, die Biodiversität sinkt und die weitere Versiegelung verschärft die Überschwemmungsgefahr bei Starkregenereignissen. Aus diesen Gründen ist die Verringerung der Flächeninanspruchnahme erklärtes Ziel der Bundesregierung gemäß der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie von 2018, die EU strebt darüber hinaus eine »Netto-Null«, d. h. eine Flächenkreislaufwirtschaft bis 2050 an.

Es steht jedoch oftmals noch aus, diese abstrakten Zahlen in konkrete Szenarien zu verwandeln. Sicher ist, dass diese stark kontextabhängig sein müssen. Zirkuläre Prinzipien wie Nachverdichtung und Umnutzung sind in den zentralen Vierteln der boomenden Metropolen vielerorts bereits ausgereizt. Anders in den peripheren Lagen der Großstädte, hier besteht nach wie vor das Potenzial, großflächig mit geschickt gesetzten Eingriffen ganze Stadtviertel zukunftsfähig zu machen und so große Massen an Bauvolumen vor dem Abriss zu bewahren und durch Nutzungsmischungen wieder attraktiv zu machen. Die diesjährigen Pritzker-Preisträger Lacaton & Vassal haben überzeugend gezeigt, dass ästhetisches, klimagerechtes und soziales Aufwerten von Sozialwohnungsanlagen möglich ist. In Bordeaux z. B. werteten sie durch ihre Intervention 530 Wohnungen auf, indem sie durch minimale Eingriffe an der Fassade und das Vorschalten multifunktionaler Balkone und Wintergärten den Wohnraum maßgeblich vergrößerten und flexibilisierten. Zusätzlich wurden die Erdgeschosse und Eingangszonen so umgestaltet, dass sie ihrer Funktion als Gemeinschaftsräumen gerechter wurden. Diese Transformationen sind auch für weitere monofunktionale Großstrukturen wie Einkaufszentren oder Verwaltungsgebäude ein denkbarer Ansatz. Denn Recycling ist natürlich auch bei Gebäuden das klimafreundlichste Konzept und macht gleichzeitig lokale Geschichte erlebbar. Die multifunktionalen Umnutzungen eines bestehenden Gebäudes wie ExRotaprint in Berlin, ein Modell für eine Stadtentwicklung, die Profit mit Eigentum ausschließt und einen offenen, heterogenen Ort für alle schafft. könnte hierfür ein Beispiel sein. Neben der baulichen Aufwertung ergibt sich bei solchen Projekten auch die Chance, Versäumnisse der funktionsgetrennten Stadt zu korrigieren und endlich kleinräumigere Nutzungsmischungen zu ermöglichen. Neue Wohnprojekte wie Spreefeld in Berlin, Mehr als Wohnen in Zürich und Sargfabrik in Wien zeigen, wie diese Prinzipien auch von Beginn an im Entwurf miteinbezogen werden können. Für viele, lange vernachlässigte Klein- und Mittelstädte sowie Dörfer hingegen ist das Thema Umnutzung mehr im Zusammenhang mit dem sich ausbreitenden Leerstand der Zentren zu sehen. Es sind hier integrale Lösungen zu entwickeln, die neue, nicht erst seit Corona gefragte, Lebens- und Arbeitsmodelle im ländlichen Raum ermöglichen können. Denn es ist auch klar, dass es nicht damit getan ist, jeden aufgegebenen Tante-Emma-Laden in benötigten Wohnraum umzuwandeln und schon alle Probleme des Dorfs gelöst sind.

All diese Umbaumaßnahmen führen nämlich nur zum Erfolg, wenn gleichzeitig mitgedacht wird, wie wir heute und in der Zukunft zusammenleben wollen. Ortsunabhängiges Arbeiten, ermöglicht durch Digitalisierung und erprobt durch Corona-Maßnahmen, ist für immer mehr Menschen eine Realität. Wohnen und Arbeiten rücken also wieder näher zusammen und wollen neu organisiert werden. Co-Working-Räume, als Alternative zu Büro und häuslichem Arbeitszimmer, werden weiter an Attraktivität gewinnen, temporäre Nutzungsmöglichkeiten von Seminarräumen durch unterschiedliche Nutzergruppen ergänzen den Schreibtisch und schaffen weitere Flexibilität, von wo aus gearbeitet werden kann. Neben Kinderbetreuung, Einkaufsmöglichkeiten, Gastronomie und Zugang zu Erholungsräumen sind diese Angebote schon jetzt stark nachgefragt. Dabei am liebsten alles in fußläufiger Entfernung, so wie Paris das aktuell als 15-Minuten-Stadt propagiert. Der Wunsch nach Durchmischung und funktionaler Dichte passt gut zu den Zielen der nachhaltigen Stadtplanung: wenig Fläche in Anspruch nehmen und keine langen Fahrten mit dem Auto erzwingen. Dies sollten entsprechend die Prämissen sein, für den Stadtumbau und den Neubau, der, so notwendig, verantwortungsbewusst mit der Ressource Boden umgehen muss. Hier kann die Lösung jedoch kaum weitere Ausbreitung sein: Freistehende Einzelhäuser benötigen viel Fläche und müssen aufwendig erschlossen werden. Sie als »tiny houses« einfach kleiner zu gestalten oder zu begrünen führt kaum zur Verbesserung der miserablen Bilanz. Deutlich zielführender sind innovative Wohnmodelle, die durch gemeinsame Nutzung von Büroflächen, Werkstätten, Sporträumen etc. Vielfalt und Flexibilität eröffnen und am Ende auch mehr grüne Wiese für alle lassen.

Zur Anbindung über das eigene Viertel hinaus werden inklusivere Modelle das individuelle Automobil ergänzen. Öffentlicher Verkehr zusammen mit Shared Mobility benötigt weniger Fahrzeuge, Stellplätze und Kraftstoff und ist so auf allen Ebenen nachhaltiger. Multimodale Ansätze kombinieren ihn geschickt und müssen für alle zugänglich sein. Eine gute Vernetzung analog wie digital ist dabei wichtig, denn dieser Wandel geht nur gemeinsam. Neue Konzepte der Gemeinschaft scheinen ein möglicher Schlüssel zu Antworten auf die Fragen der Zukunft zu sein. Nicht umsonst ist das Motto der diesjährigen Architektur Biennale in Venedig »How will we live together?«. Denn wie wollen wir denn in Zukunft zusammenleben?

Alissa Diesch ist Architektin-Urbanistin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Entwerfen und Städtebau der Leibniz Universität Hannover

MEHR ZUM THEMA

Das Thema »Nachhaltigkeit & Kultur« ist seit vielen Jahren von besonderer Bedeutung für den Deutschen Kulturrat, der mit seiner Arbeit zur nachhaltigen Entwicklung unserer Gesellschaft beiträgt. Der Deutsche Kulturrat verfolgt das Ziel, eine Brücke zwischen dem Nachhaltigkeitsdiskurs des Natur- und Umweltbereiches und kulturpolitischen Debatten zu schlagen. In vielfältigen Beiträgen, Publikationen und Themendossiers wird das Thema Nachhaltigkeit beleuchtet. Eine Auswahl finden Sie hier.

Dossier: Guten Morgen! – Heimat & Nachhaltigkeit
Die Zusammenarbeit der zivilgesellschaftlichen Akteure aus Kultur und Natur gilt es auszuweiten. Das Dossier berichtet über bisherige Projekte und zeigt neue Lösungsansätze auf, wie ein Kulturwandel hin zu mehr nachhaltiger Entwicklung gelingen kann: bit.ly/3CAgDJh

SCHWERPUNKTE IN POLITIK & KULTUR:

Die kulturelle Welt der Insekten (Ausgabe 06/2021)
Schon immer hat der Mensch die Insekten auch in seinen kulturellen Ausdrucksformen behandelt. Der Schwerpunkt beleuchtet die kulturelle Welt der Insekten: bit.ly/3CEenAD

Stadtkultur (Ausgabe 02/2021)
Polis bis Megacity – wo kommen wir her, wo wollen wir hin? Stadtpolitik muss kulturelle und ökologische Aspekte vereinen, damit die Stadt weiterhin lebenswert sein kann: bit.ly/3EE2gFH

Das Grüne Band (Ausgabe 06/2020)
Vom Grenzstreifen zum Kulturerbe: Artikel, Kommentare und Interviews rund um das allein in Deutschland 12.500 Kilometer lange Kultur- und Naturerbe: bit.ly/3AARo92

Der Kultur-Öko-Test (Ausgabe 01/2018)
Wie nachhaltig ist der Kulturbereich? Berichte aus Industriedesign, Modedesign, Architektur, Stadtplanung, Games, Bibliotheken u.v.m.: bit.ly/3nUgADZ

THEMA

Neue Ideen braucht das Land

The New Institute gibt Impulse für sozial-ökologischen Wandel

WILHELM KRULL

Flutkatastrophen und Waldbrände ungeheuren Ausmaßes. Dazu noch Erdbeben und Hitzewellen, die in Südeuropa und sogar im westlichen Kanada zu Rekordtemperaturen von über 50 Grad Celsius geführt haben. Dieser Sommer hat uns auf drastische Weise vor Augen geführt, wie dringlich es für uns alle geworden ist, Extremereignisse und die mit ihnen einhergehenden Zerstörungen ganzer Ökosysteme nicht länger als Einzelfälle zu betrachten, sondern sie in ihrem systemischen Zusammenhang ernst zu nehmen und unser individuelles Verhalten ebenso wie nationales und globales Agieren grundlegend zu verändern.

Man muss kein Experte für Computersimulationen und Modellrechnungen sein, um zu erkennen, dass wir seit Jahrzehnten dabei sind, unsere Lebensgrundlagen auf dem Planeten Erde immer weiter zu zerstören. Der jüngste Bericht des Weltklimarats IPCC hat dies vor wenigen Wochen noch einmal eindringlich klargemacht: Angesichts einer deutlich rascheren globalen Erwärmung als in den vorherigen Berichten angenommen, müssen wir uns darauf einstellen, dass sich der Trend zu extremen Wetterlagen weiter verstärkt und zugleich alles getan werden muss, um das Ziel der Klimaneutralität so früh wie möglich zu erreichen.

Wenn die physikalisch-meteorologischen Grundlagen und der Einfluss des Menschen auf die Erderwärmung so eindeutig nachgewiesen werden können, weshalb gelingt es uns dann nicht – oder allenfalls zögerlich –, die gewonnenen Erkenntnisse sowohl individuell als auch gesellschaftlich konsequent in sozial-ökologisches Handeln zu überführen? Wie können wir die dysfunktionalen und destruktiven Auswirkungen unseres Verhaltens und Wirtschaftens künftig vermeiden? Welche nachhaltig tragfähigen Lösungsansätze müssen wir entwickeln, um einige der größten Herausforderungen unserer Zeit baldmöglichst bewältigen zu können?

Dies sind nur einige der Fragen, die am Anfang der Initiative des Hamburger Unternehmers und Philanthropen Erck Rickmers standen, eine Stiftung zu errichten und schließlich The New Institute zu gründen. Gemeinsam wurde das Konzept für ein vorwiegend auf die Geistes- und Gesellschaftswissenschaften fokussiertes Institut für Höhere Studien entwickelt, das zugleich eine interdisziplinäre und transsektorale Plattform für gesellschaftlichen Wandel bereitstellen soll. Herausragende Denkerinnen und Denker aus aller Welt kommen mit weiteren Akteuren aus Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Kunst und Medien vor Ort in Hamburg zusammen und erschließen jenseits der Exploration des Bestehenden und der bloßen Neu-Kombination vorhandener Wissensbestände gemeinsam neue Denk- und Möglichkeitsräume. Die im persönlichen Dialog freigesetzte Kreativität und die aus tiefem gemeinsamem Nachdenken resultierenden Veränderungsvorschläge werden sich im Säurebad weiterer Auseinandersetzungen bewähren müssen. Neben Transparenz und Gesprächsbereitschaft gehört zu den Gelingensbedingungen eines solchen, auf Multiperspektivität und Integrationsfähigkeit angelegten Vorgehens vor allem das Denken und Handeln in ganzen Wissenslandschaften, ihren Vernetzungs- und Kooperationsmöglichkeiten sowie die Bereitschaft, die gesellschaftlichen Folgen des eigenen Verhaltens und lieb gewordener Gewohnheiten mitzureflektieren.

Für The New Institute und das Erreichen seiner ambitionierten Ziele wird entscheidend sein, ob es gelingt, eine von hohem Vertrauen und großer Offenheit geprägte Kultur der Kreativität zu schaffen, die es den Beteiligten ermöglicht, mutig und entschlossen bislang unbekanntes geistiges Terrain zu erschließen, neue Sichtachsen zu schaffen und praktikable Lösungswege für einige der größten Herausforderungen unserer Zeit aufzuzeigen.

Dieses Selbstverständnis prägt auch die thematisch fokussierten Programme des Instituts. So geht es bei »Foundations of Value and Values« nicht in erster Linie darum, die immer disparater werdenden Vorstellungen von einem guten Leben zu analysieren, sondern vielmehr zukunftsorientiert der Frage nachzugehen, wie Werte entstehen, sich im Zeitverlauf verändern und welche Möglichkeiten es gibt, auch in scheinbar dunklen Zeiten auf moralischen Fortschritt hinzuwirken. Letztlich gilt es, die Frage zu beantworten: Was ist ein nachhaltig tragfähiges Wertesystem für das 21. Jahrhundert?

Um systematisch konsistent durchdachte Konzepte in soziales und politisches Handeln zu überführen, bedarf es neuer Partizipationsformen und Mitgestaltungschancen der Bürgerinnen und Bürger sowie einer Lösung der gerade in den letzten Jahren allenthalben sichtbar gewordenen Vertrauens- und Glaubwürdigkeitsprobleme der repräsentativen Demokratie. Beide Fragestellungen stehen im Zentrum der in diesen Tagen beginnenden Fellowarbeit im Rahmen des Programms »Future of Democracy«. Für The New Institute wird es darauf ankommen, mutig und mit innerer Überzeugung Konzepte zu entwickeln, die geeignet sind, eine Wiederbelebung der Demokratie von unten mit effektiven Formen der Beratung und Entscheidungsfindung zu verknüpfen.

Zu den größten Herausforderungen mit Blick auf eine nachhaltige Zukunft auf unserem Planeten gehören zweifellos systemisch zu verankernde Fragen der sozioökonomisch-ökologischen Transformation unseres Wirtschaftens und der Veränderung lieb gewordener Gewohnheiten, nicht zuletzt unseres eigenen Denkens, Fühlens und Verhaltens. Ihnen wollen wir in den Programmen »Systemic Transformations« und »Changing Mindsets – Changing Behaviour« sowie »The New Hanse« nachgehen. Wie insbesondere die anhaltende Pandemie allenthalben gezeigt hat, ist das Auseinanderfallen zwischen Erkenntnissen und Wertvorstellungen einerseits sowie handfesten ökonomischen Interessen andererseits besonders groß auf Feldern, die unser aller Wohlergehen betreffen, wie etwa in der Gesundheits-, Umwelt- und Klimapolitik. So hatte beispielsweise in der Krankenversorgung ein an ökonomischen Erfolgsindikatoren orientiertes Ausloten der maximalen Auslastungsmöglichkeiten vielfach Vorrang vor dem Erhalt von Reserven und damit der notwendigen Elastizität und Resilienz für den Katastrophenfall.

Ein am Gemeinwohl, an sozialer Gerechtigkeit und an den planetaren Grenzen orientiertes Handeln wird zur Richtschnur werden müssen

Anstatt sich allein von Wachstums- und Effizienzkriterien leiten zu lassen, wird ein am Gemeinwohl, an sozialer Gerechtigkeit und an den planetaren Grenzen orientiertes Handeln, vor allem bei der Neubestimmung unseres Wirtschaftslebens, aber auch in unserem persönlichen Verhalten und bei der Gestaltung unseres jeweiligen Umfeldes zur Richtschnur werden müssen. Für eine nachhaltige Zukunft gilt es, auf erneuerter moralisch-konzeptioneller Grundlage substanzielle Veränderungen herbeizuführen, die weit über eine bloße Reparatur bislang fraglos akzeptierter Praktiken hinausgehen. Wir brauchen systemisch gut durchdachte Ideen und Konzepte, damit eine Welt entsteht, die sich auszeichnet durch weniger Überfluss, mehr soziale Gerechtigkeit, größeres Wohlbefinden aller und nicht zuletzt durch sozialökonomisches und ökologisch erneuertes, klimaneutrales Wirtschaften in allen Bereichen unseres gesellschaftlichen Handelns.

Neben der Multiperspektivität der jeweils beteiligten Personen und der Zukunftsorientierung lösungsorientierter Diskurse ist für das Entwickeln der eigenen Transformationskraft für The New Institute auch der Blick in die Geschichte bedeutsam. Gerade die großen Umbrüche in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts – nicht zuletzt 1989/90 – und die mit der Gründung des Club of Rome (1968) und der Studie »Grenzen des Wachstums« (1972) an gesellschaftlichem Gewicht gewinnende Umweltbewegung mit ihren verschiedenen Ausprägungen können uns helfen, die Gelingensbedingungen von Veränderung besser zu verstehen und zugleich zu verdeutlichen, wie sehr bürgerschaftliches Engagement und soziale Bewegungen den Lauf der Dinge maßgeblich beeinflussen können. Dazu haben wir ein Dokumentationsvorhaben mit Zeitzeugeninterviews unter dem Titel »Voices from the Past – Lessons for the Future« auf den Weg gebracht, und zwar in dem Bewusstsein, dass nur derjenige, der die Vergangenheit kennt, auf verantwortliche Weise die Zukunft gestalten kann.

Wilhelm Krull ist Gründungsdirektor von The New Institute

FOTO: PICTURE ALLIANCE / ABACA | ALAN GIBSON/NZH

Mehrere Container schwimmen nach dem Schiffsunglück der »Rena« vor der Küste Neuseelands

Musik für's Klima

Ein nachhaltiger Weg in der Musikwirtschaft

JÖRG HEIDEMANN

»Einzig unvernünftig ist es doch / jetzt so weiterzumachen / (...) Jetzt verzichten oder später Vernichtung / ist das echt eine schwierige Wahl? « Dota – Keine Zeit

Nachhaltigkeit, Umweltbewusstsein, strategischer Konsum – Themen, die im Alltag zunehmend Beachtung finden. Das gilt selbstverständlich auch für Musikunternehmerinnen und Musikunternehmer. Ein Festivalbesuch verursacht 40 Kilogramm CO2 pro Kopf und pro Tag, eine CD schlägt mit immer noch einem Kilogramm zu Buche: Als Musikliebhaberin und Musikliebhaber hinterlässt man im Laufe seines Lebens einen beachtlichen Kohlendioxid-Fußabdruck.

Forscherinnen und Forscher der Universitäten in Glasgow und Oslo haben den ökologischen CO2-Fußabdruck von Musik-Streaming analysiert und mit dem von Kassetten, Schallplatten und CDs verglichen. Dank Streaming produziert die US-Musikindustrie weniger Plastikmüll. Im Jahr 2000 wurden CDs aus 61.000 Tonnen Plastik gefertigt, bis 2016 schrumpfte die Zahl auf 8.000 Tonnen. Die Treibhausgasemissionen durch Musik sind allerdings gestiegen, schätzen die Forscherinnen und Forscher. 2000 hat die Musikindustrie US-weit etwa 157 Millionen Kilo Treibhausgase verursacht. Im Jahr 2016 hingegen soll die Zahl zwischen 200 Millionen und 350 Millionen Kilo gelegen haben. Die Forscherinnen und Forscher berücksichtigen in ihren Schätzungen sowohl CO2-Emissionen durch Streamingdienste als auch solche, die durch Downloads von Alben und Singles entstanden sind.

Greenpeace hat 2017 in der Studie »Clicking Clean« unter anderem untersucht, mit was für Strom Streaminganbieter ihre Rechenzentren versorgen. Bei den Musikanbietern schnitt iTunes mit der Note A besonders gut ab. Greenpeace maß dem Streaminganbieter einen »Clean Energy Index« von 83 Prozent bei. Dieser berechnet sich aus dem gesamten Stromverbrauch des Unternehmens und dem Anteil von Strom aus erneuerbaren Energien. Spotify erhielt mit 56 Prozent die Note D und SoundCloud mit 17 Prozent die Note F.

Auf Verbandsebene hat der Verband unabhängiger Musikunternehmen (VUT) bereits 2019 die Erklärung von »Music Declares Emergency« mitgezeichnet. »Music Declares Emergency« ist eine Gruppe von Kunstschaffenden, Fachleuten der Musikindustrie und Organisationen, die sich zusammengeschlossen haben, um auf einen klimatischen und ökologischen Notstand hinzuweisen und eine sofortige staatliche Reaktion zum Schutz des Lebens auf der Erde zu fordern. Auf europäischer Ebene hat der VUT an der Nachhaltigkeitscharta unseres europäischen Dachverbandes Impala mitgearbeitet. Das Ziel ist eine klimapositive Entwicklung aller europäischen unabhängigen Musikunternehmen bis 2030 sowie ein Zwischenziel von Netto-Null für 2026. Impala-Mitglieder haben Zugang zu Beratung und Schulung. Außerdem können sie die freiwillige Impala-Klimaerklärung sowie andere Instrumente nutzen. Ein Projekt zur Entwicklung des ersten Kohlenstoffbilanzierungstools speziell für den Musiksektor ist ebenfalls in Vorbereitung. Der Rechner wird sowohl die Lieferketten als auch die Aktivitäten der Labels abdecken. Mögliche kollektive Kompensationsinvestitionen werden ebenfalls geprüft. Darüber hinaus hat der VUT einen Leitfaden für eine nachhaltige Musikwirtschaft veröffentlicht. Hierfür wurden die Handlungsempfehlungen von Impala sowie der »Music Declares Emergency«-Kampagne zugrunde gelegt und ergänzt. Denn jede und jeder kann etwas tun, um die Auswirkungen des menschengemachten Klimawandels abzumildern – auch Musikunternehmerinnen und Musikunternehmer. Der Leitfaden beinhaltet eine Liste mit Ideen und Beispielen, anhand derer der VUT seinen Mitgliedern ans Herz legt, in ihrer geschäftlichen Praxis in der Musikwirtschaft dazu beizutragen, einen nachhaltigeren Weg zu gehen.

FOTO: PICTURE ALLIANCE / ZOONAR | ZHANG ZHIWEI

Ölfelder in Chinas Nordwest-Region Xinjiang

Jörg Heidemann ist Geschäftsführer vom Verband unabhängiger Musikunternehmer*innen (Vut)

LEITFADEN FÜR EINE NACHHALTIGE MUSIKWIRTSCHAFT DES VUT

»Die Musikindustrie mag nicht die erste Branche sein, an die wir denken, wenn wir vom Klimawandel sprechen. Zu Recht, möchte man meinen. Aber sie ist Teil einer vernetzten Welt, in der es keine lokalen Effekte mehr gibt. Deshalb müssen wir eine Diskussion über strukturelle Änderungen anstoßen, die alle miteinbezieht. Musiker*innen, die in der Öffentlichkeit stehen und Einfluss haben. Aber auch deren Manager*innen, die diesen Einfluss formen. Veranstalter*innen müssen sich genauso wie Booker*innen und Locationbetreiber*innen davon überzeugen, dass wir ohne radikale Veränderungen aus der Sache nicht mehr rauskommen. Nur so wird das Publikum folgen.« »Schluss mit Indie«, Christoph Benkeser, 16. Juli 2019

Vorschläge für konkrete Maßnahmen:

Tonträgerproduktion

- Das Wichtigste ist, nicht zu viele Exemplare von Tonträgern zu pressen, denn Überbestände sind teuer in der Herstellung, im Transport, in der Lagerung und im Recycling. Und all das verursacht einen ökologischen Fußabdruck
- Verwendet weniger Material, wo immer es möglich ist: Vinyl-Releases auf 140 Gramm statt 180 Gramm – die Klangqualität ist identisch
- Pressungen aus 100 % recyceltem Vinyl sind in einigen Presswerken erhältlich
- Lasst idealerweise in Deutschland herstellen, um Transporte zu minimieren. Wenn ihr in Europa produzieren lasst, stellt die REACH-Verordnung der EU sicher, dass die in der EU hergestellten Pressteile aus PVC hergestellt werden, welches weniger giftige Chemikalien enthält. Wenn ihr mit US-Herstellern sprecht, vergewissert euch, dass sie in den USA und nicht in Europa pressen.
- Umstellung von Kunststoff- auf Kartonverpackungen für CDs
- Vermeidet das Mischen von Materialien oder den Einsatz zusätzlicher Verfahren
- Der Fußabdruck des Einschweißens von Tonträgern ist klein und kann Retouren und den daraus resultierenden zusätzlichen Fußabdruck bei Herstellung und Transport reduzieren. Alternativen sind z. B. haltbarere PVC-Staubschutzhüllen oder Bauchbinden aus Papier (Banderole)

Merchandiseproduktion

- Zertifizierte Bio-Baumwolle oder Kleidung aus nachhaltigeren Fasern wie Bambus oder Hanf
- Fragt eure Lieferanten nach ihren ethischen und umweltpolitischen Standards
- Arbeitet mit Druckereien und Herstellern zusammen, die über Umweltrichtlinien und Räumlichkeiten verfügen, die hauptsächlich mit erneuerbarem Strom betrieben werden

Lieferung, Einkauf & Transporte

- Prüft, ob ihr LPs und CDs statt per Luftpost mit Seefracht verschicken könnt, die zwar länger dauert, aber deutlich günstiger und weniger CO2-intensiv ist
- Eine sorgfältige Planung kann helfen, unnötige Transporte zu minimieren, z.B. Versand direkt von Presswerken an Vertriebe statt über ein Distributionszentrum
- Einige Paketdienste bieten klimaneutralen Versand an

Finanzen

- Wenn möglich, wechselt zu einer ethischen Bank, die nicht in kohlenstoffintensive fossile Brennstoffe investiert
- Erwägt Investitionen in Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien

Politisch aktiv werden

- Macht ökologische Nachhaltigkeit zu einer Priorität in eurem Unternehmen
- Sprecht mit euren Künstler*innen darüber, was sie tun können und wie ihr sie unterstützen könnt
- Unterstützt Umweltkampagnen und -veranstaltungen, wie z. B. Music Declares Emergency, Green Music Initiative, Extinction Rebellion, Fridays for Future, Greenpeace
- Engagiert euch politisch mit demokratischen Mitteln, ob Demonstrationen, Petitionen, Briefe an Abgeordnete usw.
- Nutzt eure Reichweite, um Sichtbarkeit für das Thema zu schaffen
- Sprecht mit euren Fans über die Klima- und Umweltkrise, wann und wo immer ihr könnt, und fordert sie auf, sich euch anzuschließen

Eine klimaneutrale Zukunft

Drei Fragen an Christiane Averbeck von der Klima-Allianz Deutschland

Mit über 140 Mitgliedsorganisationen aus allen gesellschaftlichen Bereichen setzt sich die Klima-Allianz Deutschland für eine ambitionierte Klimapolitik und eine erfolgreiche Energiewende ein. Die Geschäftsführerin Christiane Averbeck gibt Einblick in ihre Arbeit zum Klimaschutz.

Welche Idee steht hinter dem breiten gesellschaftlichen Bündnis, das die Klima-Allianz Deutschland bildet? Und wer beteiligt sich?

Uns treibt die Vision einer klimaneutralen und gerechten Zukunft für alle an. Als breites zivilgesellschaftliches Bündnis setzen wir uns für eine Klimapolitik ein, die unsere Lebensgrundlagen schützt, den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt und den Aufbau einer nachhaltigen Wirtschaftsweise befördert.

Nur wenn es uns gelingt, die globalen Treibhausgas-Emissionen in den kommenden zehn Jahren nahezu um die Hälfte zu reduzieren, können wir die schlimmsten ökologischen und sozialen Folgen der Klimakrise abmildern. Nur dann können wir einen Beitrag zur globalen Klimagerechtigkeit leisten und die Freiheitsrechte junger Menschen schützen.

Die Klima-Allianz Deutschland will den notwendigen Wandel unserer Wirtschafts- und Lebensweise mitgestalten. Dazu stoßen wir öffentliche Debatten an und gehen mit der Politik ins Gespräch.

Mit rund 140 Mitgliedsorganisationen aus den Bereichen Umwelt, Kirche, Entwicklung, Bildung, Kultur, Gesundheit, Verbraucherschutz, Jugend und Gewerkschaften zeigen wir, dass Klimaschutz ein gesamtgesellschaftliches Anliegen ist. Ambitionierter Klimaschutz ist die Chance für einen Aufbruch in eine klimaneutrale und sozial gerechte Zukunft!

Was tut die Klima-Allianz Deutschland für mehr kulturelle Nachhaltigkeit?

Unser Fokus sind die politischen Leitplanken: Wann Deutschland aus der Kohle und aus dem Verbrenner aussteigt, wird nicht an der Kühltheke entschieden, sondern im Parlament. Klimaschutz als eine Frage persönlicher Alltagsentscheidungen zu betrachten, spielt den fossilen Konzernen in die Hände, die die Verantwortung auf einzelne Verbraucherinnen und Verbraucher abwälzen wollen. Dennoch befördern wir eine Kultur der Nachhaltigkeit in unseren Mitgliedsorganisationen und in der Geschäftsstelle, etwa durch die Selbstverpflichtung »Einfach. Jetzt. Machen«. Wir verzichten auf Inlandsflüge, beziehen 100 Prozent Ökostrom und bieten bei unseren Veranstaltungen vegetarisch-veganes Essen an. Zudem organisieren wir einen Austausch zwischen Menschen aus verschiedensten Kulturen, die in der Klima-Allianz Deutschland vereint sind. Gemeinsam überlegen wir, wie wir Klimaschutz in breitere gesellschaftliche Gruppen tragen können. Wie können wir die Menschen motivieren, sich für Klimaschutz zu engagieren? Und wie können diese Menschen innerhalb der Klimadebatte sichtbarer werden? Unser Ziel ist es, die Stärken zu bündeln, die gesellschaftliche und kulturelle Vielfalt für den Klimaschutz bedeuten.

Was fordern Sie jetzt von der Politik für eine nachhaltige und klimagerechte Zukunft?

Was die nächste Bundesregierung beschließt, hat Auswirkungen auf den Treibhausgasausstoß in den nächsten 20 bis 30 Jahren. Deutschland muss einen fairen Beitrag zur Einhaltung des 1,5-Grad-Limits leisten!

Deshalb haben wir Forderungen in 16 Bereichen aufgestellt, die die neue Bundesregierung in Angriff nehmen muss. Die zentralen Punkte sind: mehr Tempo beim Ausbau der Erneuerbaren, Kohleausstieg bis 2030, ein wirksamer und sozialverträglicher CO2-Preis sowie der Einstieg in die Verkehrs- und Agrarwende.

Christiane Averbeck ist Geschäftsführerin der Klima-Allianz Deutschland, deren Mitglied unter anderem der Deutsche Kulturrat ist

THEMA

»Der Klimawandel ist ein Test für den Kulturbetrieb«

Harald Welzer im Gespräch

Welche Zusammenhänge bestehen zwischen Klima und Kultur? Und was bedeutet die Klimakrise für die Kultur? Über diese Fragen und mehr spricht Hans Jessen mit dem Soziologen und Publizisten Harald Welzer.

Hans Jessen: Herr Welzer, die Frage nach Zusammenhängen zwischen Kultur und Klimawandel hängt wesentlich davon ab, welcher Kulturbegriff die Grundlage bildet. Kultur im Sinne eines organisierten Kulturbetriebs und Kultur als gesellschaftliche Lebensweise sind nicht identisch, auch wenn sie Schnittmengen haben. Wo sehen Sie eindeutigere Zusammenhänge?
Harald Welzer: Ich habe einen weiten, gewissermaßen evolutionären Kulturbegriff. Wir können die Genese eines gefährlichen Klimawandels nicht absetzen von einem Kulturmodell, in dem prinzipiell auf Steigerung und Grenzüberschreitung gesetzt wird. Damit stellt sich die Frage, ob dieses Kulturmodell so weit veränderbar ist, dass wirksam etwas gegen diesen gefährlichen Klimawandel getan werden kann.
Für den Deutschen Kulturrat ist vielleicht der engere Kulturbegriff relevanter. Der spielt in dieser Diskussion eine ganz andere Rolle – als »Referenz«. Ich möchte das an einem Beispiel verdeutlichen: Vor Kurzem hatte ich im Rahmen des Luzern-Festivals eine Diskussion mit Musikerinnen und Musikern. Überschrift der Diskussion: »Musicians for future«. Da ging es anfangs um Klimaneutralität bei der Anreise zu Konzerten und klimaneutrale Orchester.
Eine junge Dirigentin meinte, diese Diskussion wäre schon okay, aber: Entscheidend sei das, was sie als Künstler tun. Das, was Musikerinnen und Dirigenten machen, habe immer etwas Unverfügbares als Gegenstand: Musik, die sie selber schreiben oder interpretieren. Und dieses Unverfügbare entzieht sich der Logik der Steigerung. Insofern wäre es viel interessanter, sich darauf zu konzentrieren, was eigentlich die »Referenz des anderen« – so möchte ich das jetzt nennen – jenseits des Marktes, jenseits der Steigerung, jenseits der Überbietung ist. So würde ich die Rolle der Kultur in diesem Kontext sehen.

Gleichwohl ist die Inszenierung kultureller Ereignisse, die Realisierung des »Unverfügbaren« mit Mobilität verbunden. Wenn Rockbands auf Tour gehen, sind manchmal mehrere Trucks mit Anlagen unterwegs, während in einem Stadion noch das Konzert läuft, wird im nächsten schon aufgebaut. Auch Welttourneen von Sinfonieorchestern erzeugen einen ökologischen »Footprint«. Kann das angesichts von Ressourcenverbrauch und Schadstoffemission so weiter gehen, oder gibt es einen Trend zurück zu Events im Nahbereich?
Das ist eher eine Frage der Qualität. Bei dem international arbeitenden Künstler Tino Sehgal gibt es z. B. keine einzige Arbeit mit materiellem Aufwand, und doch sind seine Arbeiten unfassbar eindrucksvoll. Das würde ich als richtige Entwicklungsrichtung ansehen. Eine »Biedermeierisierung« des Kulturbetriebs kann keine Perspektive sein.
Die Anstrengung für Kulturschaffende wäre eher, etwas anders zu machen bei dem, was sie tun. Da ich kein Künstler oder Musiker bin, kann ich kaum sagen, was das konkret sein könnte. Wenn ich es auf meine eigene Arbeit, wozu das öffentliche Auftreten gehört, beziehe, dann interessiert mich mittlerweile sehr, andere Elemente einzubringen – z. B. gemeinsam mit Lyrikerinnen oder Musikern aufzutreten, um diesem PowerPoint-Scheiß etwas entgegenzusetzen. Eine andere Dimension dessen, wie man kommuniziert, kulturell zu erschließen. Das finde ich viel spannender, als zu sagen: »Wir müssen jetzt CO2 einsparen im Kulturbetrieb«.

Gibt es einen Zusammenhang zwischen Coronapandemie und Klimawandel – hinsichtlich kultureller Auswirkungen? Die Pandemie war und ist einer der großen Treiber von Digitalisierung. Davon wird einiges dauerhaft bleiben – auch im Kulturbereich. Ist die nichtphysische Begegnung im virtuellen Raum ein Verlust von Kulturerlebnis oder eine Stärkung?
Ich denke, es ist eine radikale Schwächung. Der Kulturbetrieb, wie wir ihn kennen und schätzen und aus dem wir etwas ziehen, ist ein analoger Betrieb. Das ist die härteste und schmerzlichste Erkenntnis der vergangenen anderthalb Jahre. Auch die Hilflosigkeit, besonders am Anfang: »Na gut, dann zeigen wir unsere Inszenierungen eben im Netz« – das kann es auf Dauer nicht sein. Auch in meinem Beruf war Lehre zeitweilig nur online möglich. Ich habe versucht, meinen Studierenden klarzumachen: Diese Verhältnisse fordern eigene Antworten. Liefert eure Arbeitsergebnisse dem Medium angemessen ab. Ich möchte weder PowerPoint-Präsentationen noch vorgelesene Referate haben – denkt euch etwas aus, was ihr mit dieser Situation machen könnt. So ähnlich muss man wohl auch im Kunst- und Kulturbetrieb reagieren. Nicht nur in der Pandemie, sondern vielleicht auch angesichts des Klimawandels.

Wachsende Digitalisierung bedeutet auch wachsenden, quasi grenzenlosen Zugang zum weltweiten Kulturgeschehen. Im Ergebnis sieht man sehr viele Arbeiten, bei denen erkennbar ist, woran sie sich gerade orientieren – schadet das der Entwicklung wirklich eigener Ausdrucksformen und Inhalte?
Ich nenne das »Kunstmarktbetriebskunst«. Für einen bestimmten Teil des aufgeregten Marktes mag es kurzfristig interessant sein – ich möchte aber behaupten, das ist relativ schnell wieder weg, das überdauert nicht. Da ist – um noch mal an den Begriff anzuknüpfen – zu wenig »Unverfügbares« drin. Solche »Orientierungen« haben den Kulturbetrieb seit Beginn der bürgerlichen Gesellschaft ausgezeichnet, in unterschiedlichen Formen und Ausprägungen. Das globale Netz bedeutet sicherlich einen weiteren Schub. Aber: Was »Unverfügbarkeitsqualität« besitzt, ist zeitlos. Das ist ein old-fashioned-Argument, aber ich halte es für richtig. Theaterstücke, die vor 150 Jahren geschrieben wurden, Bilder, die vor 500 Jahren gemalt wurden, lassen sich als ungeheuer zeitgenössisch empfinden. Die genuine Qualität des »Unverfügbaren« widersetzt sich den Vereinnahmungen und Formatierungen des Restes. Gutes kann sich dem immer entziehen.

Welcher Problemdruck entsteht für Kulturschaffende, gerade wenn die nicht zu den gutsituierten ihrer jeweiligen Branche gehören, sondern so eben mit Ach und Krach und Selbstausbeutung über die Runden kommen? Wirkt Klimawandel, mit allen Folgekosten, existenzvernichtend?
Ganz sicher. Man könnte eine sehr schreckliche, empirische Studie über diejenigen verfassen, die durch die Auswirkungen der Pandemie in unglaubliche Nöte gekommen sind. Auch produktive Nöte: Was willst du als Musiker machen, wenn du nicht auftreten kannst? Alle performativen Künstler sind an dieser Stelle völlig im Eimer. Aber natürlich auch wirtschaftlich. Für die große Mehrheit der prekarisierten, schlecht Verdienenden war und ist das ein einziges Desaster.
Eine Prognose, ob sich das durch Klimakrise und ihre Auswirkungen fortsetzt, wäre sehr spekulativ. Wenn man es fatalistisch formuliert, werden wir starke wirtschaftliche Verwerfungen infolge der Wirkungen des Klimawandels sehen. Als Reaktion auf die Flutkatastrophe in Ahrweiler stellt die Bundesregierung 30 Milliarden zur Verfügung. Aber es ist doch klar, dass bei der nächsten, der dritten, fünften oder siebten Katastrophe das kein Bewältigungsmodus sein kann. Im Grunde ist es ein alter Hut: Von der Klimaökonomie wird seit zehn Jahren rauf und runter gebetet, dass die Kosten des Klimawandels für die Volkswirtschaften ungeheuer hoch sein werden.
Dann ist die Frage: Wo wird gespart werden? Und, wenn man sich zerstörte Gemeinden anschaut: Wo gibt es denn da noch Theater? Vernichtete Infrastruktur lässt sich auch nicht von heut auf morgen wieder herstellen.

Gibt es vor diesem Hintergrund eine Handlungspflicht öffentlicher Institutionen, durch Einsatz finanzieller Mittel den Kulturbetrieb auch in der Breite aufrechtzuerhalten?
Nein. Wir sind im Moment gesellschaftlich bzw. politisch in einem Stadium der »De-Realisierung«. Immer noch wird gesagt, es sei »5 vor 12«. Die Flutkatastrophe in NRW und Rheinland-Pfalz sei ein »Weckruf«, man müsse die Warnungen jetzt endlich mal hören. Das ist kompletter Blödsinn. Vor 50 Jahren gesagt, hätte es vielleicht noch die Qualität eines Weckrufs gehabt. Jetzt ist es aber Wirklichkeit. Indem ich so tue, als sei das alles doch gar nicht passiert, sondern eine Angelegenheit der Zukunft, derealisiere ich die Sachverhalte. Das gilt gesamtgesellschaftlich – also gesamtkulturell. Für mich als Sozialpsychologe ist dieser spektakuläre Fall einer kollektiven Wirklichkeitsverweigerung spannend. Wenn es nicht so schrecklich wäre, wäre es fast komisch. Das beste Beispiel ist – wir führen dieses Gespräch ja noch vor der Bundestagswahl – der Wahlkampf: Er geht nur um Fantasmen und irreale Angelegenheiten. Alle versichern sich gegenseitig, dass die Wirklichkeit noch die ist, die sie kennen. Durch die physikalische Realität und durch die biologische Realität z. B. des Artensterbens haben wir aber längst eine andere Situation. Zu der passt unsere Art der Wirklichkeitswahrnehmung und das Handwerkszeug in den politischen Werkzeugkästen überhaupt nicht mehr.

Könnten Künstler und überhaupt Kulturschaffende nicht aber gesellschaftliche »Agenten« sein, die die Wirklichkeitsverweigerung, wie Sie sie gerade beschrieben haben, erkennen, thematisieren und sie mit den Mitteln von Kunst und Kultur in die Gesellschaft einbringen? Von daher ließe es sich doch als eine Pflicht der organisierten Gesellschaft, sprich des Staates ansehen, diese kritische Substanz am Leben zu erhalten, auch durch finanzielle Absicherung?
Selbstverständlich, das würde ich sofort unterschreiben. Aber dann ist man sofort mitten im Verteilungsgetümmel, und wir wissen, wie hoch dort der Stellenwert des Kulturbetriebs zu veranschlagen ist. »Betriebsförmig« muss man sagen: Da hat Monika Grütters einen guten Job gemacht.
Sie hat die Kulturmittel verdoppelt – auch wenn sie nicht mal ein richtiges Ministerium hat. Das ist eine gute Sache, aber ändert nichts daran, dass auch der Kulturbetrieb dieselben Anteile von Begabten, Unbegabten, Realitätstüchtigen und Wirklichkeitsverweigerern aufweist, wie der Rest der Welt auch. Künstler sind ja keine besseren Menschen. Das gilt für den Wissenschaftsbetrieb genauso, wie für jedes gesellschaftliche Teilsystem.

Wenn also Kulturschaffende, aus schierer Existenznot heraus, sei es wegen der Pandemie oder zukünftig wegen Kosten des Klimawandels, Existenzsicherung durch öffentliche Finanzierung fördern würden, würden Sie solche Begehren nicht unterstützen?
Nein. Dabei kommt auch nichts heraus. In Österreich oder in den Niederlanden gab es in den 1970er und 1980er Jahren unfassbare Künstlerförderung. Irgendwann reichten die Speicherräume nicht mehr aus, um all die Kunst aufzunehmen, die quasi im staatlichen Auftrag produziert wurde. Das kann es nicht sein, und es wäre mir auch zu wenig.
Ich habe zu Beginn der Pandemie die täglichen Beobachtungen von Carolin Emcke gelesen. Sie hat darauf bestanden, dass man jetzt, unter diesen schwierigen Bedingungen, zeigen müsse, wie unverzichtbar Kultur für die Gesellschaft ist. Da habe ich gedacht: Das wollen wir doch mal sehen, wie stark und kreativ dieser Bereich tatsächlich ist. Ob diese Behauptung gesellschaftlicher Unverzichtbarkeit, mit der der Kulturbetrieb eigentlich seit Jahrhunderten hausieren geht, überhaupt einlösbar ist. Vielleicht sind wir ja schon längst in einem gesellschaftlichen Zustand, wo Menschen sagen: »Ach wisst ihr – das, was mein Smartphone kann, reicht mir völlig aus. Außerdem gibt's schon genug Kunst, ist ja seit Jahrtausenden produziert worden.« Man kann die Zumutungen von Pandemie und Klimawandel auch als Test für den Kunst- und Kulturbetrieb sehen. Ich bin mir nicht sicher, ob dieser Test bestanden wird.

Vielen Dank.

FOTO: PICTURE ALLIANCE / ANP | REMKO DE WAAL

Einschnitt in die Natur? Die Bollenstreek im Westen der Niederlande

Harald Welzer ist Soziologe, Publizist und Direktor von FUTURZWEI – Stiftung Zukunftsfähigkeit. Hans Jessen ist freier Publizist und ehemaliger ARD-Hauptstadtkorrespondent

Kulturelle Nachhaltigkeit

Eine Aufgabe für die kulturelle Bildung?

LEOPOLD KLEPACKI

Nachhaltigkeit ist eines der Megathemen unserer Zeit. Auch im Feld der kulturellen Bildung sind Nachhaltigkeitsthemen seit geraumer Zeit präsent. In diesem Kontext verweist die Landesvereinigung Kulturelle Bildung (LKB) Bayern in ihrem aktuellen Positionspapier explizit auf das Potenzial kultureller Bildung, einen Beitrag zur nachhaltigen Weiterentwicklung menschlich-kultureller Lebensformen leisten zu können. Das klingt griffig. Allerdings sind die Problemstellungen, die damit einhergehen, komplex. Dementsprechend ist aus Sicht der LKB Bayern für die Entwicklung dieses kulturpädagogischen Handlungsfeldes auch eine Theoriearbeit nötig, die einerseits systematisch klärt, was unter kultureller Nachhaltigkeit verstanden werden kann, und die andererseits reflektiert, welche konzeptionellen Konsequenzen die begriffliche Verbindung von kultureller Nachhaltigkeit und kultureller Bildung nach sich zieht. Die LKB Bayern sieht es vor diesem Hintergrund als eine ihrer zentralen Aufgaben an, als Transmissionsort an der Schnittstelle von Wissenschaft und praktischer Entwicklungsarbeit zu fungieren. Den inhaltlichen Bezugspunkt für die Entwicklung des Themenfeldes »Kulturelle Bildung und kulturelle Nachhaltigkeit« stellen für die LKB Bayern dabei theoretische Perspektiven dar, die am UNESCO Chair in Arts and Culture in Education der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg entwickelt wurden und die im Folgenden kurz skizziert werden sollen:

In einer kulturtheoretischen Lesart ist in Bezug auf Nachhaltigkeit insbesondere die Frage relevant, wie etablierte Muster und Organisationsformen menschlicher Praxis so transformiert werden können, dass (Zukunfts-)Möglichkeiten menschlicher Existenz eröffnet werden bzw. (zukunfts-)verengende kulturelle Praktiken – beispielsweise regressive Reaktionen auf kulturelle Transformationsprozesse, affirmative Traditionskonstruktionen oder das Postulieren nationalistischer Formen von Leitkultur – durch alternative kulturelle Praxisformen abgelöst werden.

Es geht um die Veränderung menschlicher Praxis und diese Praxis ist eben eine kulturelle

Es geht also um die Veränderung menschlicher Praxis und diese Praxis ist eben eine kulturelle, d. h. eine durch kollektive Formgefüge und Sinnsysteme organisierte Praxis. Kulturelle Bewahrung ist dabei auch ein zentraler Aspekt von nachhaltiger kultureller Praxis, aber nicht im Sinne einer Archivierung, sondern insofern, als dass das Tradierte immer wieder neu auf seine Gegenwarts- und Zukunftsfähigkeit hin zu befragen und zu legitimieren ist.

Nachhaltige kulturelle Praxis wäre damit erstens eine kritisch-konstruktive Praxis, die darauf hinweist, dass den Menschen die Effekte ihrer kulturellen Existenzweise immer wieder auch zum Problem werden können, zweitens eine beständige Arbeit an der Transformation kultureller Formen, Orientierungen, Werte und Praktiken im Hinblick auf die Eröffnung von Zukunftsmöglichkeiten und damit drittens eine kulturelle Suchbewegung. Dementsprechend bezieht sich nachhaltige kulturelle Praxis nicht nur auf ökologische, ökonomische und soziale Aspekte im engeren Sinn, sondern auch auf ethische und ästhetische Dimensionen, da es um die Behandlung von Fragen der Gestaltung von Formen der kulturellen Existenzweise des Menschen und damit z. B. um Lebensstilfragen geht. Für die Behandlung solcher Fragen sind kulturelle Freiräume nötig, die ein Erproben, Testen, Variieren und Verwerfen kultureller Form- und Praxisentwürfe erlauben.

Kulturelle Bildung eröffnet die Chance, dass Kultur in einer reflexiven Art und Weise gegenständlich wird

Genau hier zeigt sich nun auch das spezifische Potenzial einer kulturellen Bildung, die nicht auf künstlerische Felder bzw. auf den Kultursektor einer Gesellschaft beschränkt ist: Kulturelle Bildung bietet Möglichkeiten der sinnlich-körperlichen Erkundung, der spielerischen Exploration und ästhetisch-experimentellen Variation kultureller Formen und eröffnet darüber die Chance, dass Kultur in einer reflexiven Art und Weise gegenständlich wird. Kulturelle Bildungsprozesse wären damit solche Bildungsprozesse, in denen der kulturelle Formaspekt menschlicher Praxis bzw. die symbolischen Ordnungen dieser Praxis zum Thema wird.

Das mag sehr abstrakt klingen, doch wenn Bildung für eine nachhaltige kulturelle Praxis entwickelt werden soll, dann bedarf es auch Formen von Bildung, die alltagskulturelle Muster, Traditionen und Praktiken befragbar und veränderbar werden lassen: Von Wohnkultur, Ernährungskultur und Kleiderkultur über Fragen der Gestaltung öffentlicher Interessen, sogenanntes Public Interest Design, bis zu hin zu den großen kulturellen Transformationsdynamiken wie z.B. Digitalisierung oder den Effekten des ästhetischen Kapitalismus.

Leopold Klepacki ist Privatdozent und Akademischer Direktor am Lehrstuhl für Pädagogik mit dem Schwerpunkt Kultur und ästhetische Bildung des Instituts für Pädagogik der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg sowie stellvertretender Vorsitzender der Landesvereinigung Kulturelle Bildung Bayern

FOTO: PICTURE ALLIANCE / THOMAS EXEL / PICTUREDESK.COM | THOMAS EXEL

Durch mehrere Seilbahnanlagen ist der Gletscher Rettenbachferner für den Wintersport erschlossen – eine große Belastung für die Umwelt

Mehr als nur Industriepolitik

Drei Fragen an Kai Niebert

Der Kultur- und der Naturbereich stehen seit Jahren im engen Austausch zur Gestaltung einer nachhaltigen Gesellschaft. Kai Niebert, Präsident des Deutschen Naturschutzrings, gibt Einblick in die gemeinsame Debatte und zeigt, welche Rolle Kultur für die Arbeit des Naturschutzes spielt.

Was tut der Deutsche Naturschutzring aktuell für mehr Nachhaltigkeit? Welche Rolle spielt dabei die Kultur für Ihre Arbeit?

Klimakrise, Artensterben, Corona – drei Krisen, die aus der Umwelt kommen und tief in die Gesellschaft eingedrungen sind. Die eine wie die andere Krise werden Spuren hinterlassen. Die Frage ist, ob wir es schaffen, gemeinsam und gestärkt aus den Krisen hervorzugehen.
Allein die Lösung der Klimakrise, die Schaffung einer klimaneutralen Gesellschaft bis 2045 wird bisherige Lebensmodelle verändern. Die zeitliche wie räumliche Dimension zeigt: Der Weg in die Klimaneutralität muss kurz sein – und er wird steinig. Zwar wird das Leben in der Klimaneutralität ein besseres, gesünderes und nachhaltigeres sein. Aber bis dahin werden uns Veränderungen erwarten. Bis hierher hat die Energiewende hinter der Steckdose stattgefunden: Kohle- und Atomstrom wurden gegen Wind- und Sonnenstrom ausgetauscht. Der Strom hingegen war der gleiche, unsere Lebensstile waren nicht betroffen. Die nächsten Schritte auf dem Weg in die Klimaneutralität werden aber konkrete Auswirkungen haben – bei uns zu Hause, in unserem Leben, auf unserer Arbeit.
Genau hier liegt unsere Rolle als Dachverband der Umwelt-, Natur- und Tierschutzverbände: Während diese den Wandel mit großen Kampagnen und mit viel Geduld vorantreiben, knüpfen wir die Netzwerke zu Kirchen, Gewerkschaften, Jugendverbänden und zum Deutschen Kulturrat, um ein Gespür dafür zu entwickeln, wie weit Gesellschaft gehen muss und kann. Wir wollen keine faulen Kompromisse, sondern einen echten Interessenausgleich.
Kultur und ihre Akteure haben immer wieder neue Lösungswege aufgezeigt, indem alte Denkmuster aufgebrochen und Freiräume für neue Möglichkeiten des Dialogs und Miteinanders geschaffen wurden.
Die Kultur der Künste wie auch die Alltagskultur sind in der Lage, die Vielfalt unserer pluralen Gesellschaft abzubilden und Inklusion aller gesellschaftlichen Gruppen zu leisten. Diese Wirksamkeit braucht es auch in der Umweltpolitik. Wir benötigen eine Änderung der Kultur der politischen Debatte, wie auch das Bundesverfassungsgericht in seinem wegweisenden Beschluss vom Frühjahr 2021 deutlich gemacht hat: Die Wahrung der Freiheitsrechte künftiger Generationen erfordert einen ehrlichen Interessenausgleich, der die notwendigen Maßnahmen für eine nachhaltigere Gesellschaft klar benennt.

Was kann der Kulturbereich vom Naturschutzbereich lernen, um mehr Nachhaltigkeit zu befördern?

Kultur ist ständiger Wandel, ist produktiv, ist Neues erschaffen und Altes bewahren. Ich glaube, dass es der Naturschutz ist, der hier sehr viel von der Kultur lernen kann – und muss. Ein Beispiel: Wir haben in Jahrhunderten des Wirtschaftens, der Landwirtschaft, der Gründung von Gesellschaften und Städten aus unseren Naturlandschaften Kulturlandschaften gemacht. In ganz Mitteleuropa gibt es keine Urwälder mehr, wir leben heute sprichwörtlich im Anthropozän, der Menschenzeit. Nun steht genau diese Kulturlandschaft wieder vor einem Wandel. Schauen wir uns z. B. den Stopp der Klimakrise an. Dieser wird unsere Kulturlandschaften massiv verändern. Windräder und Solaranlagen werden bald nahezu überall zum Landschaftsbild dazugehören. Das ist eine Wahrheit, die man auch einmal aussprechen muss, vor der aber auch wir Naturschützer uns gerne einmal drücken.
Damit kommt uns eine besondere Verantwortung zu, diese Kulturlandschaften zu erhalten und behutsam zu entwickeln, um den anhaltenden Verlust der Artenvielfalt zu verhindern. Gleichzeitig wird immer deutlicher, dass wir Natur auch Natur sein lassen müssen. Zu einer zentralen Aufgabe im Naturschutz gehört also, dass wir Wildnisgebiete erhalten oder wieder herstellen und uns als Mensch bewusst aus den dynamischen, unberechenbaren Prozessen der Natur heraushalten.
Zur Wahrheit gehört, dass das eine Einladung sein kann, unsere Kultur im Naturschutz zu reflektieren. Naturschutz ist – meist – ein zutiefst konservatives Anliegen: Bewahren, was ist, und schaffen, was einmal war. Doch wenn es keine Naturlandschaft, sondern eine Kulturlandschaft ist, die wir schützen; wenn wir also eine Landschaft schützen, die wir selber geschaffen haben: Was bedeutet das dann für den Naturschutz? Was muss er bewahren, wo darf er Veränderungen zulassen und wo darf er aktiv gestalten? Welche Verantwortung haben wir, wenn diverse bedrohte Arten sich erst in diesen Kulturlandschaften ansiedeln konnten, für diese Arten?
Der notwendige Umbau unserer Energieversorgung hat zur Folge, dass sich unsere Kulturlandschaften verändern werden, was vielfach auf deutliche – kulturelle – Vorbehalte stößt. Hier können, wollen, müssen wir vom Kulturbereich lernen, um die Menschen auf diesem Weg mitzunehmen.

Was fordern Sie als Präsident des Deutschen Naturschutzringes für mehr kulturelle Nachhaltigkeit jetzt von der Politik?

So wie Nachhaltigkeit sich durch alle Bereiche unseres Lebens zieht, prägt auch die Kultur all unsere Lebensbereiche. Eine erfolgreiche Umgestaltung zu einer sozial und ökologisch nachhaltigen Gesellschaft ist ein industriepolitisches, aber eben auch ein gesellschaftspolitisches Projekt. Beide Projekte sind ohne eine entsprechende kulturelle Begleitung nicht wandelbar. Ich erwarte von politischen Entscheidungsträgern daher die Erkenntnis, dass Transformation mehr ist als nur Industriepolitik. Ein Gesellschaftsvertrag braucht die kulturelle Dimension, um die Vielfalt unserer pluralen Gesellschaft erfassen, abbilden und die Inklusion marginalisierter Gruppen leisten zu können, damit wir tatsächlich sozial und ökologisch gerecht sowie nachhaltig werden.

Kai Niebert ist Präsident des Deutschen Naturschutzrings

»Heute tanzen alle jungen Leute …«

Spitzentanz, Staatliches Dorfensemble und der Lipsi im Wettstreit der Systeme

PATRICK PRIMAVESI

Alles sollte seine Ordnung haben im sozialistischen Staat. So wurde in der DDR auch das Tanzen ideologisch verpflichtet, als kulturelle Praxis, als Kunstform und als Körpertechnik. Bis hin zur Manifestation eines nationalen Volkskörpers bei politischen Veranstaltungen und repräsentativen Bühnenaufführungen unterlagen alle Bereiche von Tanz einer weitgehenden Kontrolle und Instrumentalisierung durch die Kulturpolitik. Während Ballett und Tanztheater auf den zahlreichen Bühnen der Republik als Bestandteil sozialistischer Unterhaltungskultur zu sehen waren, erfüllten Folklore und Massenchoreografien auch explizit ideologische Funktionen im »künstlerischen Volksschaffen«. Schließlich sollte der neu gegründete Staat seine eigenen Formen von Ballett, Volkstanz und Gesellschaftstanz präsentieren und damit eine ideale, sozialistisch geprägte Gemeinschaft verkörpern. Das Bemühen um die staatliche Instrumentalisierung, Steuerung und Überwachung von Tanz umfasste allerdings auch die Dokumentation und Erforschung von Traditionen. So wurde 1957 am Zentralhaus für Volkskunst in Leipzig ein Tanzarchiv gegründet und unter Leitung von Kurt Petermann (1930-1984) schrittweise zum »Tanzarchiv der DDR« erweitert, dessen Bestände heute in der Universitätsbibliothek Leipzig aufbewahrt werden.

Unmittelbar nach Kriegsende wurde im Tanz zunächst noch angeknüpft an die früheren, oft nur für wenige Monate unterbrochenen Aktivitäten. In der Sowjetischen Besatzungszone lebten viele Vertreterinnen des modernen Ausdruckstanzes, die nach dem Krieg ihre Ausbildungstätigkeit vorerst in privaten Tanzschulen fortsetzten und auch weiterhin auftraten. Mary Wigman unterrichtete und choreografierte noch bis 1949 in Leipzig, Gret Palucca und Dore Hoyer zeigten ihre Choreografien in Dresden, Marianne Vogelsang in Berlin. Henn Haas gründete 1945 sein »Theater des Tanzes«, das als frühe Form des ostdeutschen Tanztheaters gilt. Auch der »rote Tänzer« Jean Weidt kehrte 1948 aus dem Exil nach Berlin zurück und gründete das Dramatische Ballett der Volksbühne, das 1950 von Aenne Goldschmidt übernommen und später mit einer Ausrichtung auf Volkstanz in das Staatliche Tanzensemble der DDR überführt wurde. In dieser Anfangszeit wurden häufig noch Choreografien der Vorkriegszeit aufgeführt, etwa durch Tatjana Gsovsky, die von 1945 bis 1951 das Ballettensemble der Deutschen Staatsoper in Berlin leitete.

Richtlinien für die politische Instrumentalisierung von Tanz waren mit der sozialistischen Auffassung von Kultur vorgegeben. Dabei wurden die Bezüge zur Laienkunstpraxis der Arbeiter- und Bewegungschöre der Weimarer Republik, zum Ausdruckstanz sowie zur Instrumentalisierung von Volkstanz und Massenchoreografien im Nationalsozialismus verschleiert, d. h. im Sinne einer neuen sozialistischen Tanzkultur ideologisch angepasst. Wegweisend dafür war die vom Zentralkomitee der SED im März 1951 beschlossene Zurückdrängung des »Formalismus« in den Künsten, die vor allem den Ausdruckstanz betraf, der als formalistisch und elitär verurteilt wurde. Im Zeichen des sozialistischen Realismus wurde auch Volkstanz zentral organisiert, wie die Gründung des Staatlichen Dorfensembles der DDR – seit 1972 Staatliches Folklore Ensemble – zeigt, das in Gastspielen weit über die DDR hinaus als neue Volkskunst präsentiert wurde. Für den klassischen Bühnentanz galt das sozialistisch-realistische Handlungsballett als Ideal, mit Themen von der Kollektivierung der Landwirtschaft über die allgemeine Umgestaltung der Produktionsverhältnisse bis hin zur Rassendiskriminierung in den westlichen Industriestaaten oder zu der nuklearen Bedrohung des Weltfriedens. Solche konkreten Inhalte konnten aber kaum ohne Rückgriff auf die Mittel des Ausdruckstanzes zur Darstellung gebracht werden, sodass es im Ballett immer wieder zu Kombinationen aus klassischen und modernen Elementen kam.

Die kulturpolitischen Ziele, die im Tanz realisiert werden sollten, erforderten eine besondere, sozialistisch geprägte Tanzausbildung. Mit dem Aufbau von drei zentralen Schulen – Palucca-Schule Dresden 1949, Staatliche Ballettschule Berlin 1951, Fachschule für Tanz in Leipzig 1966 – wurde der moderne Tanz zurückgedrängt. Zumindest Gret Palucca versuchte an ihrer Schule quer zur offiziellen Doktrin den »Neuen Künstlerischen Tanz« weiter zu führen, wofür sie sich immer wieder zu rechtfertigen hatte. Vorbild für das Ausbildungssystem der Ballettschulen der DDR war jedoch die russische Lehrmethode, in der Weiterentwicklung von Agrippina J. Waganowa. Schon während der Ausbildung wurden die Tanzschüler als Eleven in Bühnenproduktionen eingebunden und nach ihrem Abschluss den Ensembles der Republik zugeteilt. Die virtuosen »Klassiker« wurden zumeist an die Berliner Staatsoper vermittelt, Tänzer mit Showqualitäten kamen zum Fernsehballett, zum Friedrichstadtpalast, ans Metropoltheater in Berlin, ans Haus der heiteren Muse in Leipzig oder an die Staatsoperette in Dresden. Die anderen wurden in der Provinz verteilt, eine freie Szene im heutigen Sinne gab es nicht. Mit der klassischen, eigentlich feudal geprägten Kunstform des Balletts pflegte die Kulturpolitik der DDR ein glänzendes Aushängeschild. Bei Gastspielen auch im westlichen Ausland, die dem Staat hohe Deviseneinnahmen verschafften, sollten die Tänzer zugleich die Überlegenheit des sozialistischen Systems demonstrieren. Wie bei Spitzenleistungen im Sport befand sich die DDR mit dem Tanz im Wettstreit der Systeme. So prägten die Normierung und Perfektionierung des Körpers, andererseits die Repräsentation des Sozialismus die Praxis. Gastauftritte und Tourneen wurden seit den 1970er Jahren aber auch für Fluchtversuche genutzt, daher zunehmend von der Stasi kontrolliert.

Insgesamt unterscheidet sich die Entwicklung des künstlerischen Tanzes in der DDR durchaus von der in Westdeutschland, wo anknüpfend an den modernen Tanz das Tanztheater von Pina Bausch entstand, mit einer eigenen Arbeitsweise, Ästhetik und Dramaturgie. Tanztheater in der DDR meinte eher Handlungsballett mit einer im Sinne des sozialistischen Realismus verstandenen, allerdings auch auf innere Zustände bezogenen Fabel. Wegweisend dafür war der Choreograf Tom Schilling, der noch von Wigman und Hoyer unterrichtet worden war und ab 1965 das Tanztheater an der von Walter Felsenstein geleiteten Komischen Oper in Berlin etablieren konnte. Daran war auch Jean Weidt beteiligt, mit seiner überwiegend aus Laien bestehenden Gruppe junger Tänzer. Zugleich organisierte Weidt »Die Stunde des Tanzes« als regelmäßiges Forum für die Arbeiten des Tanznachwuchses. Mit den pädagogischen Impulsen von Palucca entwickelte sich in den 1970er Jahren eine neue Choreografen-Generation, mit Arila Siegert, Dietmar Seyffert, Enno Markwart, Harald Wandtke, Mario Schröder, Irina Pauls, Birgit Scherzer, Stephan Thoss, Silvana Schröder, Gregor Seyffert u. v. m., die noch heute den Bühnentanz in Deutschland mitprägen.

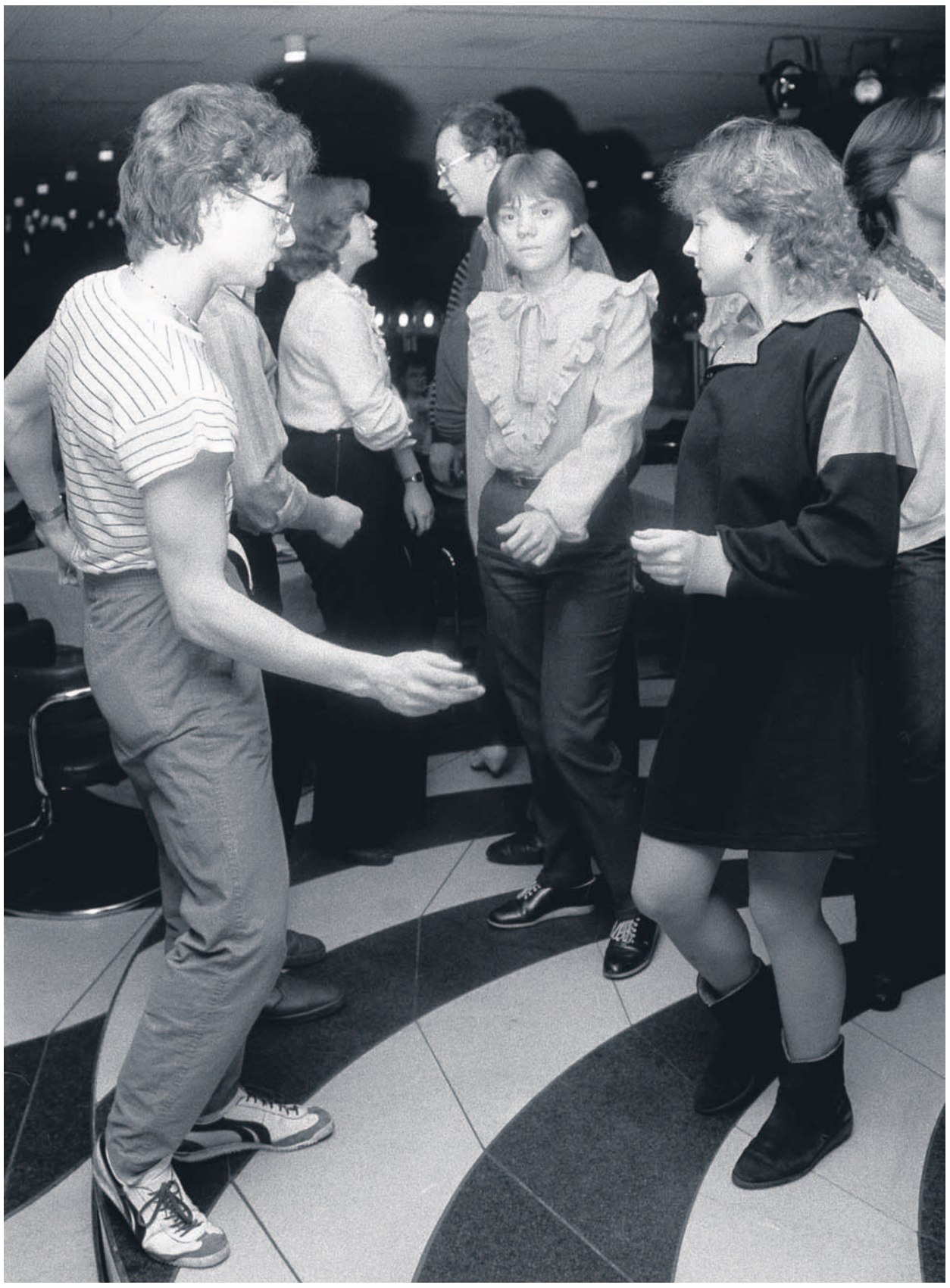


FOTO: PICTURE ALLIANCE/ZB | REINHARD KAUFHOLD

Jugendliche tanzen in der Diskothek im Palast der Republik in Berlin

In Freizeitgestaltung und Musikgeschmack hatten die DDR-Bürger, trotz oder gerade wegen allzu vieler »verordneter« Aktivitäten ihre eigenen Präferenzen, wobei die Orientierung am Westen kaum zu vermeiden war. Auch der Gesellschaftstanz wurde in der DDR bald als staatliches Interessengebiet begriffen, was zu Kampagnen gegen »westliche Modetänze« und zur Erfindung sozialistischer Gegenmodelle führte. Bei der Tanzmusikkonferenz 1959 in Lauchhammer wurde der neue Paartanz »Lipsi« vorgestellt, den das Leipziger Tanzlehrerpaar Christa und Helmut Seifert als Alternative zu Rock 'n' Roll und Twist im Staatsauftrag entwickelt hatte. Der Lipsi zeigte, wie im sozialistischen Sinne »richtig« zu tanzen sei. Bald schon kam es zu Demonstrationen von Jugendlichen, die sich gegen diese Bevormundung im Kampf der Systeme wehrten, der sich dann vor allem im Bau der Mauer manifestierte. Wie sehr der Lipsi-Tanz als eine »reine Propagandasache«, so Hans Bentzien, damals Mitglied der Kulturkommission beim SED-Politbüro, von der Realität entfernt war, veranschaulicht ein Puppentrickfilm von Peter Blümel: »Mr. Brown aus USA« (1960). Da lernt ein Messegast in Leipzig den Lipsi kennen und bringt ihn mit nach Hause, wo sich die amerikanische Jugend schnell dafür begeistert. Dieser überzogene Anspruch auf allgemeine Geltung prägte auch die einschlägigen Songtitel: »Heute tanzen alle jungen Leute im Lipsi-Schritt, nur noch im Lipsi-Schritt« (1958), Lipsi Nr. 1 oder Messe-Lipsi.

In den 1980er Jahren hat sich die kulturpolitische Strategie nochmals gewandelt: Nun wurden in der DDR plötzlich Breakdance und Hip-Hop als Symbole westlicher, antikapitalistischer Protestkulturen geduldet und sogar durch Tanzkurse gefördert. Umgekehrt wurden Folklore und Volkstanz, die zur (Selbst-)Repräsentation des sozialistischen Staates inzwischen kaum mehr taugten, als eine subversiv gewordene Bewegung »von unten« durch die staatlichen Organe misstrauisch beobachtet, im Sommer 1989 – etwa bei einem Festival in der Leipziger Innenstadt – sogar gewaltsam unterdrückt. Als schließlich auf der Berliner Mauer getanzt wurde, schien die körperpolitische Disziplinierung der DDR-Bevölkerung erst einmal überwunden. Nach dem Jubel der Wiedervereinigung folgte im Osten allerdings eine Zeit der Straßenschlachten, in denen Jugendliche sich plötzlich gegenseitig bekämpften und die Aggression gegen alles als fremd Empfundene eskalierte. Dass solche Konflikte mit den Mitteln des Tanzes allein nicht zu lösen sind und eher noch deutlicher hervortreten – dadurch vielleicht aber auch anders wahrgenommen und bearbeitet werden können – ist bereits eine Erfahrung gesamtdeutscher Geschichte und Verantwortung.

Patrick Primavesi ist Professor für Theaterwissenschaft an der Universität Leipzig und im Vorstand des Tanzarchivs Leipzig

ZUR RUBRIK

In der Beitragsreihe »Ost-West-Perspektiven« werden anlässlich des 30. Jahrestages des Mauerfalls im Jahr 2019 bis zum ebenfalls 30-jährigen Jubiläum der Wiedervereinigung im vergangenen Jahr Beiträge publiziert, die historische Ereignisse aus DDR und BRD thematisieren, den innerdeutschen Gemütszustand nach der Wende erkunden, persönliche Perspektiven aus Ost und West schildern sowie vieles mehr. Alle bisher in Politik & Kultur erschienenen Beiträge aus dieser Reihe stehen hier zum Nachlesen bereit: bit.ly/2XJS5KE

Stellungnahme

Deutscher Kulturrat plädiert für faire und angemessene Vergütung von Solo-Selbständigen im Kulturbereich

Berlin, den 07.07.2021. In der Corona-Pandemie wird offensichtlich, dass sehr viele Solo-Selbständige im Kultur- und Medienbereich nur äußerst geringe Einkommen erwirtschaften und daher, wenn Aufträge entfallen, unmittelbar in existenzielle Not geraten. Was jetzt deutlich zutage tritt, ist aber nicht neu, sondern ein strukturelles Problem. Die Vergütung vieler Solo-Selbständiger aus der Kultur- und Medienbranche ist unzureichend – dies gilt im Übrigen auch für viele unständig Beschäftigte, kurz befristet Beschäftigte oder andere im Kultur- und Medienbereich Tätige. In dieser Stellungnahme konzentriert sich der Deutsche Kulturrat, der Spitzenverband der Bundeskulturverbände, auf die Solo-Selbständigen.

Der Deutsche Kulturrat hat sich schon im Jahr 2015 das erste Mal mit seiner Stellungnahme »Freiberufliche Leistungen im Kulturbereich angemessen vergüten« positioniert. Mit dieser Stellungnahme aktualisiert und präzisiert er seine Forderungen. Wie in der o.g. Stellungnahme geht er dabei nicht auf Gemeinsame Vergütungsregeln gemäß § 36 Urheberrechtsgesetz ein, die festlegen, dass Mindeststandards für angemessene Vergütungen zwischen Vereinigungen von Urhebern mit Vereinigungen von Werknutzern oder einzelnen Werknutzern vereinbart werden können.

Arbeiten im Kultur- und Medienbereich

Die Arbeitswelt im Kultur- und Medienbereich ist durch unterschiedliche Formen der Erwerbstätigkeit geprägt. Im Vergleich zu anderen Branchen zeichnet sie sich durch einen hohen Anteil an Selbständigen unter den Erwerbstätigen aus. Diejenigen, die die Kriterien erfüllen, sind in der Künstlersozialversicherung versichert. Dies gilt auch dann, wenn die Betreffenden für längere Zeit ausschließlich für einen Auftraggeber arbeiten, weil der Umfang des Auftrags dies gebietet. Überdies gehört die Selbständigkeit zum Selbstverständnis von vielen Künstlerinnen und Künstlern. Des Weiteren brauchen Kultur- und Medienunternehmen bzw. Kultur- und Bildungseinrichtungen im Wechsel verschiedene inhaltlich prägende und hoch spezialisierte Persönlichkeiten für begrenzte Zeiträume und spezifische Aufgaben. Der projektbezogene Einsatz wechselnder Freiberuflerinnen und Freiberufler ist daher üblich. Er darf allerdings nicht dazu führen, Tätigkeiten, die üblicherweise von angestelltem Personal ausgeübt werden, aus Kostengründen auf Freiberuflerinnen und Freiberufler auszulagern und dadurch sozialversicherungspflichtige Beschäftigung abzubauen sowie Strukturen der Scheinselbständigkeit zu entwickeln.

Der Deutsche Kulturrat setzt sich für gute Arbeitsbedingungen im Kultur- und Medienbereich ein. Solo-Selbständige haben ähnlich anderen Selbständigen, Freiberuflern und abhängig Beschäftigten das Recht und den Anspruch auf angemessene Vergütung.

EU-Wettbewerbsrecht

Derzeit steht das EU-Wettbewerbsrecht Kollektivverhandlungen von Solo-Selbständigen zur Durchsetzung fairer und angemessener Vergütungen entgegen. Davon ausgenommen sind lediglich Regelungen im Urheberrecht, die ausdrücklich kollektive Vereinbarungen zulassen. Die Generaldirektion Wettbewerb hat im Jahr 2021 ein Konsultationsverfahren (Collective bargaining agreements for self-employed – assessing the scope application of EU competetion rules) durchgeführt, ob und inwieweit das EU-Wettbewerbsrecht dahingehend geändert werden soll, dass Honorarregelungen im Rahmen von Kollektivverhandlungen von Solo-Selbständigen getroffen werden können. Der Deutsche Kulturrat begrüßt diesen Vorstoß der Generaldirektion Wettbewerb und hat hierzu konkret am 28.05.2021 Stellung bezogen.

Der Deutsche Kulturrat fordert die Bundesregierung auf, sich auf der europäischen Ebene für die Initiative der Generaldirektion Wettbewerb einzusetzen, um eine Verbindlichkeit von Vergütungs- und Honorarregelungen zu ermöglichen. Diese Möglichkeiten müssen im Anschluss an eine europäische Regelung in nationales Recht übersetzt werden, so dass Gewerkschaften und Verbände für Solo-Selbständige über die urheberrechtlichen Regelungen hinaus Vergütungs- und Honorarregeln aufstellen können.

Wert künstlerischer und kultureller Arbeitsleistungen

Viele drücken ihre Wertschätzung gegenüber Kunst und Kultur im Allgemeinen sowie den in diesem Bereich Tätigen im Besonderen in anerkennenden Worten zur Reflexions- und Gestaltungskraft von Kunst und Kultur aus. Sie basiert auf der Arbeit von Künstlerinnen und Künstler sowie anderen Kulturakteuren, deren Leistungen fair und angemessen vergütet werden müssen. Solo-Selbständige zählen ebenso wie Unternehmen aus dem Kultur- und Medienbereich zur Kultur- und Kreativwirtschaft und müssen einen ökonomischen Ertrag aus ihrer Arbeit ziehen können. Ihre kreativen Leistungen sind die Grundlage für die weitere Wertschöpfungskette in der Kultur- und Kreativwirtschaft sowie im öffentlich finanzierten Kultursektor.

Künstlerische und kreative Tätigkeiten sind Arbeit. Sie verlangen oftmals eine lange Ausbildung, auf die in einigen Berufen bereits im Kindesalter vorbereitet wird. Zur künstlerischen Arbeit gehört die stetige weitere Auseinandersetzung mit dem Material, den Ausdrucksformen und aktuellen Entwicklungen. In der Vergütung von Solo-Selbständigen muss sich auch das unternehmerische Risiko und die hohe Unsicherheit künstlerischer und kreativer Arbeit widerspiegeln. Die angemessene Vergütung der Leistungen von Solo-Selbständigen muss daher eine Selbstverständlichkeit sein. Dazu gehört beispielsweise auch, dass Präsentationen, Konzeptionen, Beratungen sowie künstlerische Leistungen im Kontext von Ausstellungen vergütet und bei Ausfall von Veranstaltungen die vereinbarten Honorare bezahlt werden.

Ferner müssen künstlerische und kreative Leistungen, die im digitalen Raum präsentiert werden, fair und angemessen vergütet werden. Im Kontext der Corona-Pandemie hat die digitale Präsentation künstlerischer und kreativer Arbeit noch einmal an Bedeutung gewonnen. Die Monetarisierung gelingt allerdings bislang völlig unzureichend.

Ein großer Teil der Solo-Selbständigen aus dem Kultur- und Medienbereich erzielt ein sehr geringes Einkommen. Dies wurde vom Deutschen Kulturrat in diversen Studien belegt – zuletzt im Jahr 2020 in »Frauen und Männer im Kulturmarkt«. Dieser Sachverhalt trifft auch auf das Jahr 2021 zu, in dem die in der Künstlersozialkasse versicherten Künstler und Publizisten ein Jahresdurchschnittseinkommen von 16.737 Euro gemeldet haben. Dem jüngsten Kultur- und Kreativwirtschaftsbericht der Bundesregierung aus dem Jahr 2020 ist zu entnehmen, dass die Mehrzahl der Selbständigen dieser Branche einen Umsatz unter 17.500 Euro im Jahr erzielen. Beide Durchschnittswerte zeigen an, dass ein Problem in der Vergütung von Solo-Selbständigen besteht.

Die Verbesserung der Einkommenssituation ist daher aus Sicht des Deutschen Kulturrates die zentrale Stellschraube, um die soziale und wirtschaftliche Lage von Solo-Selbständigen zu verbessern. Denn sie hat auch einen unmittelbaren Einfluss auf deren soziale Absicherung.

- Der Deutsche Kulturrat fordert darum, dass die Sicherung einer angemessenen Vergütung für Selbständige im Kultur- und Medienbereich in den Mittelpunkt der kulturpolitischen Aktivitäten von Bund, Ländern und Kommunen gerückt wird. Darüber hinaus müssen die Rahmenbedingungen, speziell in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, verbessert werden.

Branchenspezifik berücksichtigen

Generell ist zu beachten, dass es sich bei der Vergütung Solo-Selbständiger sowohl beispielsweise um einen Stundensatz, Tagessatz, Seiten- oder Zeilenhonorare als auch um die pauschale Vergütung eines Werkes oder einer Dienstleistung handeln kann. Eine Vergütung bezieht sich auch auf die Projektentwicklung. Die Einräumung von Nutzungsrechten ist entweder gesondert zu vergüten oder bei der Höhe der Vergütung angemessen zu berücksichtigen. Ferner ist zu berücksichtigen, dass Selbständige mit ihren Einnahmen Betriebskosten wie bspw. ein Büro, Versicherungen, Mobilitätskosten usw. finanzieren müssen und im Vergleich zu Angestellten während ihres Urlaubs oder einer Krankheit keine Einnahmen haben. Die Vergütung künstlerischer und kreativer Leistungen beinhaltet daher verschiedene Komponenten.

Die verschiedenen künstlerischen und kreativen Leistungen setzen je nach Sparte unterschiedliche Vorleistungen voraus. Verschiedene Berufsverbände und Gewerkschaften haben unverbindliche Honorarempfehlungen für die jeweiligen Sparten oder Branchen erarbeitet. In ihnen wird in der Regel erläutert, welche Leistungen mit dem jeweiligen Entgelt abgegolten sind und für welche gegebenenfalls zusätzliche Vereinbarungen getroffen werden müssen. Diese branchenspezifischen Empfehlungen zeichnen sich dadurch aus, dass sie von der Expertise der jeweiligen Akteure und der Kenntnis des Marktes geprägt sind. Sie erlauben eine realistische Einschätzung von Angeboten oder von Projektanträgen und tragen damit zur Transparenz bei. Auftraggeber und Zuwendungsgeber können so Angebote besser einschätzen.

- Der Deutsche Kulturrat regt an, dass die Branchenverbände von Solo-Selbständigen der Kultur- und Medienbranche, die noch keine Honorar- bzw. Vergütungsempfehlungen formuliert haben, dies nachholen. Auf diese Vorarbeit könnte aufgebaut werden, wenn marktwirksame Honorar- oder Vergütungsregelungen nach EU-Recht zulässig sind.

Verantwortung aller

Alle, die künstlerische oder kreative Leistungen nutzen oder beauftragen, müssen diese fair und angemessen vergüten. Dieser Grundsatz gilt gleichermaßen für Vereine, privatwirtschaftliche Unternehmen aller Branchen, die öffentliche Hand, die Digitalwirtschaft, aber auch für Privatpersonen, die beispielsweise für eine Feier Künstlerinnen oder Künstler beauftragen.

Vorbild: öffentliche Hand

Die öffentliche Hand steht in einer besonderen Verantwortung. Sie muss gewährleisten, dass bei den Aufträgen oder Zuwendungen eine angemessene Vergütung vorgesehen ist. Sollte dies nicht der Fall sein, muss eine Überarbeitung von Kosten- und Finanzierungsplänen angefordert werden. Im Ergebnis sollten nur solche Förderanträge genehmigt oder Aufträge erteilt werden, in denen eine angemessene Vergütung aller Beteiligten vorgesehen ist.

- Der Deutsche Kulturrat fordert, dass die öffentliche Hand eine Vorbildfunktion bei der Vergütung von Solo-Selbständigen übernimmt. Ähnlich wie Aufträge nur an Unternehmen vergeben werden, die sich tariftreu verhalten oder zumindest den Mindestlohn einhalten, sollte auch bei der Vergütung von Solo-Selbständigen eine angemessene und faire Vergütung Fördervoraussetzung oder Grundlage für die Beauftragung sein. Soweit hieraus Mehrkosten entstehen, müssen die Kulturetats von Bund, Ländern und Kommunen entsprechend angepasst werden. Eine unzureichende Kulturfinanzierung darf nicht auf dem Rücken von Solo-Selbständigen ausgetragen werden.

Kurz-Schluss

Wie ich einmal – vor mich hinmodernd – versuchte, den politisch verordneten Modern Times zu genügen

THEO GEIßLER

Mich erreichte der Weckruf überraschenderweise ausgerechnet via eines TV-Trios oder modischer »Trielles« aus dem Munde Armin Laschets (vielleicht war es aber bei einem Quartett, neuerdings auch »Quartell« genannt, doch Christian Lindner): Jedenfalls hatte sich das altbackene Land der Dichter und Denker – so das Postulat – in ein Land der digitalen Dichter und Denker zu wandeln, um international konkurrenz- und zukunftsfähig zu werden. Mir wurde klar, dass ich in Sachen künstlicher Intelligenz – sowohl in allen Bereichen von Soft- wie von Hardware – ein schier unverzeihliches Informationsdefizit mit mir rumschleppte. Um mir wenigstens ansatzweise einen Überblick in Sachen digitaler Entwicklungen zu verschaffen, warf ich meinen Pentium-Computer an, blies den Staub von der Tastatur und versank lange Zeit – auch weil mein Modem, statt zeitgemäß zu rasen, leider nur humpelte – im Internet.

Irgendwas mit Innovation und Apfel hatte ich noch im Resthirn – und tatsächlich verband mich mein Explorer zunächst mit etlichen Apple-Links. Da gab es einen Hinweis auf das iPhone 20. Flugs holte ich mir die Beschreibung aus der Future-World-Website von Computer-Bild: grandios. Dagegen wirkte das üppigste Schweizer Taschenmesser wie ein Feuerstein-Pfeil von Ötzi. Abgesehen von Wasserstoff-Akku-betriebener World-Wide-Kommunikation via Satelliten samt GPS, All-Stream-Player mit Tageslichtprojektion in Cinemaxx-Leinwand-Dimension und Hologrammdarstellung samt Laserschwert mit Flaschenöffner bot das Teil einen Mini-3D-Drucker. Der konnte – war man nicht weiter als einen Kilometer vom nächsten Fastfood-Schuppen entfernt – Big Macs, Sushi oder Chicken Wings produzieren. Und das Sensationellste: Faltbar passte das Teil in das Pay-Chip-Täschchen jedes Stringtangas. Da fühlte ich mich Lichtjahre hinterm Mond.

Nach kurzem Nachdenken und einem zufälligen Blick in meine Kochnische gab ich »Reinigungsmittel« als Suchbegriff ins Explorerfeld. Circa 20 Rechenminuten später wurden mir etwa 1.000 sogenannte Links angeboten. Zunächst klickte ich mal auf »Intelli-Clean« – und bekam einen etwas ruckelnden Film zu sehen – ohne Ton, weil ich zunächst vergessen hatte, die Kopfhörer einzustöpseln: Im Bild erst eine goldene Tube, dann eine stark verschmutze Küche und eine Hand, die ein paar Tropfen auf dem Boden verteilte. Die breiteten sich in Windeseile über das gesamte Kücheninterieur – eine Stoppuhr zählte zehn Sekunden – eine rosa Wolke breitete sich aus, verschwand – und der Raum war clean. Ein Bestellfeld mit Zahlungsangaben in Bitcoin an eine kolumbianische Web-Adresse öffnete sich. Gefordert wurden als Sonderangebot für drei Tuben knappe 100 – eigentlich günstig – aber ich war gerade etwas klamm.

Schon mal auf dem Reinigungstrip klickte ich als Nächstes »vollkommene Haushaltshilfe, energetisch anspruchslos« an. Diese Hilfe wurde in den Ausführungen »divers, weiblich oder männlich« vertrauenerweckend jeweils zum gleichen Preis angeboten. Wieder gab es einen Film, in dem ein etwa brusthohes, viergliedriges, der Beschreibung nach aus rostfreiem Stahl bestehendes Irrwisch-Wesen mit Rüsselkopf den Boden saugte, wischte, dann in den Kleiderschrank kletterte, unbekannte Chemie versprühte, die offensichtlich alles reinigte. Zuletzt bezog das Teil ein Bett und setzte sich (wenn man das so nennen kann) auf die Bettkante. Ich hatte noch immer keinen Ton, konnte aber dem Textlaufband entnehmen, dass dieser mit höchster künstlicher Intelligenz versehene Roboter gegen geringen Aufpreis auch noch in der Ausführung »Bernhardiner«, »Kuscheltiger« oder »Altenpfleger« erhältlich sei. Divers, weiblich oder männlich. Seltsamerweise dann doch am billigsten die »Altenpflege«-Version.

Das brachte mich auf die Idee, doch nach digitaler Unterstützung für die in seuchenbelasteten Jahren schwer geschundenen Kinder und Jugendlichen zu suchen. Also gab ich mal die Stichwörter »Bildung«, »Zukunft« und »Schule« ein. Wieder jede Menge dieser Links. Ich klickte auf »unverzichtbare Hilfsmittel«. Seltsamerweise wurde mir zuallererst eine Kollektion leicht aufstellbarer undurchsichtiger Trennwände angeboten. Sie sollten in den Klassenzimmern ein »Homeschooling-Feeling« generieren, das Lehrpersonal ebenso wie Schülerinnen und Schüler vor der Fremdmenschenpanik bewahrt, die sich – vielleicht als Schutzmechanismus – während der Pandemie ausgebreitet hat. Auf Infos über den digitalen »Nürnberger Trichter« statt teuren Lehrpersonals verzichtete ich.

Was mich noch reizte, waren Kenntnisse in Sachen digitaler Zukunftskultur. Auch hier wieder eine Linküberfülle. Es gab kreative 3D-Drucker für Skulpturen aller Größen oder für Architektenhäuser, Fantasiebüros, ausbruchssichere, kostengünstige Gefängnisse. Malende, filmende, schreibende – ja: dichtende – Roboter mit je nach Preis gestaffelter künstlicher Intelligenz. Das faszinierte und erschreckte mich zugleich. Im Low-Cost-Bereich für Autoren gab es ein kostenloses Testangebot für einen Text – nicht länger als 5.500 Zeichen. Man konnte einige Parameter eingeben – angeblich suchte die KI dann im Netz noch weiteren Input. Also speiste ich »Digital, Politik und Kultur, Zukunft, Olaf Zimmermann« ein und schickte die Bestellung ab. Das Ergebnis liegt Ihnen hiermit vor.

Theo Geißler ist Herausgeber von Politik & Kultur

FOTO: KLAUS STUTTMANN

NEWS AUS DER P&K-PRAWDA

Berlin: Der Militärische Abschirmdienst (MAD) hat offenbar einen Rechtsextremisten entdeckt, der als Referent im Bundesverteidigungsministerium tätig ist. Das geht aus einem als Verschlusssache eingestuften Schreiben des Ministeriums hervor, das an die Obleute des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages gerichtet ist. Aufgefallen ist der Referent als Träger eines Hakenkreuz-Tattoos auf der Nase bei der routinemäßigen Sicherheitsüberprüfung, der sich Mitarbeiter in sicherheitsrelevanten Positionen alle zehn Jahre unterziehen müssen. Der Referent ist bislang als Ministerialdirektor mit A15-Besoldung in der Abteilung Einsatz und Strategie beschäftigt. Weil er in der Disziplin »Täuschen und Tarnen« so geschickt ist, hat er gute Chancen, Chef des Bundesnachrichtendienstes (BND) zu werden.

Köln: Studierende müssen im Schnitt noch mehr Geld für eine Wohnung oder ein WG-Zimmer ausgeben als in den vergangenen Jahren. Die Mietpreise steigen weiter um gut 50 Prozent. Das geht aus dem »Studentenwohnreport 2021« hervor, den das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) für den Finanzdienstleister MLP angefertigt hat. »Das ist ganz prima« – so IW-Chef Dagobert Aussauger im BILD-Fernsehen. »Da lernen die Studis was übers wirkliche Leben, nehmen Hochzinskredite auf und lernen als Hilfsbedienungen Anstand und Freundlichkeit, damit sie ein wenig Trinkgeld bekommen, das sie eben nicht versaufen können, haha.«

Berlin: Der Bund hat Mitte Juli ein neues Förderprogramm gestartet, durch das mobile Luftreiniger in Kitas und Schulen unterstützt werden sollen. Doch von den seit zweieinhalb Monaten bereitstehenden Bundesmitteln, immerhin 200 Millionen, haben die Länder einem Bericht zufolge noch keinen Euro eingesetzt. »Mittel wurden bislang nicht abgerufen«, hieß es in einer Antwort des Bundeswirtschaftsministeriums auf eine Anfrage der Grünenfraktion. »Des wär ja no schöna«, so der stellvertretende bayerische Ministerpräsident Hubert Aiwanger im Luxuslokal Tantris beim Schampus, »wann mir von dene Bundesbazi a Göld für unsane gsunde boarische Landjugend nehma daten, nachad wähln die no die preißischn Kommunisten...« (Thg)

IMPRESSUM

Politik & Kultur – Zeitung des Deutschen Kulturrates
c/o Deutscher Kulturrat e.V.
Markgrafendamm 24, Haus 16
10245 Berlin
Telefon: 030 . 226 05 280
Fax: 030 . 226 05 2811
www.politikundkultur.net
info@politikundkultur.net

HERAUSGEBER
Olaf Zimmermann und Theo Geißler

REDAKTION
Olaf Zimmermann (Chefredakteur v.i.S.d.P), Gabriele Schulz (Stv. Chefredakteurin), Theresa Brüheim (Chefin vom Dienst), Barbara Haack, Maike Karnebogen, Andreas Kolb

ANZEIGENREDAKTION
Martina Wagner
ConBrio Verlagsgesellschaft
Telefon: 0941 . 945 93-35
Fax: 0941.945-93-50
wagner@conbrio.de

VERLAG
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH
Brunnstraße 23
93053 Regensburg
Telefon: 0941 . 945 93-0
www.conbrio.de

DRUCK
Freiburger Druck GmbH & Co. KG
www.freiburger-druck.de

GESTALTUNGSKONZEPT
Ilja Wanka und 4S Design

LAYOUT UND SATZ
Petra Pfaffenheuser
ConBrio Verlagsgesellschaft Regensburg

Politik & Kultur erscheint zehnmal im Jahr.

ABONNEMENT
30 Euro pro Jahr (inkl. Zustellung im Inland)

ABONNEMENT FÜR STUDIERENDE
25 Euro pro Jahr (inkl. Zustellung im Inland)

BESTELLMÖGLICHKEIT
Politik & Kultur
Markgrafendamm 24, Haus 16
10245 Berlin
Tel.: 030 . 226 05 280,
Fax: 030 . 226 05 2811
info@politikundkultur.net

VERKAUFSSTELLEN
Politik & Kultur ist im Abonnement, in Bahnhofsbuchhandlungen, großen Kiosken sowie an Flughäfen erhältlich. Alle Ausgaben können unter www.politikundkultur.net auch als PDF geladen werden. Ebenso kann der Newsletter des Deutschen Kulturrates unter www.kulturrat.de abonniert werden.

HAFTUNG
Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte und Fotos übernehmen wir keine Haftung. Alle veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Politik & Kultur bemüht sich intensiv um die Nennung der Bildautoren. Nicht immer gelingt es uns, diese ausfindig zu machen. Wir freuen uns über jeden Hinweis und werden nicht aufgeführte Bildautoren in der jeweils nächsten Ausgabe nennen.

HINWEISE
Der Deutsche Kulturrat setzt sich für Kunst-, Publikations- und Informationsfreiheit ein. Offizielle Stellungnahmen des Deutschen Kulturrates sind als solche gekennzeichnet. Alle anderen Texte geben nicht unbedingt die Meinung des Deutschen Kulturrates e.V. wieder. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird manchmal auf die zusätzliche Benennung der weiblichen Form verzichtet. Wir möchten deshalb darauf hinweisen, dass die ausschließliche Verwendung der männlichen Form explizit als geschlechtsunabhängig verstanden werden soll.

FÖRDERUNG
Gefördert aus Mitteln Der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien auf Beschluss des Deutschen Bundestages.